

# Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

**CDU/CSU-Partei-  
tage suchen den  
Schulteranschlag  
mit der äußersten  
Rechten**

Seite 3



**32 Stunden  
à la Zwickel  
oder  
1400 Jahres-  
stunden à la  
Zambelli?  
Heftige Dis-  
kussion über  
die „32“ in  
der IG Metall**

Seite 19



**Gesundheitsschutz  
durch Arbeitsschutz,  
z.B. höhenverstellbare  
Arbeitsflächen.**

**Aus der PDS-Diskussion:**

**Gesundheitspolitische Vorstellungen  
als Teil einer gesellschaftlichen  
Reformalternative**

Seite 22



## Aktuell aus Politik und Wirtschaft

<i>Aktuell in Bonn</i> .....	2
CDU/CSU-Parteitage: Schulter- schluß mit der äußersten Rechten	3
Wahlbarometer der Börsianer	3
Bundesweite Durchsuchung bei Antifaschistischer Aktion	4
20. Juni, Berlin: Demonstration	5
6. Juni in Dortmund: Kundgebung für Frieden in Kurdistan	6
Mordanschlag auf Akin Birdal	6
Indonesien: Deutsche Industrie mordet mit	7

## Auslandsberichterstattung

Aktionen gegen den G8-Gipfel	8
Venezuela: Präsidentenwahlen	9
Baskenland: PNV verteidigt Dialog mit Herri Batasuna	10
Nikaragua: FSLN-Kongreß	10
Griechenland: Klagen wegen Naziverbrechen	10
Meldungen	11

## Regionales West und Ost

<i>Lokaler Widerstand</i> .....	12
Nörvenich: A. Vollmer als Feigen- blatt für Breker-Walhalla	13
Mannheim: A. Menaf Düzenli darf nicht abgeschoben werden	14
Heidelberg: Besuchsverbot für Neshe	14
Hildesheim: Nazis mit neuer Masche gescheitert	15
NRW: PDS klagt gegen 5%-Klausel bei Kommunalwahl	15
Berlin: Kammergericht kippt „Tariftreue“ für Bauaufträge	16
<i>O-Ton</i> .....	16
<i>Kommunale Politik</i> .....	17

## Aus Betrieben und Gewerkschaften

<i>Was war?</i> .....	18
IG Metall: Heftige Diskussion über die „32“	19
HBV-Bundesfrauenkonferenz gegen ungeschützte Beschäftigung	20
Arbeitsmarkt: Spargelstecherei	20
Ostmetall: Neuer Tarifverband als Speerspitze der Deregulierer	21
Erzieherinnentag der ÖTV	21

## Diskussion und Dokumentation

Gesundheitspolitische Vorstellungen der PDS	22
Aufarbeitung der Geschichte der Roten Brigaden	24
Kommunistisches Manifest: Eine Jugendsünde und ihre Folgen	26

<b>Termine</b> .....	28
----------------------	----

## IN BONN

### VDA-SKANDAL:

**AKTUELL** Die grüne Abgeordnete Buntentbach kritisiert einen Vertuschungsversuch der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem rechten „Verein für das Deutschtum im Ausland“. Obwohl ein Prozeß gegen Funktionäre des Volkstumsvereins vor dem Schöffengericht Siegburg noch nicht eröffnet wurde, solle noch im Mai über den Erlaß von rd. 22 Mio. DM Schulden entschieden werden. Der VDA steht im Verdacht, die Steuermittel zweckentfremdet und veruntreut zu haben. Annelie Buntentbach: „Offensichtlich in Erwartung eines Schuldenerlasses wird der VDA nun auch wieder aus Mitteln des Auswärtigen Amtes gefördert. Allein im 1. Quartal 98 wurden dem Verein 903.000 DM überwiesen.“ Die Vertuschung des Skandals solle gerade vor dem Wahlkampf auch die Verfilzung eines leitenden Beamten des BMI und des Ex-Staatssekretärs Waffenschmidt mit dem VDA verdecken. Waffenschmidt war bis 1993 als Staatssekretär im BMI zugleich Verwaltungsratsmitglied des VDA. Unklar ist auch nach wie vor, ob der Deutschtumsverein die Gelder unterschlagen und in illegale Landkäufe in Kaliningrad investiert hat, um deutsche Wiederbesiedlung des ehemaligen Ostpreußen zu fördern. „Während in Grenz- und Nachbarschaftsverträgen die deutsche Ostgrenze anerkannt wird, finanziert der Bund zugleich private Vereine, wie den aus dem Rechtsextremismus entstandenen VDA, die in den ehemaligen deutschen Ostgebieten Volkstumspolitik betreiben.“

**CASTORSTRAHLUNG:** Die Bundesregierung hat seit Jahren von unerlaubten Strahlungen der Castor-Behälter gewußt. Das teilte am 21. Mai die grüne Abgeordnete Michaela Hustedt mit. Ihre Fraktion habe durchgesetzt, daß CDU-Umweltministerin Merkel am 27. Mai vor dem Umweltausschuß des Bundestags erscheinen müsse. Die Rolle des Bundesumweltministeriums beim Transport der Castor-Waggons nach La Hague, Sellafield und Ahaus sei „skandalös. Wie kann es sein, daß die deutsche Energiewirtschaft schon Mitte der achtziger Jahre von der Problematik durch Cogema, der Betreibergesellschaft von La Hague, informiert worden ist, die Firma Nukleare Transportleistungen seit 1990 Mitteilungen über Grenzwertüberschreitungen sammelt und das BMU von allem nichts gewußt haben will?“ Es dränge sich der Verdacht auf, „daß das BMU seine Dienstaufsichtspflicht grob verletzt hat. Dies wird untermauert durch einen Pressebericht, wonach BMU-Beamte von der Energiewirtschaft sehr wohl schon vor Jahren über die grundsätzliche Gefahr des ‚Ausschwitzens‘ von Radioaktivität bei den Castor-Transporten in Kenntnis gesetzt wurden. Wenn dem so ist, warum ist das Umweltministerium diesen Hinweisen nicht auf den Grund gegangen?“ Noch Mitte Mai hatte die Regierung erklärt, zu-

sätzliche Sicherheitsprüfungen der Castor-Behälter seien „nicht notwendig“.

**CHIAPAS:** Die Bundesregierung schätzt die Lage im mexikanischen Chiapas „kritisch und konfliktbeladen“ ein, hält aber ein „auf Eis legen“ des Kooperationsabkommens der EU und Mexiko „nicht für den richtigen Weg“. Das hat die Regierung auf eine Anfrage der PDS am 8. Mai mitgeteilt (Bt-Ds. 13/10394 und 13/10567). Zwar sind der Regierung Berichte über die schwerwiegenden Übergriffe mexikanischer Polizei- und Sicherheitskräfte auf Sympathisanten der zapatistischen Befreiungsbewegung EZLN bekannt. Die Regierung in Mexiko habe aber mit einer Gesetzesinitiative vom 15. März zur Frage der Rechte der indianischen Bevölkerungsgruppen „den ernsthaften Willen“ gezeigt, den Stillstand im Dialog mit der EZLN zu überwinden, meint das Bonner Kabinett und lehnt mit dieser Begründung die von der PDS-Bundestagsgruppe wie von zahlreichen Menschenrechtsgruppen beantragte Unterbrechung der Beziehungen der EU mit Mexiko ab.

**UHLE-WETTLER UNGESTRAFT:** Die Bundesregierung sieht keinen Anlaß, disziplinarische Maßnahmen gegen den Brigadegeneral a.D. Reinhard Uhle-Wettler einzuleiten. Das teilte die Regierung auf eine Anfrage der Grünen mit (Ds. 10/10273 und 10/10593). Der General hatte in der Schrift „Soldat im Volk“ u.a. die Umerziehungsprogramme der USA in Deutschland nach 1945 als „geistige Verknechtung durch umfassende Manipulation“ angegriffen und von einem „allgegenwärtigen Nachkriegskrieg als Fortsetzung des Krieges gegen Volk und Nation“ gesprochen, dem „jeder mit den Waffen, die ihm zur Verfügung stehen“, entgegentreten müsse. Für Bonn ist das alles eine private Meinungsäußerung, die keine dienstrechtlichen Vorschriften verletzt. Der rechte „Verband deutscher Soldaten e.V.“ dem Uhle-Wettler angehört, wird ebensowenig wie dessen Zeitschrift „Soldat im Volk“ von MAD oder Verfassungsschutz beanstandet. Zwischen der Leitung der Bundeswehr und der Leitung des VdS gibt es stattdessen sogar einen ständigen „Informationsaustausch“.

**WAS KOMMT DEMNÄCHST?** Am 28. Mai berät der Bundestag über die Situation des Handwerks und des Dienstleistungsgewerbes, über „Aufbau Ost“, darunter LPG-Altschulden und Bodenreform, über Anträge zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die BKA-GenDatei und zur Aufhebung von NS-Unrechtsurteilen (Sterilisationen, Deserteure) sowie zur Berufsausbildung. Am 29. Mai stehen der Umweltbericht, Anträge auf Einführung von Volksbegehren und Volksanträgen auf Bundesebene sowie der PDS-Antrag auf Einführung einer Grundsicherung gegen Armut auf der Tagesordnung.



# Schulterschuß mit der äußersten Rechten

CDU und CSU haben in den letzten Wochen ihre Parteitage durchgeführt. „Siegeswille“ sei vorhanden, aber ob das reicht, räsonieren etliche Tageszeitungskolumnen.

Nach Wahlumfragen liegt die CDU/CSU zum Teil 10 Prozent niedriger als beim 94er-Wahlergebnis. Für das Lager der CDU/CSU auch Bitterkeiten: Nach der FAZ-Umfrage<sup>(1)</sup> liegt die PDS in Ostdeutschland höher als die CDU. Schön wär's, aber so recht dran glauben kann man dann doch nicht.

CDU und CSU suchen den Schulterschuß mit dem rechten Lager. Umfragen zufolge wählen 9% der Bevölkerung ganz rechts, dazu käme noch die große Gruppe der Nichtwähler, die gerade auch für rechte Gedanken empfänglich ist. Mathematisch macht dieser Schulterschuß einen Sinn, politisch aber auch, liegen doch die rechten Parolen im Naturell der CDU/CSU. Gleichzeitig kann man die Bürger im Wahlkampf schon auf das einstimmen, was dann auf sie zukäme: finstere Zeiten!

Kohl sagte auf dem Bundesparteitag: „Wenn sich ein Gast unmöglich benimmt,

dann fliegt er raus, ganz einfach“ berichtet die *Süddeutsche Zeitung*<sup>(2)</sup> „mit dem hoffentlich erschrockenen und nicht höhnischen Nachsatz: „unter rechtsstaatlichen Bedingungen“. Zu recht wird darauf verwiesen, „das ist ein Ton, den man von Kohl nicht kennt“, das hatte er bisher anderen überlassen. Und damit hat er das Angebot der CSU aufgegriffen, die nach Sachsen-Anhalt bereits eine schärfere Gangart gefordert hatten.

Auf dem kleinen Parteitag der CSU wiederum schickte Waigel den Rechtsaußen Gauweiler ins Rennen. Der erklärte „Deutschland und Bayern sind kein Einwanderungsland“ und forderte die Zuzugsbegrenzung von Ausländern aus Staaten außerhalb der EU. Waigel beschrieb den Einsatz seines rechten Frontmanns demagogisch: „Die CSU rückt nicht nach rechts“<sup>(3)</sup>, man müsse nur auf die diffusen Ängste der Bevölkerung eingehen. Das war dann auch der Grund, warum er für härtere Strafen für Ersttäter eintrat.

Bei diesem rechten Schulterschuß mischt aber auch die DVU mit. Sie verzichtet auf eine Kandidatur zur Land-

## Kritisches aus der Wirtschaftspresse

Im *Handelsblatt* werden die Aussichten der Unionsparteien seit einiger Zeit mit Skepsis beschrieben – nicht immer, aber immer öfter.

Schon im Zusammenhang mit dem Streit CSU/Schäuble über die Energiesteuer hatte Thomas Linke, ein Redakteur des Blattes, von schweren Differenzen im Unionslager geschrieben – im wesentlichen zwischen einem nationalistischen, rechts-konservativen Lager um Biedenkopf, Stoiber und die Mehrheit der CSU auf der einen Seite, das weit nach rechtsaußen aufmache, und den „Modernisierern“ plus Sozialausschüsse um Schäuble, Geissler, Blüm. Beide Strömungen in den Unionsparteien würden derzeit nur noch durch das gemeinsame Interesse an Machterhalt zusammengehalten.

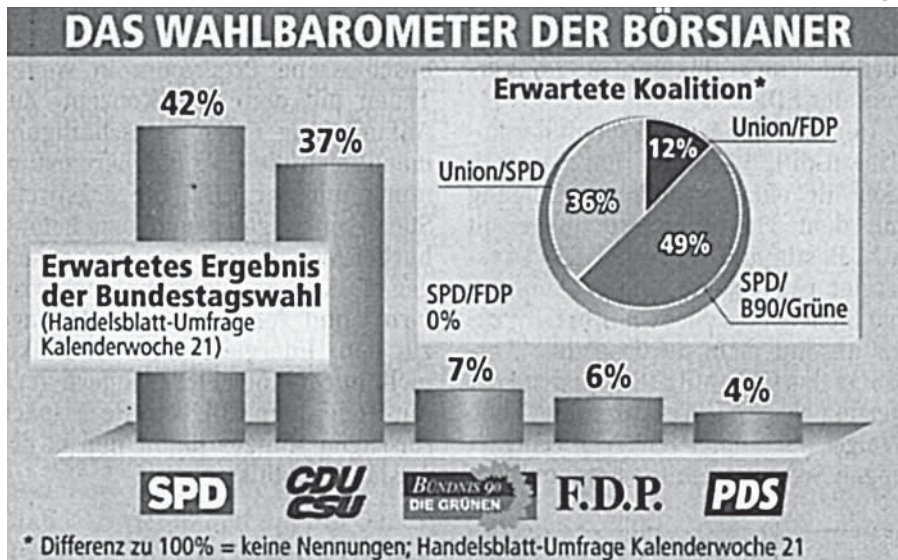
Bei einem Machtverlust in Bonn drohe eine schwere Krise der Union – eigentlich ein schlechtes Argument, zumal angesichts der Krise der Konservativen und Christdemokraten in Italien, Frankreich, Großbritannien.

Am 20. Mai kam Thomas Linke erneut zu Wort. „Nur ein Sieg bei der Bundestagswahl kann den Bruch der Union verhindern. Die CDU – zum Erfolg verdammt“, überschreibt er einen Kommentar zum CDU-Parteitag. Das Zukunftsprogramm sei „nach einer niveaulosen Debatte abgenickt“ worden.

„Jeder Delegierte wußte, worum es am 27. September geht ... Nur ein Erfolg könnte das Auseinanderbrechen der CDU verhindern, einer Partei, deren Selbstverständnis wie auch Organisation ganz auf eine Regierungsbeteiligung ausgerichtet sind. Deshalb sei ihr Zusammenhang durch die drohende Niederlage bei den Bundestagswahlen schon jetzt gefährdet, analysieren die Parteienforscher Frank Bösch und Franz Walter.

Der Krach zwischen CDU und CSU während der Ostertage über die Sinnhaftigkeit von Ökosteuern ist nur ein Vorgeschmack auf die politischen Auseinandersetzungen nach einer möglichen Niederlage bei der Bundestagswahl.

In Bremen haben die verschiedenen Gruppierungen der Union jedweden Konflikt untereinander vermieden. Wirtschaftsliberale hatten sich mit Sozialkatholiken arrangiert, Mittelständler mit dem Arbeitnehmerflügel. Um so entscheidende Fragen wie das Senken der Sozialbeiträge oder die Zukunft der 620-DM-Jobs wurde inhaltlich genauso wenig gestritten wie über die Ökosteuer. Allein die vage Aussicht auf Erfolg hat die Reihen zusammengeschweißt.“ *rül*



### KOHL'S BÖRSENBAROMETER: WEITER FALLEND

Seit April veranstaltet das „Handelsblatt“ wöchentlich ein „Wahlbarometer“. Teilnehmer, die mit Prämien gelockt werden, sollen angeben, wie sie die Erfolgsaussichten der Parteien und Kanzlerkandidaten einstufen. Also nicht die Präferenz, sondern die Prognose ist gefragt. Zu Beginn des „Börsenbarometers“ erwarteten noch 20% einen Wahlsieg Kohls, 71% nannten Schröder als künftigen Kanzler. Seitdem ist die CDU/CSU nicht aus ihrem Tief bei den Börsianer-Prognosen herausgekommen und Kohl – trotz CDU-Parteitag – sogar noch weiter gefallen. Letzter Stand (21. Kalenderwoche): Nur 15% erwarten Kohl als künftigen Kanzler, 85% tippen auf Schröder. Gegenüber der Vorwoche ist die CDU um 1% auf 37% gefallen, die FDP von 7 auf 6%, die PDS von 5 auf 4%. 49% erwarten ab Herbst eine rot-grüne Koalition (Vorwoche 37%), 36% eine große Koalition (Vorwoche 39%). (Handelsblatt, 18.5., 25.5. – rül)

tagswahl in Bayern mit dem Hinweis, die CSU habe viele ihrer Forderungen aufgegriffen. Gleichzeitig ziehen Dr. Frey und Schönhuber jetzt gemeinsam in den Bundestagswahlkampf und machen Druck von rechts, vor allem auf die CDU.

Und jetzt setzt auch eine gewisse Arbeitsteilung ein: Denn die CDU muß andere Schwerpunkte setzen: Bekanntlich hat's Bundesgeschäftsführer Hintze ja mit der PDS. Hier kann die CDU eine eigene Hetzkampagne entwickeln. Aber nicht mehr mit dem Vorwurf der „roten Socken“, sondern jetzt ist der Frontalangriff angesagt: Kommunisten und Stasi müssen ausgegrenzt werden, war das große Thema auf dem CDU-Parteitag. Wer dieses Thema ansprach, dem war der Beifall gewiß, vermerken die Journalisten in ihren Kommentaren.

Schützenhilfe bekommt die CDU von dem rechtsextremen Intellektuellen Rainer Zitelmann<sup>(4)</sup> in der *Welt*. Er greift Positionen an, die sich gegen eine Ausgrenzung der PDS aus dem gesellschaftlichen Leben aussprechen: „Zu Recht haben demgegenüber Politiker der CDU und der CSU darauf verwiesen, daß dies ein ganz unzulässiges Argument sei. Wäre die Zustimmung eines großen Teils der Wählerschaft der Beweis für den demokratischen Charakter einer Partei, dann wäre die NSDAP in den Jahren 1929 bis 1933 auch eine demokratische Partei gewesen.“<sup>(5)</sup>

Hier wird mit Schmutz geworfen und Geschichtsklitterung betrieben. Die NSDAP war u.a. deshalb keine demokratischen Partei – ähnlich wie bei der DVU heute –, weil sie nach dem Führerprinzip organisiert war und weil sie die Vernichtung des politischen Gegners betrieb. Beides ist bei der PDS nicht der Fall, die PDS ist eine demokratische Partei. Das wissen auch Teile der CDU, deshalb halten sie diese Angriffe für zu grob und machen schlaunere Vorschläge. Nämlich die PDS-Mitglieder zu differenzieren, nach Ost und West, Kommunisten und Stasi, Parlamentariern usw.

Das Lager der Opposition sollte jetzt darauf achten, daß nicht die linke Opposition das Objekt der konservativen und rechten Wahlkampf-führung wird, mit Themen wie PDS und Ausländer. Nur im ersten Moment entlarvt sich das rechte Lager, dann findet es aber auch Anhang. Was kann die Linke der Rechtsentwicklung entgegensetzen? Das sollte Thema werden, damit die schlechten Wahlprognosen der Union Bestand haben und der rechten Formierung von DVU, Republikanern, BfB und der „Pro-DM-Initiative“ etwas entgegengesetzt wird. jöd

#### QUELLEN:

- (1) FAZ, 20.5.98, Seite 5
- (2) Süddeutsche Zeitung, 20.5.98, Seite 4
- (3) Süddeutsche Zeitung, 23.5.98, Seite 1
- (4) Zitelmann, Dr. phil. Rainer: Mitunterzeichner des Berliner Appells: Wehret den Anfängen (1994) des 8. Mai-Aufrufs „Gegen das Vergessen“ (1995) aus Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996
- (5) Die Welt, 20.5.98, Seite 2

## Zur bundesweiten Durchsuchungsaktion

# Antifaschismus läßt sich nicht instrumentalisieren

**Auf Geheiß der Staatsanwaltschaft München kam es am 12. Mai zu einer konzertierten Aktion gegen 36 „Objekte“ im gesamten Bundesgebiet. Allein in Hamburg durchwühlten die ungebeten Gäste vier Wohnungen. Zahlreiche Unterlagen, Disketten und „Zufallsfunde“ wurden beschlagnahmt, ein Beschuldigter erkennungsdienstlich erfaßt. Zeitgleich fanden in Berlin, Nürnberg, Göttingen, Bielefeld, München, Passau und Mühldorf am Inn ähnliche Durchsuchungsaktionen statt. In Berlin verzichteten die Einsatztruppen auf das lästige Klingeln, traten die Eingangstür ein und erstürmten die Wohnung mit gezogener Waffe.**

Im Zentrum der Staatsschutzaktion steht „eine Gruppe von 28 Angehörigen der Antifa-Szene in Passau“, die lt. Durchsuchungsbeschluß beschuldigt wird, „seit 1993 über 100 Straftaten ... gegen den politischen Gegner, staatliche Einrichtungen und die Stadt Passau“ verübt zu haben. Zusammen mit „mindestens“ 11 weiteren Beschuldigten wird ihnen die Urheberschaft aller politisch motivierten Gesetzesverstöße ‚von links‘ in den vergangenen 5 Jahre zur Last gelegt: Darunter Sachbeschädigungen in Form von Sprühaktionen in einer Größenordnung von 40 000 DM. Diese finden – man glaubt es kaum – sogar Erwähnung im bayerischen Verfassungsschutzbericht 1997. Neben einem Farbanschlag auf eine McDonald-Filiale offenbart sich der Gipfel der Schreckensbilanz in den sogenannten Silvesterkravallen, bei denen zur Jahreswende 1994/95 fünfzehn Schaufensterscheiben in der Passauer Fußgängerzone zum Bruch gingen. Allein in dieser Angelegenheit fahndete das bayrische LKA drei Jahre, bevor es 1997 den ahnungslosen Beschuldigten die Einstellung der Ermittlungsverfahren mitteilte. Was andernorts als nüchterne Schadensbilanz von 500 000 Mark zum Versicherungsfall wird, führt in Bayern zu einem Ermittlungsverfahren nach § 129 (Bildung einer kriminellen Vereinigung). Solche Auswüchse, auch als bayerischer Sonderweg bekannt, veranlaßte die DVU-Führung am letzten Freitag zur Feststellung, daß es „einen Unterschied bedeute, ob Kohl oder Stoiber zur Wahl stehe“. In diesem Sinne begründete die DVU ihren Verzicht zur Kandidatur bei den bayrischen Landtagswahlen mit dem „Rechtsruck“ der CSU und kündigte ihre Teilnahme an der Bundestagswahl an. Daß es bei der Verlängerung der Inneren

Sicherheit in den Wahlkampf jedoch um mehr als bayerische Eigenartigkeiten geht, zeigt ein Ermittlungsverfahren wegen Verstößen gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz. Am Tag der Hausdurchsuchungen gegen AntifaschistInnen, führte die Polizei auch eine Razzia gegen 39 Neonazis im Raum Potsdam durch. Rechts gleich Links, lautet die Botschaft, wobei der kleine, entscheidende Unterschied darin besteht, daß bei den Nazis automatische Waffen sichergestellt werden konnten und selbstverständlich kein Ermittlungsverfahren nach §129 ansteht.

Die bayerische Staatsanwaltschaft verbindet den Vorwurf der Vorbereitungen und Verabredung von Straftaten (§130 StGB) mit einem Vereinigungsdelikt. Wie also begründet sie ihre Erkenntnisse und Anhaltspunkte für eine kriminelle Vereinigung mit Sitz in Passau? Die Antifaschisten vor Ort, von denen ein größerer Teil in den letzten Jahren ins Bundesgebiet verzogen ist, sowie „mindestens“ 11 weitere Beschuldigte seien Mitglieder der „Antifaschistischen Aktion“. Die Mitgliedschaft zeige sich am „hoch anzusetzenden Kontakt innerhalb der Szene in führender Funktion in der Vorbereitung und Durchführung der Aktionen und Straftaten der ‚antifaschistischen‘ Szene ...“. Da es an keiner Stelle konkreter wird, eignet sich das Konstrukt bestens, um sowohl Mitglieder der Antifaschistischen Aktion Passau, Mitglied der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) sowie alle, die von der Polizei der „antifaschistischen Szene“ zugerechnet werden, ins Raster der Ermittler zu bekommen. Auf dem Hinweg wird also der autonomen Antifa die Mitgliedsstruktur einer bundesweiten Organisation unterstellt, und auf dem Rückweg werden der Passauer Gruppe in der AA/BO sämtlichen Aktionen der autonomen „Antifa-Szene“ zugerechnet. Fragt man hingegen nach den Gemeinsamkeiten der Beschuldigten, so bleiben nur zwei Dinge: Alle haben 1993 in Passau und Umgebung gewohnt und machen inzwischen in verschiedenen Gruppen an unterschiedlichen Orten mit unterschiedlicher Ausrichtung antifaschistische Politik. „Wenn das Verfahren trotz seiner Absurdität zu Prozessen führen sollte“, folgert die AA/BO in einer Presseerklärung, „wäre es der größte Prozeß, der seit Bestehen der BRD gegen antifaschistische Zusammenhänge stattfinden würde.“ kun





**Aktionsbündnisse von Arbeitslosen, GewerkschafterInnen, Studierenden, Basisgruppen, Kircheninitiativen und TrägerInnen der Erfurter Erklärung rufen auf zur**

## Großdemonstration am 20. Juni in Berlin

**ES KOMMT ETWAS IN BEWEGUNG IN DEUTSCHLAND. ARBEITSLOSE FINDEN SICH NICHT MEHR DAMIT AB, AUSGEGRENZT ZU WERDEN, SONDERN BEGINNEN, SELBER ZU HANDELN.** Gewerkschaften mischen sich wieder in Politik ein, weil sie sich ihre erkämpften Rechte nicht länger zerstören lassen wollen, während die Gewinne der Kapitalbesitzer explodieren. Proteste richten sich gegen Bildungs- und Kulturabbau, gegen Eingriffe in den Umweltschutz, gegen die Demontage der Sozialversicherung. Die Kirchen erinnern sich ihrer vorrangigen „Option für die Armen“ und mahnen in ihrem gemeinsamen Sozialwort „Solidarität und Gerechtigkeit“ an. Viele sagen:

**Bis hierher und nicht weiter!**, wie es die Erfurter Erklärung 1997 formulierte.

Seit mehr als 15 Jahren betreibt die kapitalliberale Koalition in Bonn den Abbau der sozialen Demokratie, und sie mißbraucht die deutsche Einheit zu verstärkter Umverteilung von unten nach oben. Aber nun platzen die Versprechungen. Die Einsicht wächst, daß ihre Politik uns und die nachkommenden Generationen mit untragbaren ökonomischen und ökologischen Folgekosten belastet:

- **Statt 7 Millionen Arbeitsuchenden Möglichkeiten zu sinnvoller Arbeit für das Gemeinwohl zu geben**, treibt die verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik immer mehr Menschen in die Arbeitslosigkeit.

- **Statt die im Grundgesetz garantierte Sozialpflichtigkeit des Eigentums national und international durchzusetzen**, spaltet diese Politik die Gesellschaft: Chancen, Einkommen und Vermögen werden extrem ungleich verteilt. Den Benachteiligten und Behinderten werden die Sozialleistungen gekürzt oder sogar gestrichen. Inzwischen lebt jedes dritte Kind von Sozialhilfe. Perspektiven schwinden, Existenzängste wachsen.

- **Statt die BürgerInnen an Entscheidungen stärker zu beteiligen**, werden die Grundrechte zunehmend eingeschränkt. Von den Ursachen der sozialen Misere lenkt die Bundesregierung ab, indem sie Opfer und Betroffene gegeneinander ausspielt: Arbeitslose und Erwerbstätige, Ost- und Westdeutsche, Frauen und Männer, Junge und Alte, Deutsche und Ausländer. Vor allem Flüchtlinge werden zu Sündenböcken gemacht.

- **So muß es nicht weitergehen! – So darf es nicht weitergehen!** Geld ist genug da in Deutschland. Aber Reichtum und Macht konzentrieren sich in den Händen weni-

ger, während immer mehr Frauen, Männer und Kinder verarmen. Auch Arbeit wäre genug da, wenn technischer Fortschritt nicht im Interesse des Kapitals einseitig zur Rationalisierung genutzt würde. Der erwirtschaftete Reichtum muß vorrangig dazu dienen, notwendige Arbeit zu finanzieren. Gerechtigkeit ist die Hauptaufgabe der Politik. Wir brauchen die Umkehr der Politik zu Reformen, die den Namen verdienen.

### Wir fordern:

- **Neue, gerechte Verteilung der Arbeit.** Durch weitere Arbeitszeitverkürzung bei angemessenem Lohnausgleich muß der technische Fortschritt den Beschäftigten und Arbeitslosen zugute kommen. Neue Arbeit muß geschaffen werden, die gesellschaftlichem Nutzen und ökologischer Nachhaltigkeit verpflichtet ist. Die Agrarpolitik muß bäuerliche Landwirtschaft schützen. Erhalt der Bodenreform. Keine Wiederherstellung von Großgrundbesitz. Aktive Beschäftigungspolitik ist auch ohne Wirtschaftswachstum möglich.



- **Soziale und ökologische Steuerreform.** Die Steuerpolitik muß dem sozialen Ausgleich und dem ökologischen Umbau der Wirtschaft dienen. Steuerflucht des Kapitals und gegenseitiges Steuerdumping der Regierungen müssen durch nationale und internationale Politik bekämpft werden. Bedarfsorientierte soziale Sicherung setzt voraus, daß die großen Vermögen sozialpflichtig gemacht werden und das Solidaritätsprinzip gestärkt wird.

- **Gleiche Bildungschancen.** Weil Bildung kein Privileg der Reichen werden darf, müssen nach jahrelangem Finanzabbau die Mittel für Ausbildungsförderung erhöht werden. Firmen dürfen sich nicht vor Ausbildungspflichten drücken. Eine Kürzung der Studienzeiten und eine Einführung von Studiengebühren lehnen wir als Lösung ab.

- **Demokratie.** Wir brauchen eine Zivilgesellschaft der Vielfalt, antifaschistisch und tolerant, in der alle gleichberechtigt an Demokratie teilhaben. Nicht länger dürfen acht Millionen Menschen, nur weil sie keinen deutschen Paß haben, von

den Bürgerrechten ausgeschlossen bleiben. Wer in Deutschland seinen Lebensmittelpunkt hat, muß politisch mitreden und mitentscheiden dürfen.

- **Eine neue Friedenspolitik und eine neue Weltwirtschaftsordnung.** Für die Bewahrung des Friedens brauchen wir keinen Eurofighter. Aus der Bundeswehr darf keine offensive Truppe gemacht werden, die für wirtschaftliche Interessen weltweit eingesetzt werden kann. Weil durch die Globalisierung von Finanzmärkten und Konzernen die nationalstaatlichen Instrumente der Währungs-, Zins- und Haushaltspolitik betroffen sind, werden internationale Vereinbarungen über eine sozial und ökologisch orientierte Weltwirtschaftsordnung um so dringlicher.

### Ein neuer Kanzler genügt nicht! Wir wollen eine neue Politik!

- Schluß mit der Selbstentmachtung der Politik zugunsten der Wirtschaft!
- Schluß mit der Mißachtung der Lebensinteressen der Menschen zugunsten des Profits!

- Schluß mit der Diskriminierung durch Armut!

- Schluß mit dem Abbau demokratischer Rechte!

Das sind Aufgaben über den Wahltag hinaus – Aufgaben, die alle unsere Kräfte erfordern. Eine neue Politik, die Arbeit und soziale Gerechtigkeit schaffen soll, läßt sich nicht allein mit einem Kreuzchen auf dem Stimmzettel herbeiführen. Sie braucht Antrieb durch eine starke und widerstandsfähige außerparlamentarische Bewegung, die auf das

parteipolitische Spannungsfeld von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS für einen Politikwechsel einwirkt. Von den Oppositionsparteien erwarten wir nicht gegenseitige Stigmatisierung und Ausgrenzung, nicht eine Fortsetzung der neoliberalen Politik, sondern einen Bruch mit ihr.

### Tretet heraus aus der Zuschauerdemokratie! Kommt zur bundesweiten Großdemonstration am 20. Juni in Berlin!

13.00 Uhr: Auftaktkundgebungen:

- Blücherplatz, Kreuzberg
  - Platz vor dem Velodrom, Prenzlauer Berg
  - Chausseestraße/Schwarzkopffstraße
- 15:00 Uhr: Kundgebung auf dem Alex  
(ab 12.00 Uhr Vorprogramm)

Berliner Büro „Demo 20. Juni“, Haus d. Demokratie, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin.

V.i.S.d.P.: Horst Trapp, Organisationsbüro Demo 20. Juni Berlin, c/o DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Str. 67-77, 60329 Frankfurt/M., Tel.: 069-24249950, Fax: 069-24249951, Internet: <http://www.dgb-bwt.com/erfurt>

# „Kundgebung für Frieden und Einigkeit Kurdistans“

Für Samstag, den 6. Juni, rufen zahlreiche Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen aus der Friedens-, Menschenrechts- und Flüchtlingsarbeit zu einer europaweiten Kundgebung in Dortmund auf. Unter dem Motto „Für Frieden und Einigkeit Kurdistans“ wollen sie gemeinsam ein Signal für eine friedliche Lösung des unerbittlichen Krieges gegen das kurdische Volk setzen, der allein in der Türkei bislang mehr als 30 000 Menschen das Leben gekostet hat. In einer ersten Mitteilung des Organisationsbüros, das die Demonstration vorbereitet, heißt es:

Täglich fordern die Angriffe der türkischen Armee weitere Opfer unter der Zivilbevölkerung. Weite Teile Kurdistans wurden zerstört und Millionen Flüchtlinge sind gezwungen, ein erbärmliches Leben in den Elendsvierteln der Großstädte zu fristen oder ins Exil zu gehen. Auch im Westen der Türkei haben die Auswirkungen des Krieges soziales Leid über die Bevölkerung gebracht. Darüber hinaus führt die türkische Regierung auch dort den Krieg mit anderen Mitteln fort. Oppositionelle verschwinden am helllichten Tage, DemokratInnen werden verhaftet, gefoltert und ermordet, kritische Intellektuelle zu mehreren hundert Jahren Gefängnis verurteilt. Erst jüngst wurde der Vorsitzende der Menschenrechtsvereines Opfer eines Attentats rechtsradikaler Todesschwadronen.

Seit Jahren fordern Kurdinnen und Kurden, Türkinnen und Türken eine Beendigung des Krieges, Demokratie und Menschenrechte für ihr Land.

Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, werden Kurdinnen und Kurden aus ganz Europa am 6. Juni nach Dortmund kommen. Die Veranstalter, die beiden Landtagsabgeordneten Ewald Groth und Jamal Karsli (Bündnis 90 / Die Grünen) und der Bochumer Arzt Knut Rauchfuss (Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum e.V.) rechnen mit mehr als 50.000 TeilnehmerInnen.

Die Veranstaltung soll der Hoffnung auf ein Leben in Frieden und Gleichheit zwischen dem kurdischen und dem türkischen Volk Ausdruck verleihen.

**Die TeilnehmerInnen der Demonstration fordern daher:**

- *Einen sofortigen Waffenstillstand in Kurdistan*
- *Die Aufnahme von Gesprächen über eine politische Lösung des Konfliktes*
- *Einen Stopp von Rüstungsexporten und Militärhilfe an die Türkei*
- *Die Einstellung der systematischen Menschenrechtsverletzungen durch die türkische Regierung*

- *Einen bedingungslosen Abschiebestopp für Flüchtlinge aus der Türkei*
- *Die Aufhebung des Betätigungsverbot der kurdischen Vereine einschließlich der PKK*

Die Veranstalter rechnen mit einem friedlichen Verlauf der Demonstration. Damit soll auch und gerade in Dortmund unter Beweis gestellt werden, daß die Auseinandersetzungen von 1996 heute der Vergangenheit angehören. Die kurdischen Vereine in Europa suchen die Unterstützung durch die hiesige Bevölkerung, nicht die Konfrontation. Krieg und Unterdrückung in Kurdistan und der Türkei können nur durch die Zusammenarbeit aller Menschen, die für Demokratie und Menschenrechte eintreten, erreicht werden.

In diesem Zusammenhang ist auch eine Behinderung des gleichzeitig stattfindenden gastronomischen Großveranstaltungs „Dortmund à la carte“ in den gemeinsamen Vorgesprächen zwischen Veranstaltern und Polizei durch eine Anpassung der Demonstrationsrouten ausgeschlossen worden. Die KundgebungsteilnehmerInnen wollen gemeinsam mit den Dortmunder BürgerInnen demonstrieren und feiern, nicht gegeneinander.

Die Demonstrationsablauf ist daher wie folgt vorgesehen:

Ab 9 Uhr morgens sollen sich die TeilnehmerInnen an zwei Aufstellorten versammeln. Als Sammelort für den Aufzug West wurde OW III a zwischen Westfalenstraße und Sunderweg vereinbart. Der Aufzug Süd wird an Parkplatz D der Westfalenhallen beginnen. Beide Züge werden auf unterschiedlichen Routen zum Parkplatz E der Westfalenhallen ziehen. Als Zugweg für den Aufzug West wurden folgende Straßen vereinbart: Sunderweg – Unionstr. – Kleine Heimstr. – Lange Str. – Möllerstr. – Lindemannstr. – Wittekindstr. – Im Rabeloh – Strobelallee – Parkplatz E.

Der Aufzug Süd wird folgenden Weg nehmen: An der Buschmühle – Ruhrallee – Neutor – Südwall – Hohe Straße – Ardeystr. – Parkplatz E

Um 11 Uhr sollen beide Züge auf den genannten Routen in Richtung Parkplatz E aufbrechen. Dort wird die Kundgebung um 14 Uhr beginnen. Das geplante Kundgebungsende ist für 19 Uhr vorgesehen.

Auf der Kundgebung wird ein Vertreter der Anmelder, Yasar Kaya, Zaher Habas und Hans Branscheidt sprechen. Als weitere RednerInnen sind der Dortmunder Oberbürgermeister Samtlebe, Joscha Fischer (MdB), Dr. Heiner Geissler (MdB), Dr. Norbert Blüm (MdB), Ulla Jelpke (MdB) u.a. angefragt.

**DIE DEMONSTRATION WIRD BISHER UNTERSTÜTZT VON:** Ewald Groth (MdB, Bündnis 90/Die Grünen), Knut Rauchfuss (Arzt, Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum e.V.), Jamal Karsli (MdB, Bündnis 90 / Die Grünen), Dr. Hisham Hammad (Arzt, Hohensburg), Ulla Jelpke (MdB PDS), Dr. Winfried Wolf (MdB PDS), medico international, Prof. Dr. h.c. Ronald Mönch (Rektor der Hochschule Bremen), Aurora Lago (Coordinadora Estatal de Solidaridad con Kurdistan, Spanien), Regionalbüro Friedenszug „Musa Anter“ – Bochum, Deutsch-Schweizer-Internationale Menschenrechtsdelegation 1998, Kon-Kurd (Konföderation der Kurdischen Vereine Europas), Zentralamerika-Komitee Bochum, Sozialistische Zeitung Köln, Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP), Jan Adolphsen (Arzt, Büro für Medizinische Flüchtlingshilfe Berlin), Appell von Hannover, Dr. Hans Branscheidt, PDS Nordrhein-Westfalen, Hans Otto Wiebus (Journalist, München), H. Eberhard Schulz (Anwalt, Bremen), Kambiz Bebahani (Bündnis 90/Die Grünen, Berlin), Berin Özlem Otyakmaz (Dipl.-Psychologin, Bochum), Dieter Balle (Journalist, Dürmersheim), International Forum (Kopenhagen, Dänemark), Kurdistan Solidarität Bochum, Guido Brühl (Rechtsanwalt, Mülheim), Andres Piqueras (SO-DEPAZ, Castello Spanien), Andres Tello Lapeña (Paz y Solidaridad, Zaragoza Spanien), Dagmar Wolf (Soziokulturelles Zentrum Bahnhof Langendreer, Bochum), Ivan Saldias Barrios (Colectivo Atelier, Santiago de Chile) u.v.a.m.

**Demo-Büro: Reinoldstr. 17-19  
44135 Dortmund**

**Tel. : 0231 / 5860362 bzw. 5860383**

**Fax : 0231/5860386**

**(Dortmund, 21.5.1998)**

## Türkei

## Mordanschlag auf Akin Birdal

Am 12. Mai wurde in Ankara auf den Vorsitzenden der türkischen Menschenrechtsvereine, Akin Birdal, ein Mordanschlag verübt. Gleichzeitig nehmen die Spannungen im Land zu. Aktionen der Samstagsmütter werden niedergeknüppelt, türkisches Militär ist wieder in Südkurdistan einmarschiert, am 28. Mai geht der Prozeß gegen die HADEP weiter.

Die Verantwortung für den Anschlag auf Akin Birdal übernahm die „Türkische Rachebrigade“, eine Todesschwadron, die Anfang der 90er Jahre von der türkischen Regierung aufgestellt wurde und auf deren Konto viele der Morde „unbekannter Täter“ gehen. Allein der IHD hat 14 ermordete Mitglieder zu beklagen. Akin Birdal konnte den Mordanschlag schwer verletzt überleben. Nach einer Welle von Protesten aus dem In- und Ausland – auch in der BRD fanden Demonstrationen in zahlreichen Städten statt – sahen sich die türkischen Behörden gezwungen, „Täter“ zu präsentieren. In Istanbul wurden sechs Personen verhaftet, darunter ein Offizier. Angeblich hätten sie weitere Anschläge in Istanbul auf IHD- und HADEP-Büros geplant.

Aus der BRD fuhren nach dem Mordanschlag zwei Delegationen nach Ankara. Eine Ärztedelegation der IPPNW und der Medizinischen Flüchtlingshilfe Bo-



chum berichtet über den Tathergang:

„Als die beiden Attentäter die Räumlichkeiten des Menschenrechtsvereins IHD betraten, konnten sie sich sicher fühlen. Die Polizeieinheiten, die normalerweise das Viertel kontrollieren, in dem sich neben dem IHD auch Konsulate und Ministerien befinden, waren ebenso abgerückt, wie jene, die zur täglichen Bespitzelung des Vereines abgestellt sind. Auch war den Auftragskillern bekannt, daß sich ihr Opfer, Akin Birdal, (...) ohne die übliche Abschirmung durch seine Stellvertreter in seinem Büro befand.

Unter dem Vorwand, ein Freund der beiden sei auf der Kundgebung am 1. Mai in Ankara verhaftet worden, verschafften sie sich Zutritt zu Birdals Büro. Doch der IHD-Vorsitzende durchschaute das Spiel schnell. Morddrohungen in den Tagen zuvor hatten ihn mißtrauisch gemacht. Auch war Birdal bekannt, daß es am 1. Mai in Ankara nicht zu Verhaftungen gekommen war. „Den Ausschlag gab die Tatsache, daß beide ihre T-Shirts über der Hose trugen“, erklärt Nazim Gür, Stellvertreter Birdals, „das tun hier üblicherweise nur Zivilpolizisten und andere Leute, die eine Waffe im Hosenbund verbergen möchten.“ Birdal schaltete blitzschnell, er forderte sie auf, sich von seiner Sekretärin die Adresse des zuständigen Vereins in Ankara geben zu lassen und dirigierte sie zur Tür, als beide ihre Waffen zogen und die ersten Schüsse auf den Menschenrechtler abfeuerten. Ins Bein getroffen, fiel dieser zu Boden. Es gelang ihm jedoch, sich gegen die Tür zu werfen und diese halb zu schließen. Die Attentäter feuerten durch die Tür, die einen großen Teil der Schüsse abfang. Drei weitere Kugeln trafen Birdal in die Brust, wurden jedoch so abgelenkt, daß sie kein inneres Organ schädigten. (...)“

An der Aufklärung des Anschlags hatten die Ermittlungsbehörden erst kein Interesse. Zwei Tage nach dem Anschlag bezichtigte der türkische Ministerpräsident Yilmaz erst den IHD der Tat, andere die PKK.

Drei Tage vor dem Anschlag auf Birdal hatten Sondereinsatzkräfte den 156. Sitzprotest der „Samstagsmütter“ in Istanbul auseinandergeknüpelt. Mit dieser wöchentlichen Aktion wollen Frauen und Männer auf ihre ermordeten und verschwundenen Kinder, Brüder, Schwestern und Freunde aufmerksam machen. Die Polizei verhaftete 20 Frauen und mißhandelte sie. Im Prozeß gegen die Führung der prokurdischen HADEP wird am 18. Juni das Urteil erwartet.

Das verschärfte Vorgehen gegen die demokratischen Oppositionsparteien und -organisationen in der Türkei fällt zusammen mit erneuten Friedensvorschlägen des PKK-Generalsekretärs Abdullah Öcalan.

Am 17. Mai demonstrierten viele Menschen in Diyarbakir, Van, Batman, Isken-derun, Istanbul und weiteren Städten der Türkei gegen das Attentat sowie gegen die laufenden Militäroperationen in Kur-

distan, an denen zur Zeit ca. 100 000 Soldaten beteiligt sind. Am 20. Mai drangen erneut Militäreinheiten und „Dorfschützer“ nach Südkurdistan ein. Die türkische Armee hat bei ihren Operationen schwere Verluste, die ARGK schoß bisher fünf Hubschrauber ab.

Das türkische Militär und die Regierung sind nicht gewillt, den Krieg und die Vertreibung der kurdischen Bevölkerung zu beenden. Bestärkt werden sie dabei durch die Unterstützung ihrer Bündnispartner aus der Nato. rub

## Indonesien

# Die deutsche Industrie mordet mit

**Nach tagelangen blutigen Straßenschlachten erklärte Indonesiens Präsident Suharto am 21. Mai seinen Rücktritt. Sein Nachfolger Habibie gilt als enger Freund der CSU und der deutschen Rüstungsindustrie.**

Der Diktator war 1965 durch einen blutigen Putsch an die Macht gekommen. Dabei massakrierte die Armee zusammen mit religiös aufgepeitschten Banden 750.000 Arbeiter, Bauern und Studenten. Die Indonesische Kommunistische Partei, größte KP in einem nichtsozialistischen Land, wurde physisch völlig vernichtet. Der antikommunistische Schlächter Suharto fand schnell international Verbündete. Helmut Kohl rühmte sich seines „guten Freundes“. Die Zerschlagung der inneren Opposition ging einher mit einer aggressiven Außenpolitik, mit der Besetzung West-Papuas und Ost-Timors.

Waffen und Ausbildungshilfe bekam das Regime neben den USA vor allem aus Deutschland. Die FAZ meldete am 24. Juli 1992: „Indonesien kauft den größten Teil der DDR-Kriegsmarine“, nämlich 39 Kriegsschiffe der ehemaligen DDR-Flotte. Noch 1996 hatte Helmut Kohl bei einem Staatsbesuch neue Panzer als Gastgeschenk für seinen Freund Suharto im Gepäck. Heckler&Koch-Gewehre, MBB-Hubschrauber, Mercedes-LKW, Kampfschiffe und U-Boote von HDW und Lürsen, Bordkanonen von Rheinmetall ... Die deutsche Rüstungsindustrie verdiente prächtig an den Mördern in Jakarta.

## „German Boy“ an der Macht

Besondere Verdienste um die deutsch-indonesischen Beziehungen im Bereich der Rüstung trägt gerade der Mann, der seit dem Rücktritt Suhartos Regierungschef geworden ist: Jusuf Habibie. Mit ihm, der den Spitznamen „German Boy“ trägt, hat das deutsche Rüstungskapital seinen direkten Agenten auf dem indonesischen Regierungssessel sitzen.

Habibie hatte in den 60er Jahren in Deutschland studiert. Bei Rüstungskonzernen MBB stieg er zum Direktor für angewandte Technologie auf. 1974 ging Habibie nach Indonesien zurück und wurde in die Regierung aufgenommen. Von nun an florierte das deutsch-indonesische Rüstungsgeschäft erst richtig. Für die Verleihung des Großen Bundesverdienstkreuzes durch die Bundesregierung 1980 bedankt sich Habibie umgehend: Der Siemens-Konzern erhält den Auftrag zum Bau des ersten indonesischen Atomkraftwerkes.

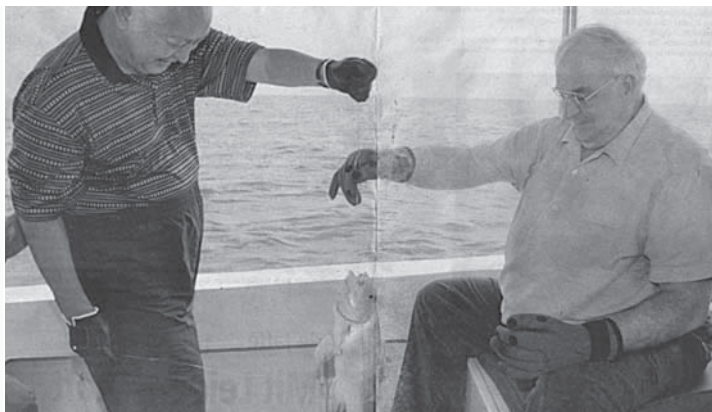
Indonesien gehört zu der von Japan dominierten ASEAN-Wirtschaftszone. Im weltweiten Kampf um Märkte, Rohstoffe und Einfluß prallen auch hier die Interessen der Großmächte aufeinander. Die USA und Deutschland liefern sich einen Wettlauf beim Versuch, in der ASEAN-Zone Fuß zu fassen. Indonesien ist hierfür ein wichtiger Stützpunkt. Die Aufrüstung des Landes zur regionalen Seemacht durch Deutschland ist vor diesem Hintergrund zu sehen.

Mit der Machtübertragung an den „German Boy“ Habibie, dessen Familie allein 40 Firmen in Indonesien kontrolliert, hat die deutsche Wirtschaft einen wichtigen Erfolg verbucht. Für die indonesischen Arbeiter, Bauern und Studenten wird sich allerdings nichts ändern. Die blutige Diktatur hat nur ihre äußere Fratze modernisiert.

Die Hintermänner des Regimes sitzen bei uns, in den Konzernetagen von MBB, Siemens und Daimler-Benz und im Bundeskanzleramt. Der Wunsch des indonesischen Volkes nach Demokratie und Menschenrechten ist so eng verbunden mit unserem Eintreten für eine andere Politik in Deutschland. NiB

(Vorabveröffentlichung aus „Was Tun“ Nr. 6, Flugschrift des Kommunistischen Forums in der PDS München)

*Auf gemeinsamem Fischzug. Kohl und sein „Freund“ Suharto. Das Bild entstand im Oktober 1996.*



# Aktionen gegen den G 8-Gipfel in Birmingham und den WTO-Gipfel in Genf

Weit über 100 000 Menschen haben in allen Teilen der Welt in koordinierten Protestkundgebungen ihre Ablehnung der WTO-Politik zum Ausdruck gebracht. Anlaß für diesen Auftakt des Protestes der internationalen Vernetzung von Basisbewegungen Peoples Global Action war das Gipfeltreffen der G8 in Birmingham und die WTO-Konferenz in Genf.

Ebenso wie in Birmingham trugen auch vor dem Genfer Hauptsitz der WTO 10 000 Menschen vieler Nationen mit einem bunten Protestzug und einer Global Street Party zu dieser weltweiten Protestbewegung bei. Begleitet von Straßentheater und Musikgruppen zogen sie von der Innenstadt bis vor die Polizeiabsperrung vor dem WTO-Gebäude, wo bis zum frühen Abend gefeiert wurde.

Aber die Polizei beließ es nicht bei den Feiern. In der ganzen Stadt wurden Personen willkürlich durch die Polizei kontrolliert verhaftet und stundenlang ohne Angabe von Gründen festgehalten – ohne rechtliche Handhabe. Ausländische Personen, die nicht genug Geld bei sich tragen, werden erkenntnisdienlich behandelt, ausgewiesen und mit einer Einreiseperrre belegt.

Verschiedene Leute wurden am Samstagabend durch die Polizei schwer ver-

letzt. Mindestens ein junger Mann aus Genf ist wegen inneren Blutungen nach wie vor auf der Intensivstation.

Schon auf dem Anreiseweg nach Genf wurden Leute von der Karawane „Geld oder Leben“ von WIWO Wendland aus Deutschland sowie 40 Italienerinnen bei ihrer Ankunft am Bahnhof in Genf verhaftet und des Landes verwiesen.

Am späteren Sonntagnachmittag bewegte sich die Karawane zur französischen Grenze, um die Wagen, Traktoren und weitere Ausrüstung den aus der Schweiz ausgewiesenen, auf der anderen Seite der Grenze wartenden deutschen Karawaneteilnehmerinnen zurückzugeben. Auf dem Rückweg nach Genf wurden 10 Personen verhaftet, darunter ein Journalist aus der Schweiz und eine Journalistin aus Berlin. Diese Personen wurden wie oben beschrieben behandelt und mußten in der kalten Zivilschutzanlage spärlich bekleidet stundenlang ausharren. Nach Stunden Haft wurde ihnen in französischer Sprache ein Papier vorgelegt, worin sie sich selber schuldig erklären sollten, an sämtlichen Aktionen und Demos teilgenommen zu haben, und sie wurden gedrängt, zu unterschreiben.

## Weltweite Aktionen gegen WTO

Unterdessen trifft in der Hauptstadt Bra-

## Von Peoples Global Action

siliens der Sternmarsch von vierzigtausend Landlosen und Obdachlosen ein. Am Montag, dem 18.5. folgten weitere zehntausend Arbeitslose. Sie werfen ihrer Regierung vor, bereitwillig die Vorgaben der internationalen Institutionen der neoliberalen Wirtschaftspolitik zu erfüllen. So exportiert Brasilien Lebensmittel, während gleichzeitig 40 Millionen Menschen im eigenen Land an Hunger leiden. Während des Marsches stürmten die Menschen Supermärkte und Lebensmittelager der Regierung. Für den 20.6. ist eine Demonstration im Regierungsviertel von Brasilia geplant.

Organisiert wurde der Marsch auf Brasilia von einem Bündnis aus dem Dachverband der Gewerkschaften CUT, der städtischen Bewegung CMP, welche für Gesundheit, Bildung und Wohnen kämpft, der Obdachlosenbewegung MPM sowie der Landlosenbewegung MST.

Gilberto Portes de Oliveira von der MST erklärte auf der Protestkundgebung vor den Toren der WTO in Genf:

„Die Ereignisse in Brasilien sind die logische Antwort von Bauern und Arbeitern auf die Politik, die von der WTO vorgeschrieben wird und von den Regierungen bereitwillig umgesetzt wird. Die soziale Spannung wächst, und wir werden

## Was ist Peoples Global Action?

Peoples Global Action ist ein internationales Netzwerk von Organisationen und Basisbewegungen, welches sich im Februar 1998 gegründet hat. Die Konferenz, auf welcher RepräsentantInnen von Basisbewegungen aus 56 Ländern aller Kontinente anwesend waren, erstellte folgendes Manifest (erhältlich unter [www.agp.otg](http://www.agp.otg))

Wir leben in einer Zeit, in der Kapital mit Hilfe internationaler Institutionen wie der Welthandelsorganisation (WTO), dem internationalen Währungsfond (IWF), der Weltbank (WB) und anderen Einrichtungen nationale Politik betreibt in der Absicht, globale Kontrolle über politisches, wirtschaftliches und kulturelles Leben zu erhalten.

Kapital war schon immer global. Sein grenzenloses Streben nach Expansion und Profit kennt keine Grenzen. Von der Zeit des Sklavenhandels der früheren Jahrhunderte bis zur imperialen Kolonisation von Völkern, Ländern und Kulturen rund um den Globus, die Akkumulation von Kapital wurde schon immer vom Blut und den Tränen der Völker dieser Welt gespeist. Diese Zer-

störungskraft und das Elend wurde bisher nur durch „Graswurzel“-Widerstand angegriffen.

Heute entwickelt das Kapitel eine neue Strategie, seine Macht durchzusetzen und den Widerstand der Menschen zu neutralisieren. Ihr Name lautet: ökonomische Globalisierung. Sie besteht aus der Demontage nationaler Handelsbeschränkungen und der freien Bewegung des Kapitals.

Die Effekte der wirtschaftlichen Globalisierung verbreiten sich durch die Industriegesellschaften und die Gemeinschaft der Welt, sie integrieren deren Bevölkerung in ein einziges gigantisches System, dessen Ziel in der Extraktion von Profit und der Kontrolle über Menschen und Natur besteht. Begriffe wie „Globalisierung“, „Liberalisierung“ und „Deregulierung“ verschleiern lediglich die wachsenden Ungleichheiten in den Lebensbedingungen zwischen Eliten und den Massen, sowohl in privilegierten als auch in den weniger privilegierten Staaten ...

Land, Wasser und Wald, Fauna und Flora des Landes und der Meere einschließlich der Bodenschätze sind keine Sachwerte, sondern unsere Lebensgrundlagen. Über Jahrzehnte haben die Mächte des Geldes und des Marktes

durch widerrechtliche Aneignung dieser Ressourcen ihre Profite vervielfachen und die Kontrolle über die Politik und Wirtschaft verstärken können auf Kosten unzähliger Leben und der Lebensgrundlagen riesiger Teile der Weltbevölkerung. Über Jahrzehnte haben die Weltbank und der IWF, und jetzt die WTO in Allianz mit den nationalen Regierungen und Konzernen Schachzüge ausarbeiten können, um sich der Umwelt zu bemächtigen. Die Resultate sind verheerende Umweltzerstörung, nicht mehr handhabbare soziale Mißstände und die Auslöschung kultureller und biologischer Vielfalt, wodurch vieles unwiederbringlich verloren geht – ohne jede Entschädigung für diejenigen, die darauf angewiesen sind ...

Die WTO, der IWF, die Weltbank und andere Institutionen, die die Globalisierung und die Liberalisierung der Wirtschaft propagieren, wollen uns dazu bringen, an die nützlichen und vorteilhaften Effekte des globalen Wettbewerbs zu glauben. Ihre Abkommen und ihre Politik bedingen direkte Verstöße gegen die grundsätzlichsten Menschenrechte (einschließlich ziviler, politischer, ökonomischer, sozialer, und kultureller Rechte sowie dem Arbeitsrecht), die in internationalem Gesetz und zahlreichen



kämpfen so lange wie nötig.“

„Die Ministerpräsidenten treffen sich hier, um unsere Armut zu feiern“, so in Genf Patricia Teran Vega von der Zapatistischen Front Mexikos. Rafael Alegria, Sprecher des Netzwerkes La Via Campesina, welches mehr als 100 Bewegungen umfaßt, betonte, daß Bauern von der Politik der WTO besonders hart betroffen werden.

„Wir versuchen nicht, die WTO zu reformieren – wir wollen sie zerstören. Mit den Nichtregierungsorganisationen, die an der WTO herumbasteln wollen, haben wir nichts zu tun.“, erklärte Prof. M.D. Najundaswarny, Präsident der indischen Bauernorganisation aus Karnataka. In ganz Indien fanden über 100 Aktionen für einen Austritt aus der WTO statt. Bereits am 1. Mai hatten dafür mehrere hunderttausend Bauern und Landarbeiter demonstriert. Doch auch andere Berufsgruppen sind zum Widerstand entschlossen.

In Birmingham beteiligten sich 8000 Menschen an den Protesten. Gleichzeitig war in 35 Städten der Welt durch Gopal Street Parties gegen die WTO Aufbruchsstimmung zu spüren, darunter in Ankara, Athen, Berkeley, Berlin, Bogota, Bratislava, Brisbane, Derry, Dublin, Göteborg, Hamburg, Iruhea, Istanbul, Ljubljana, Luxembourg, Lyon, Madrid, Melbourne, Nantes, New York, Prag, Olympia, San Francisco, Seattle, Stockholm, Sydney, Tel Aviv, Toronto, Turin, Turku, Utrecht, Vancouver, York und Zürich.

nationalen Erklärungen festgeschrieben sind und im Verständnis der meisten Leute im Begriff der „Menschenwürde“ wurzeln.

Wir haben genug von dieser unmenschlichen Politik. Wir lehnen das Prinzip des Wettbewerbs als Lösung für die Probleme der Menschen ab. Es führt lediglich zur Vernichtung kleiner Produzenten und zur Zerstörung lokaler Wirtschaftsstrukturen. Neoliberalismus ist der wirkliche Feind wirtschaftlicher Freiheit ...

Es ist dringend notwendig, gemeinsame Aktionen durchzuführen, um das illegitime Weltherrschaftssystem – welches transnationales Kapital, Nationalstaaten, internationale Finanzinstitutionen und Handelsabkommen miteinander verbindet – zu zerstören. Nur eine globale Allianz der Bewegungen kann mit aktionsorientiertem Widerstand das aufstrebende, globalisierte Monstrum schlagen. Wenn die Verarmung der Bevölkerung zur Tagesordnung des Neoliberalismus zählt, gehört direkte Selbstbemächtigung der Menschen – durch konstruktive, direkte Aktionen und zivile Ungehorsam – zum Programm von Peoples Global Action gegen den „Freihandel und die WTO“.

## Präsidentenwahlkampf in Venezuela

# Ex-Comandante Chavez führt in Meinungsumfragen

**Am 6. Dezember 1998 wird in Venezuela der nächste Präsident gewählt. Nach venezolanischem Recht darf der amtierende Präsident sich nach Ablauf seiner Amtszeit in den nächsten acht Jahren nicht wieder zur Wahl stellen. Der Noch-Amtsinhaber Caldera, bereits über achtzig Jahre alt, wird also nicht ein drittes Mal kandidieren können.**

Seine erste Amtszeit hatte er Ende der sechziger Jahre. Sein zweiter Anlauf erfolgte, nachdem er sich im Streit von seiner Partei, der COPEI (Christdemokraten) getrennt hatte, mit Hilfe eines ziemlich bunten Parteigemisch der Convergencia, einem Spektrum von vielen Parteien aller Couleur und Einzelpersönlichkeiten. Vorausgegangen waren die Amtsenthebung eines anderen Comeback-Künstlers, Carlos Andres Perez, und zwei niedergeschlagene Putschversuche gegen ihn von linksgerichteten Militärs 1992. Perez wurde in der Folgezeit mit einem parlamentarischen Trick aus dem Amt gehievt, seine restliche Amtszeit beendete der Parlamentspräsident kommissarisch. Der Führer des ersten Putschs, Oberst Chavez, wurde inhaftiert, wo er auch den zweiten Putschversuch von 1992 erlebte.

Chavez wurde zunächst aus dem aktiven Militärdienst und später aus der Haft entlassen. Auch in Haft blieb er politisch sehr aktiv. Bereits die letzten Wahlen, nicht nur die zum Präsidenten, haben gezeigt, dass die Alleinherrschaft der zwei großen Parteien (Christ- und Sozialdemokraten) gebrochen wurde. Unabhängige Kandidaten oder radikale neue Parteienbündnissen gelingt immer wieder an entscheidenden Stellen ein Durchbruch. Selbst die Wahl des konservativ-bürgerlichen Caldera war Ergebnis der stetig wachsenden Unzufriedenheit der Venezolaner. Über die Hälfte aller abgegebenen Stimmen bei der letzten Präsidentenwahl waren ein Protest gegen die politisch-ökonomischen Verhältnisse.

Inzwischen hat sich die CausaR gespalten, die linke Fraktion nennt sich seit verganginem Jahr PPT (Patrie para todos – Vaterland für alle, PB 19/97) und unterstützt Ex-Comandante Chavez, der in Meinungsumfragen mit 14% in Führung liegt. Irene Saez, eine Ex-Miss Universum, scheint als einzige Kandidatin im Ausland bekannt zu sein. So wie sie als Bürgermeisterin von Chacao, einem Stadtteil von Caracas, gewirkt haben soll, gibt es keine ernst zu nehmenden Klagen. Aber Chacao gehört nicht zu den Problemzonen der Hauptstadt. Aufgrund ihres ehemaligen Schönheitstitels, den sie wohl zu recht bekam und mehr wohl kaum, besaß sie die nötige Popularität in allen Volksschichten, sich als unabhängige Kandidatin gegenüber der alten Politikamarilla durchzusetzen. Sie wurde bereits sehr früh als zukünftige Präsidentenkandidatin gehandelt. Inzwi-

schen ist sie aufgestellt, aber nicht, wie erwartet, auf der Liste der ihr bestimmt näherstehenden Christdemokraten, sondern als Spitzenkandidatin von Causa R. Die hat damit bestimmt weder Irene noch sich selbst genützt. Es ist reiner Populismus der einst radikalen Partei, auf die Attraktivität und Bekanntheit einer schönen Frau zu setzen, ohne weitere Wahlaussagen. Kandidat der Copei ist Salas Romer, der als solider Gouverneur des Carabobo auffiel, die AN (Sozialdemokraten) wird wohl wieder mit Claudio Fermin antreten, der vor allem dadurch bekannt ist, dass er vor einigen Jahren als Bürgermeister von Caracas wegen Korruption aus dem Amt vertrieben wurde und deshalb auch in Haft war.

Schön wär's, könnten Wahlen was verändern. Dann wär Ex-Comandante Cardenas (ein Weggenosse von Chavez) bereits seit einer Weile Gouverneur des Bundesstaates Zulia (mit der Landeshauptstadt Maracaibo). Einige Verfassungsstrategen waren sich nicht zu schade, den Wahlsieger nachträglich von der Wahl auszuschließen. Das einheimische und ausländische Kapital hat noch viele Möglichkeiten, Einfluß auf den venezolanischen Wahlkampf auszuüben, und bis zum Wahltermin wird noch eine Menge Wasser den Orinoko herabfließen. Andererseits, man weiß nie, wie lateinamerikanische Volksmassen wirklich reagieren. Die Weigerung der USA, Chavez ein Besuchervisa auszustellen, könnte auch richtig verstanden werden als Vor-Einmischung in den Wahlkampf. Politisch kommt das in Lateinamerika so gut rüber wie ein direkter Einmarsch der Gringos. Für dieselben US-Behörden ist es kein Problem, überführte venezolanische Betrüger aufzunehmen. Dazu gehören der korrupte Ex-Präsident Lusinchi, die Verantwortlichen der letzten großen Bankenkrise von 1994 und einige der politisch-wirtschaftlichen Führung des Landes, die sich mit vielen hundert Mio. Dollar nach Florida abgesetzt haben.

Was das Ende des Kalten Krieges bedeutet und viel mehr, daß es nur noch den einen globalen Kapitalismus geben soll, ohne jeden Spielraum für eigene soziale Experimente und gegen jeden Wunsch nach Selbstbestimmung, ist in Südamerika vielleicht schon viel weiter verstanden worden, als es den Anschein von außen hat. In Venezuela, wie anderen südamerikanischen Ländern, die vor mehr als 20 Jahren bereits als Schwellenländer gehandelt wurden, hat der reale Kapitalismus schon lange abgewirtschaftet. Mit Chavez droht dem Imperialismus kein neuer Che und Irene ist keine neue Evita für die Regenbogenpresse, aber interessantere Kandidaten als die BRD hat das Land auf alle Fälle und es steht zumindest eine Richtungsänderung zur Diskussion. gal, 23. Mai 1998

## PNV verteidigt Dialog mit Herri Batasuna

Von Manfred Ostrowski

**Auch nach den letzten Anschlägen der ETA verteidigt die bürgerliche Baskische Nationalpartei (PNV), die im baskischen Autonomiegebiet Regierungsverantwortung trägt, den politischen Dialog mit Herri Batasuna.**

Der Regierungschef des autonomen Baskenlandes, Jose Antonio Ardanza (PNV), erklärte öffentlich: „Es geht nicht darum, daß 5, 10 oder 100 Personen organisiert sind, um Straftaten zu begehen, sondern darum, daß es darunter 160 000 Personen gibt, die ETA decken und antreiben. Und diese Leute sind nicht dafür, daß es Tote gibt, weil sie masochistisch oder anormal sind, es gibt politische Gründe dafür, und das bedeutet, daß wir es hier mit einem politischen Problem zu tun haben.“

Der Sprecher der PNV, Joseba Egibar, gab der Tageszeitung *egin* ein ausführliches Interview (veröffentlicht am 17. Mai), in dem er den Willen seiner Partei bekräftigte, mit Herri Batasuna ein Übereinkommen zu suchen. „Wir haben entschieden, daß der Dialog absolut unentbehrlich ist. ... Wir wollen die realen Möglichkeiten für Beziehungen und ein Verständnis untersuchen, um solide Grundlagen für die Normalisierung und Befriedung dieses Landes zu legen.“

Die spanische Regierung lehnt den Dialog mit ETA oder auch HB strikt ab. Der Präsident des europäischen Parlaments, Jose Maria Gil Robles, verlangte als Vorbedingung für ein Gespräch mit der ETA nicht nur, daß die baskische Or-

ganisation die Waffen abgibt, sondern auch, daß die ETA die spanische Verfassung anerkennt. Die spanische Verfassung, die seinerzeit im Baskenland mit klarer Mehrheit abgelehnt wurde, will die ETA aber ja gerade geändert wissen, damit die Basken über ihre Zukunft frei entscheiden können.

Der spanische Präsident Aznar hat eine Vision von der Zukunft, die wenig Anlaß zu Hoffnung auf Entspannung gibt: „Die Regierung wird nicht verhandeln, und die Leute von Herri Batasuna und von ETA, alle, die werden im Gefängnis enden, das ist nämlich ihr Platz.“ (Rede vom 10. Mai in Gasteiz, Euskadi) Unmittelbar nach den zitierten Äußerungen Aznars wurde von einem Unbekannten der Sitz HBs in Gasteiz in Brand gesteckt.

Nikaragua

## FSLN-Parteikongreß

Von Roberto Fonseca

**(MANAGUA, 20.5., NPL) Am letzten Wochenende hielt die Sandinistische Befreiungsfront (FSLN) ihren II. Parteikongreß ab. Politische und strukturelle Reformen sollten ursprünglich im Vordergrund stehen, um die wichtigste Oppositionskraft in Nicaragua wieder regierungsfähig zu machen.**

Wie es aussieht, wird sich der Kongreß aber nun vor allem um den Parteivorsitzenden und Ex-Präsidenten Daniel Ortega drehen. Dessen Stieftochter Zoilamérica Narvaéz Murillo hatte Anfang März in einem Brief öffentlich Anklage erhoben, von ihm als Kind mehrere Jahre lang sexuell mißbraucht worden zu sein. Die Mehrheit der Partei will davon aber wohl nichts wissen. „Die Basis steht

mit einer Stimme hinter Daniel Ortega“, versichert beispielsweise Comandante Tomás Borge, der einzige überlebende Gründer der ehemaligen Guerillabewegung FSLN. „Wenn Daniel zurücktreten wollte, wäre das eine Katastrophe für die Partei.“ Kritiker wie der frühere Kulturminister Ernesto Cardenal, die in dem Revolutionshelden inzwischen eher einen „stalinistischen Caudillo“ sehen, haben sich meist schon länger von der FSLN getrennt. Unter den 600 Delegierten aus dem ganzen Land wird auch bei der vorgesehenen geheimen Wahl mit einer Zustimmung von über 90 Prozent für die Wiederwahl Ortegas zum Vorsitzenden gerechnet. Tomás Borge hat gar „keinen einzigen Parteikongressisten“ ausgemacht, der damit nicht einverstanden wäre.

Dahinter mag auch die Angst stehen, ohne Ortega an der Spitze könne die FSLN auseinanderfallen. Äußerungen wie „eine Amputation“ oder „ein Selbstmord in diesem Moment“ belegen das.

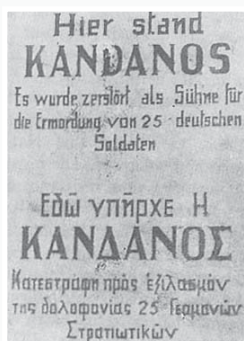
Die Sandinisten verfügen derzeit über keine Führungsperson, die für die Mehrheit eine Alternative darstellen würde. Wahrscheinlich wird es niemand wagen, Ortega herauszufordern. In der „Nationalen Leitung“, dem Parteivorstand, verbliebene Ortega-Gegner wie Comandante Víctor Tirado werden voraussichtlich diesmal abgewählt oder stellen sich gar nicht mehr zur Wahl. Tirado hatte im Vorfeld des Kongresses vergeblich versucht, eine starke Opposition innerhalb der Partei zusammenzuschmieden.

Mittelfristig könnte sich das Machtgefüge in der FSLN dennoch ändern. Sieben der 20 Mitglieder der Leitung treten nicht mehr an. Eine Frauenquote von 30% und eine Jugendquote von 10% in den Entscheidungsgremien der Partei werden neue Gesichter bringen. Der Unternehmensektor verlangt mehr Gewicht im Vorstand. Es ist unwahrscheinlich, daß für die FSLN programmatisch heikle Punkte wie das Bekenntnis zum Sozialismus, die Verteidigung des bewaffneten Weges als eine Methode des Kampfes um die Macht und das „antiimperialistische Erbe“ des legendären Guerillaführers der 30er Jahre, Augusto Sandino, aus dem Parteiprogramm gestrichen werden. Eine wirkliche Auseinandersetzung um die künftige ideologische Ausrichtung ist aber ebensowenig zu erwarten. Sie wird der gewünschten Harmonie auf dem Kongreß zum Opfer fallen.

Damit könnte es nach der großen Parteiversammlung aber schnell wieder vorbei sein. Aus der Umgebung von Ortegas Stieftochter, die ironischerweise im Vorfeld des Kongresses in der FSLN Reformkommission mitarbeitete, verlautet, daß Zoilamérica Narvaéz bereits ein 40seitiges Dokument für einen Gerichtsprozeß wegen sexuellen Mißbrauchs fertig hat. Ob die Gerichte mit dem Immunität genießenden Parlamentsabgeordneten Daniel Ortega allerdings kritischer umgehen werden als dessen Parteigenossen, steht auf einem anderen Blatt.

### GRIECHENLAND: 5 700 KLAGEN WEGEN NAZIVERBRECHEN

Am 5. Mai begann in Achaia (Peloponnes) die Verhandlung über etwa 700 Klagen von Hinterbliebenen der Opfer der deutschen Besetzung Griechenlands 1941 bis 1944. In vier bis sechs Monaten werden die Urteile erwartet. Am 13. und 19.5. begannen die Verhandlungen über weitere 5000 Entschädigungsklagen. Die Prozesse wurden eröffnet, nachdem das Oberlandesgericht Livadia im November '97 Entschädigungsforderungen griechischer Bürger in Höhe von 60 Mio. DM gegen die deutsche Regierung anerkannte. Bonns Botschafter und die Bundesregierung erklärten, dies widerspreche der „Staatenimmunität“. Eine Note der Bundesregierung wertete die Massaker von SS und Wehrmacht als „Maßnahmen im Rahmen der Kriegsführung“. Dazu der Vorsit-



zende des hundert Mitglieder umfassenden Rechtsanwaltskomitees, das die Kläger vertritt: „Wir befinden uns im Einklang mit dem internationalen Recht ... Deutschland will, daß die Prozesse vor deutschen Gerichten stattfinden. Aber die Verbrechen der Nazis geschahen in Griechenland gegen griechische Bürger. Falls der Gerichtsschluß zu unseren Gunsten ausfällt, gibt es auch die Möglichkeit, das Geld einzufordern.“

**BILD:** Anschlag der deutschen Kommandantur der „Festung Kreta“, nachdem Luftlandetruppen die Stadt Kandanos in Schutt und Asche gelegt und unter der Bevölkerung ein Massaker veranstaltet hatten. rub Quelle: Athener Zeitung, 8. Mai 1998





*Nicht nur die russischen Kohlearbeiter demonstrieren gegen die Regierung. „Hände weg von der Bildung“ fordern Studenten und Lehrer in der vergangenen Woche in Moskau. Die miserable finanzielle Ausstattung von Schulen und Universitäten führt zu immer schlechterem Unterricht. Unterdessen haben ein Teil der Kumpels ihren Streik abgebrochen, nachdem die Regierung einen Teil der ausstehenden Lohnschulden beglichen hat. Eine wichtige Eisenbahnstrecke nach Sibirien wird aber weiter blockiert. Die Regierung in Moskau soll auch schon Pläne ausgeheckt haben, wie dem Streik mit militärischen Mitteln beizukommen ist. Auch in der Ukraine fordern Kumpels von der Regierung ihre ausstehenden Löhne.*

## Südkorea: Streikaktionen

Seit zwei Wochen streiken 5.000 Arbeiter in verschiedenen Betrieben der Maschinenfabrik Mando, um ausstehenden Lohn einzufordern. In anderen Branchen stehen ebenfalls Arbeitskämpfe an. So drohen die im oppositionellen Gewerkschaftsverband KCTU organisierten Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, ab Anfang Juni in den Ausstand zu treten. Ihre Gewerkschaft fordert Arbeitsplatzgarantien und Mitsprache bei der angekündigten Umwälzung des öffentlichen Sektors.

Unterdessen gibt es Anzeichen dafür, dass sich jener großer Teil der südkoreanischen Linken, für den bisher der Kampf für die Wiedervereinigung des Landes im Vordergrund stand, vermehrt der vernachlässigten Arbeiterbewegung zuwendet. 52 Organisationen und Verbände, darunter der KCTU und die nationale Allianz für Demokratie und Wiedervereinigung, haben sich zu einer Initiative für Beschäftigung zusammengeschlossen. Sie verlangen von der Regierung Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung und eine Neuverhandlung der rigiden Sparauflagen des internationalen Währungsfonds. „Jede Woche wird es Aktionen für die Verkürzung der Arbeitszeit und für eine Arbeitslosenversicherung geben“, kündigte das neue Bündnis auf einer Pressekonferenz an.

## Italien: Rifondazione Comunista gegen NATO-Osterweiterung

Im italienischen Senat wurde über die Erweiterung der NATO durch den Anschluß von Polen, Ungarn und Tschechi-

sche Republik abgestimmt. Die regierende Olivenbaumkoalition stimmte im Verbund mit der rechten Opposition für die Erweiterung. Dagegen stimmte die Partei Rifondazione Comunista (RC), die damit erstmalig der Regierung ihre Unterstützung versagte. RC-Generalsekretär Fausto Bertinotti erklärte dazu: „Wir waren gegen die NATO während des Kalten Krieges, der jetzt der Vergangenheit angehört. Heute sind wir es mehr denn je. Mit dem Ende der Berliner Mauer hat die NATO das Motiv der Existenz verloren.“

Bertinotti sieht in der Erweiterung der NATO eine Beeinträchtigung der Aufgaben der UNO. Eine Expansion der NATO sei auch verbunden mit der Ausdehnung des nordamerikanischen Sozialmodells, eines Modells, das nicht den Vorstellungen der RC entspreche.

## USA und Türkei gegen ERNK-Büro in Athen

Das US-State Department bezichtigte die griechische Regierung in seinem „Terrorismus“-Bericht der Duldung „nationalistischer kurdischer Gruppen in Griechenland“. Die PKK würde sich großer Sympathien durch das griechische Volk erfreuen und 157 Parlamentarier hielten an ihrer Einladung von PKK-Generalsekretär Abdullah Öcalan nach Griechenland fest. Der türkische Ministerpräsident Yılmaz legte nach: „Griechenland unterstützt die PKK“ und behauptete, daß die PKK ein offizielles „Balkan-Büro“ in Athen eröffnet habe. Der griechische Botschafter wurde zum Protest in das türkische Außenministerium bestellt. Die US-Regierung verlangte

ebenfalls eine „Klarstellung“. Darauf erklärten der griechische Regierungssprecher und der Botschafter: „Die griechische Regierung erlaubt keine Organisation in Griechenland, die bewaffnete Aktivitäten entwickeln und sich gegen die Regierungen anderer Länder richten. Sie akzeptiert aber die Existenz kurdischer Organisationen im Rahmen der Legalität, so wie es auch andere europäische Länder tun.“ Keineswegs würde gegen die Vertretung der ERNK vorgegangen. Das „Balkan-Büro“ der PKK entpuppte sich als ein Treffen zwischen der neuen ERNK-Vertreterin für den Balkan und PASOK-Abgeordneten. Die griechische Regierung befürchtet nun, daß der türkische Geheimdienst neue Provokationen gegen Griechenland plant. rub

Quelle: Athener Zeitung, 8.5.98

## Europaweite Streikaktionen

Ein Streik von 3.000 Busfahrern in Oslo und mehreren Regionen Norwegens hat den Verkehr weitgehend lahmgelegt. Die Fahrer aller Busunternehmen der Region hatten die Arbeit niedergelegt, nachdem die Tarifverhandlungen gescheitert waren. Gewerkschaften kündigten einen langwierigen Arbeitskampf an.

Durch zwei landesweite Streiks in Italien ist es zu Behinderungen im Luft- und Straßenverkehr gekommen. Stewards und Stewardessen der staatlichen Fluglinie Alitalia traten in einen 24stündigen Ausstand. Sie protestierten gegen rücksichtslose Umstrukturierungen und Personalabbau. Ausgenommen vom Streik waren lediglich Flüge nach Neapel, um die Bergungsarbeiten in dem Notstandsgebiet nicht zu gefährden. Zugleich streiken noch immer die Tankwarte in Italien.

Mit einem Aktionstag hatten die Eisenbahner in Frankreich auf ihre prekäre Situation aufmerksam gemacht.

## USA/KUBA: Kirchenrat gegen Jesse Helms

(Washington, 20. Mai 1998, alc-Poonal).- Der Kirchenrat der USA (CNI) hat seine Opposition gegen die neue Gesetzesinitiative des republikanischen US-Senators Jesse Helms erklärt. Dieser versucht damit, die von Bill Clinton verfüigten Erleichterungen für humanitäre Hilfe an Kuba zu unterlaufen. Der am 12. Mai eingebrachte Entwurf trägt den irreführenden Titel „Gesetz zur Solidarität und Hilfe für Kuba“.

Seit 1992 hat der CNI nach eigenen Angaben über den kubanischen Kirchenrat verschiedenste Hilfssendungen im Wert von mehr als sieben Millionen Dollar verteilt. Jesse Helms will durchsetzen, daß nur vom US-Präsidenten ernannte und vom US-Kongreß autorisierte Organisationen die Hilfe für Kuba kanalisieren dürfen.

Zusammenstellung: hav





## Kein Mensch ist illegal – Wir tauchen auf! Demonstration in Düsseldorf 13. Juni 1998, 12 Uhr, Shadowplatz

Mit Unterstützung der Kampagne *kein Mensch ist illegal* protestieren seit Januar über 130 kurdische Flüchtlinge – Kinder, Frauen, Männer – in mehr als zwanzig evangelischen und katholischen Kirchengemeinden Nordrhein-Westfalens gegen ihre angedrohte Abschiebung. Die meisten von ihnen leben seit vielen Jahren in Deutschland. Doch die Behörden haben sie zu rechtlosen „Illegalen“ gemacht. Nun fordern sie Schutz vor Verfolgung, vor Folter und Tod. Wir unterstützen die Forderungen der kurdischen Flüchtlinge im Kirchenasyl und verlangen:

- Keine Abschiebungen in Kriegsgebiete und Folterstaaten!
- Politische Friedenslösungen statt Militärhilfen!
- Bleiberecht für alle!

## Schutz für nigerianische Oppositionelle in Hannover

HANNOVER. „Abschiebung bedeutet Lebensgefahr“ unter diesem Aufruf fand am 19.5.98 in Hannover eine Kundgebung mit ca. 300 Leuten, vor allem mobilisiert durch den AStA der Uni Hannover, statt. Mit der Kundgebung protestierten die Teilnehmer gegen die drohende Abschiebung. Nach der Kundgebung demonstrierten die Teilnehmer zum niedersächsischen Innenministerium und trugen dort lautstark ihren Protest vor. Auf Transparenten war zu lesen: „Passersatzpapiere: Nur zur Abschiebung erforderlich = Todesurteil“, „Kein Blut für billiges Öl, boykottiert Shell.“

bee

## Brandanschlag von Nazis auf Aichacher Asylbewerberheim

AUGSBURG. Am letzten Freitag wurde auf das Asylbewerberheim in Aichach ein Brandanschlag von mindestens vier Nazis verübt. Nur durch schnelles Eingreifen der Betroffenen konnte ein Großbrand verhindert werden. Denn wieder einmal kann man feststellen, daß das Heim für Flüchtlinge aus Holz gebaut war und sonst in kurzer Zeit lichterloh gebrannt hätte. Und wieder einmal war die offizielle Reaktion der Reaktionäre: Das sei die Tat eines Verrückten, sagten

laut *Augsburger Allgemeine* Landrat T. Körner und Bürgermeister K. Habermann. Körner: „Wer Menschenleben gefährdet, kann nicht alle Tassen im Schrank haben.“ (AZ, 16.5.98) Also soll wieder einmal ein nicht zurechnungsfähiger Einzeltäter am Werk gewesen sein, der zudem eigentlich nur Menschenleben „gefährdet“ habe. Derweil ermittelt wenigstens die Polizei wegen versuchter schwerer Brandstiftung und wegen versuchten Mordes. Und es wird wieder einmal die Aufgabe der Antifaschisten sein, auf die wirklichen Täter, ihre Motive, ihre Steigbügelhalter und sonstigen Hintermänner hinzuweisen.

## Saubermann aufgefallen

MAGDEBURG. „Wir Republikaner nehmen die Herausforderung zum Kampf gegen das Verbrechen in jeder Form entschlos-

sen auf“, heißt es im Programm der Saubermann-Partei. Anfangen sollte diese damit allerdings in ihren eigenen Reihen. Denn deutlich kriminelle Neigungen zeigte jüngst deren stellvertretender Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt, Andreas Krause. Krause hatte (erfolglos) versucht, die Braunschweiger Filiale eines NRW-Lebensmittelkonzerns und einen süddeutschen Lebensmittelhersteller per Telefon zu erpressen. Bei der fingierten Geldübergabe auf dem Magdeburger Bahnhof wurde Krause am 7. Mai verhaftet. Als Motiv gab Krause finanzielle Not an. In dem Leserbrief an das neofaschistische Theorieorgan „Nation und Europa“ im Jahr 1996 hatte der Magdeburger „Republikaner“-Kreisvorsitzende Krause noch „Redlichkeit, Kameradschaft und Anstand“ angemahnt und seine Partei vor einer Übernahme der in der DDR angestrebten „Übereinstimmung von persönlichen und gesellschaftlichen Interessen“ gewarnt. hma

## Demonstration gegen Republikaner: Breites Bündnis erfolgreich

SPEYER. Am Samstag, den 16.5.98, ab 16 Uhr demonstrierten gut über 450 Menschen auf der Maximilianstraße (Haupteinkaufsstraße) in Speyer gegen die angekündigten Aktionen des Kreisverbandes der Republikaner. Die Polizei sprach von 500–700, RPR1 von 700 Demonstranten. Die Republikaner wollten pünktlich zum Wahlauftritt der Bundestagswahlen eine Veranstaltung auf dem Terrain des technischen Museums – „im Pfälzer Weindorf“ – und einen Marsch gegen den Euro, für den Erhalt der DM durchführen. Kein geringerer als der Bundesvorsitzende der Republikaner, Rolf Schlierer, war angekündigt.

üps



**HAMBURG.** Kurdinnen und Kurden aus Norddeutschland unterstützten den dreitägigen Hungerstreik von kurdischen Kriegsgefangenen mit einem eigenen Hungerstreik vom 7.–10.5. Einige hundert Menschen demonstrierten ihre Solidarität am 9. Mai.



Fotos: kah

**Tag der Befreiung**

## Feigenblatt für Breker-Walhalla

NÖRVENICH, vorletzten Samstag. Die Nobelkarosse mit Kasseler Kennzeichen hält etwa 50 Meter vor dem Schloßtor. Dem Mercedes entsteigt die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Antje Vollmer. Sofort schallen ihr Sprechchöre entgegen: „Vollmer hilft dem Bodenstein, der wäscht mit ihr den Breker rein.“ Und auf einem Plakat muß sie lesen: „Frau Vollmer! Wir protestieren gegen Ihren Besuch in der Nazi-Kultstätte Schloß Nörvenich!“ Daß die grüne Basis gegen die grüne Frontfrau aus Bonn protestiert, hat freilich einen triftigen Grund: Das sogenannte „Museum Europäische Kunst“ im mittelalterlichen Gemäuer des Schlosses Nörvenich, in Wahrheit ein nationales Zentrum kultischer Verehrung für Hitlers berüchtigten Propaganda-Skulpteur Arno Breker, durfte die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages anlässlich einer Ausstellungseröffnung mit Kunst aus Sri-Lanka als Ehrengästin und Festrednerin empfangen. Ein erneuter PR-Coup des Schloßherrn Joe G. Bodenstein. Der 62-jährige Journalist und Galerist mit besten Bonner Verbindungen schafft es immer wieder, sein dubioses Breker-Pantheon unter allen möglichen scheinbar unvanfänglichen Vorwänden mit einem ganzen Kordon von Prominenz und Honoratioren aus Politik und Kultur zu umgeben.

Denn es war ausgerechnet die grüne Ikone Antje Vollmers, die Brekers braune Bronzen durch ihren Repräsentationsauftritt wieder ein Stück aufwertete. (Doch zuvor mußte die grüne Staatsfrau einen weitaus unfreundlicheren Empfang absolvieren – eben durch jene Gruppe Gegendemonstranten, die sich vor dem Schloßeingang mit Transparenten und einer kleinen Ausstellung über Brekers Rolle im Nazireich postiert hatten, darunter grüne Basismitglieder und Mandatsträger aus der weiteren Region. Nervös und verunsichert geht Antje Vollmer auf die demonstrierende Gruppe zu, die sich wie ein Spalier vor dem Schloßpark

postiert hat, nur einen Steinwurf entfernt von den Breker-Figuren. Mit zitternden Händen verteilt sie eine Erklärung und versucht, um in Vollmerscher Diktion zu bleiben, „mit den Menschen ins Gespräch zu kommen“, denn: „Wer mich kennt, der weiß, daß ich immer eine dialogische Politik mache.“ Ihr gehe es um „Toleranz“, beschwört sie, und daß es keine „Kunstsensur“ geben dürfe, und daß man die „Geschichte nicht „tabuisieren“ dürfe, denn: „Wir leben in einer freien Gesellschaft.“ Da hat sie die Demonstration wohl gründlich mißverstanden, denn der Protest will ja gerade das von Breker-Apologeten unter dem Vorwand der „reinen Kunst“ über die politische Rolle ihres Idols gebreite Tabu durchbrechen und der Rehabilitation von Nazi-Ästhetik historische Aufklärung entgegensetzen. Aber Antje belehrt weiter: „Wenn ihr meint, daß für die neuen Rechten Arno Breker noch eine Rolle spielt – die wissen ja nicht mal, wer das ist.“ Die grüne Basis, die sich seit den achtziger Jahren ständig gegen den Breker-Kult vor Ort abarbeitet, muß sich von der eingeschwebten Chef-Grünen aus Bonn, die vorher noch nie in Nörvenich war, die Mahnung gefallen lassen, man müsse sich „mit denen auseinandersetzen“. Und überhaupt könne Nazi-Kunst heute keine Wirkung mehr haben, denn: „Wir leben in einer Demokratie, ja?!“ Ja, Sachsen-Anhalt ist weit weg. Schließlich bescheinigt die Theologin, die den Dalai-Lama verehrt und sich für den Buddhismus interessiert, den in irgendwelchen geistigen Niederungen verharrenden Basis-Grünen gar „magisches Denken“, denn sie überhöhten das Breker-Schloß zu einem „magischen Ort“.

„Ihr seid ja so geworden wie die Leute, gegen die ihr mal angetreten seid“, bekommt sie von einem der Demonstranten zu hören. An der grünen Basis brodelte es, seit bekannt wurde, daß Antje Vollmer der „Nazikultstätte Schloß Nörvenich“ ihre Reverenz erweisen würde. Alle internen Warnungen und Proteste aus der eigenen

Partei hatte die große Versöhnerin in den Wind geschlagen. Damit sahen die Grünen in Ort und Region lange Jahre hartnäckigen Widerstandes gegen den Breker-Tempel vor ihrer Haustür aus der Bonner Führungsriege unterlaufen und desavouiert. Daß „die Antje in ihrem esoterischen Wolkenkuckucksheim die Bodenhaftung verloren“ habe, war noch eine der mildereren Bewertungen aus der erbosten grünen Basis. Nun hatte es Joe Bodenstein nicht nur geschafft, irgendeinen klangvollen Namen aus der Bonner Polit-Elite anzuziehen, sondern den grünen Basis-Widerstand von „oben“ her aufzuspalten. Zwar ist Antje Vollmer nach Annemarie Renger und Rita Süßmuth schon die dritte Bundestags-Präsidentin, die der Breker-Kultstätte ihre Aufwartung machte, und auch sonst liest sich die Liste der Bonner Polit-Prominenz, die im Schatten der faschistischen Machtästhetik erhabene Gefühle tankte, lang und eindrucksvoll – Theo Waigl, Manfred Wörner, Hannelore Kohl, Walter Scheel, um nur einige wenige zu nennen. Doch ein grüner Promi hatte sich bislang noch nicht hierher verirrt.

Seither war das Schloß häufiges Ziel von Protesten und Demonstrationen. So veranstaltete etwa das Ostermarsch-Komitee Rheinland seit 1996 den Ostermarsch in Nörvenich, um mit Protesten vor dem Breker-Schloß und vor dem Fliegerhorst „Boelcke“ Zeichen gegen militärische und geistige Aufrüstung zu setzen. So fließen hier deutsche Kontinuitäten zusammen, die vielleicht einmal problematisiert werden könnten, wenn der Vorschlag Antje Vollmers, demnächst an „neutralem Ort“ eine „Podiumsdiskussion“ über NS-Kunst zu veranstalten, realisiert werden sollte. Jedenfalls könnte im Vor- und Umfeld einer solchen Veranstaltung die allgemeine öffentliche Auseinandersetzung um Breker und die Nörvenicher Kultstätte einen neuen Schub erhalten.

Detlev v. Kirchbach  
(gekürzt aus Lokalberichte Köln)



## Menschenverachtender Innenminister Besuchsverbot für Neshe

HEIDELBERG. Seit dem 9. Juli 1997 kämpft in Heidelberg eine Initiativegruppe für die Rückkehr der unter widrigen Umständen in die Türkei abgeschobenen 16jährigen Kurdin Neshe Özmen. Obwohl sie zu keinen Familienangehörigen in der Türkei gehen kann, unterstellte Innenminister von Baden-Württemberg, Thomas Schäuble, der kleine Bruder des Wolfgang Schäuble, daß Neshe in die Türkei eine gesicherte Existenz habe. Diese Unterstellung hat sich als falsch herausgestellt. Neshe hat zur Zeit vorübergehend Unterschlupf bei einer deutschen Lehrerfamilie in Ankara gefunden. Sie weiß nicht wohin. Auf Grund ihrer Kontakte zu Vertretern des türkischen Menschenrechtsvereins IHD muß sie in ständiger Angst vor Verfolgung leben.

Nun verweigerte das Regierungspräsidium Karlsruhe, das dem Innenminister untersteht, Neshe für die Osterferien ein Besuchsvisum zu erteilen. Die internationale Gesamtschule Heidelberg hat zugesichert, für die Dauer des Besuchs für die Lebensunterhaltungskosten aufzukommen. Die Begründung des Regierungspräsidiums war zunächst, Neshe sei dem Staat noch die Begleichung der Abschiebekosten in Höhe von 11 000 DM schuldig.

Die schriftliche Ablehnungsbegründung für die Einreise geht allerdings noch weiter und übertrifft jeden Zynismus. Sie ist gerade umgekehrt zur Begründung der Abschiebung.

Wörtlich heißt es: „Die Glaubhaftmachung der Rückkehrbereitschaft der Frau Özmen scheitert darüber hinaus an der objektiven Betrachtung ihrer gesamten Lebensumstände und der Perspektiven ihres weiteren Aufenthalts in der Türkei. Frau Özmen hat bisher nicht dargetan, wie sie ihren Lebensunterhalt in der Türkei auf Dauer zu bestreiten beabsichtigt und wie ihre dauerhafte Unterbringung sowie ihr weiterer schulischer und/oder beruflicher Lebensweg in der Türkei gesichert ist.“

Im Gegensatz zu vielen anderen Fällen ist der Fall Neshe aber nicht ganz aussichtslos. In Heidelberg und darüber hinaus schlägt das Schicksal der jungen Kurdin hohe Wellen. Verschiedene Prominente wollen Neshe nun einladen. Allerdings kann nur Innenminister Schäuble die Sperrwirkung für eine Aufenthaltsgenehmigung aufheben. Ob dies Schäuble allerdings macht, ist mehr als fraglich. Insider schätzen den kleinen Schäuble noch schlimmer, noch rigoroser als Kanther ein. scr

Veranstaltung der evangelischen Hafenkirche im Jungbusch

## A. Menaf Düzenli darf nicht abgeschoben werden

Ein Mensch  
eine Stimme

MANNHEIM. Zur Veranstaltung waren etwa 30 Personen gekommen. Ebenso wie vor drei Wochen in Mutterstadt war das zentrale Thema die drohende Abschiebung des kurdischen Deserteurs und Kriegsdienstverweigerers Abdul Menaf Düzenli, seiner Ehefrau Hori und seiner drei kleinen Kindern.

Zu Beginn berichtete Pfarrer Vetter, Beauftragter für die Flüchtlingsarbeit im Diakonischen Werk der Ev. Kirche in Hessen-Nassau, über seinen Besuch im März dieses Jahres und über die aktuelle Lage in Kurdistan. Er schilderte eindringlich anhand von Dias die brutale Repression, der kurdische Menschen durch türkische Polizei und türkisches Militär ausgesetzt sind.

Pfarrer Vetter war zusammen mit anderen Teilnehmer einer internationalen Delegation und u.a. Besucher des Newroz (Frühlings)-festes in Diyarbakir, der heimlichen Hauptstadt Kurdistans. An diesem Fest, das für alle Kurden eine große Bedeutung hat, beteiligten sich 60–70 000 Menschen. Das friedliche Fest, wo Alt und Jung zusammengekommen waren, wurde plötzlich von einem großen Aufgebot prügelnder Polizisten brutal beendet. Auf Menschen, die schon am Boden lagen, sei immer weiter geknuppelt worden, ganz gleich ob darunter Kinder, Frauen oder alte Menschen waren!

Pfarrer Vetter erwähnte die weit über 3000 zerstörten kurdischen Dörfer, die Vertreibung und die massenhafte Flucht kurdischer Menschen. Er selbst hat ein Flüchtlingslager aufgesucht.

Die Unterkünfte der Lager seien aus Pappe und Sperrmüll. Gewöhnlich fehlten Strom und Wasser. Gleich um die Ecke in Sichtweite des Lagers habe sich eine große moderne Schule befunden. Aber diese hätten die kurdischen Kinder des Flüchtlingslagers nicht besuchen dürfen.

Pfarrer Vetter hatte den Menschenrechtsverein IHD besucht, der ihm genaue Informationen über das Ausmaß der Repression der türkischen Behörden gegen das kurdische Volk geben konnte.

Die Leute vom IHD werden immer wieder verfolgt. Vor ein paar Tagen wurde der Vorsitzende Akin Birdal durch die Schüsse zweier Killer eines faschistischen Bande schwer verletzt. Tagelang war vorher Birdal als angebliches „Werkzeug der PKK“ in den Medien diffamiert worden. Eine Dreiviertelstunde brauchte der Krankenwagen, bis er endlich am Ort des feigen Attentats angelangt war – lange nach den Fernsehredakteuren!

Nach dem Bericht von Pfarrer Vetter erläuterte ein guter Bekannter und Landsmann von Herrn Düzenli, der kaum Deutsch spricht, dessen be-

drückende Situation: Herr Düzenli habe als Hirte in Kurdistan gelebt – in einem Gebiet, das sich seit 7 Jahren im Zentrum des Krieges der türkischen Regierung gegen das kurdische Volk befinde. Es sei nochmals daran erinnert, daß das Heimatdorf von Herr Düzenli nicht mehr existiert, weil es vom türkischen Militär zerstört wurde. Ein Bruder ist vom Militär ermordet worden.

Es werde sich darum bemüht, aus der Türkei den Nachweis für die Desertion von Herrn Düzenli zu besorgen. Aber dies sei sehr schwierig. Alle hätten Angst: Verwandte und ein beauftragter Rechtsanwalt. Schließlich würde Desertion vom Militärstaatsanwalt verfolgt. Da dringe gewöhnlich nichts an die Öffentlichkeit. Ob ein Anwalt da etwas in Erfahrung bringen könne, sei fraglich. Es ist aufgrund der Rechtsprechung des zuständigen Richters am Verwaltungsgericht Neustadt, de Felice, die prekäre Situation entstanden, daß Herr Düzenli seine Desertion beweisen muß. Aber genau dies ist wahrscheinlich mit offiziellen (!) Dokumenten unmöglich. Der Landrat von Ludwigshafen, Bartholome, scheint ebenfalls entschlossen zu sein, die Familie Düzenli abschieben zu lassen.

Wir hoffen, daß der Petitionsausschuß am 28. Mai aus humanitären Gründen gegen die geplante Abschiebung entscheidet. Wir müssen aber auch damit rechnen, daß er genau dies nicht tut!

Im dritten Teil der Veranstaltung kam das zur Sprache, was als ein wichtiges Mittel zur Verhinderung einer Abschiebung möglich wäre: das Kirchenasyl!

Hierüber informierte Pfarrer Wolfgang Weber, der als Landesbeauftragter für Flüchtlingsarbeit in der Badischen Landeskirche über entsprechende Erfahrungen verfügt. Kirchenasyl gäbe es seit 1994. Es resultiere aus dem christlichen Glaubensprinzip, daß es Aufgabe der Christen sei, den Verfolgten zur Seite zu stehen. Es gehe darum, Schutz den Menschen zu gewähren, die der Staat nicht mehr zu schützen bereit sei! Das Asylverfahrenrecht habe das Asylrecht ausgehöhlt. Weber betonte die Wirksamkeit des Kirchenasyls: bei ca. 80 Prozent der Flüchtlinge, die bislang Kirchenasyl bekommen hätten, sei ein Wiederaufnahmeverfahren erreicht worden.

Unter den Versammelten herrschte am Ende weitgehend Übereinstimmung darüber, daß Kirchenasyl eine gute Sache sei und daß auch die Familie Düzenli möglicherweise dieses Schutzmittel benötige!

Wir werden weiter über die aktuelle Situation der Familie Düzenli berichten.

*Bündnis gegen Abschiebungen,  
Mannheim*



## Aktionen gegen Rechts Nazis mit neuer Masche gescheitert

HILDESHEIM. Am 9.5. versuchten etwa 80 Faschisten, einen einige Wochen zuvor von einer Hildesheimerin zum Thema Verschärfung der Strafen für Sexualstraftäter angemeldeten „Trauermarsch“ als Aufmarschvorwand zu nutzen. Die Nazis mobilisierten über eine Internetseite der Jungen Nationaldemokraten (JN/NPD) und über das Nationale Infotelefon. Kurzfristig erfuhren Antifaschisten von dem Vorhaben. Über 30 blockierten eine Straßenkreuzung am Ausgangspunkt des antidemokratischen Trauermarsches. Die Stiefelfaschisten rotteten sich etwa 500 Meter entfernt zusammen und grölten „Todesstrafe für Kinderschänder“. Ein Teil der

über 300 Polizisten setzte die Nazis fest. Aus dem Naziaufmarsch wurde nichts. Die Stadt hatte das konspirative Treffen und die Teilnahme an anderen Demonstrationen verboten. Die Polizei erteilte den Neonazis Platzverbot. Sie mußten die Stadt verlassen.

Die Zusammenrottung von Mitgliedern von verbotenen Naziorganisationen fand unter dem Titel „Freie Nationalisten“ statt, die teils weit angereist waren. So etwa Christian Worch: 1974 Aufbau der HANSA-Bande in Hamburg zusammen mit Michael Kühnen, aus der die ANS und später die verbotene ANS/NA hervorging. Danach wirkte Worch nach dem Verbot der Nationalen Sammlung in Hamburg maßgeblich in der verbotenen Nationalen Liste und der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF) als führender Kopf des Bereichs Nord mit. Auch der ehemalige niedersächsische Vorsitzende der verbo-

tenen FAP Thorsten Heise war zugegen. Die Anmelderin des Trauermarsches sagte diesen auf Anraten der Polizei ab. Ein anderer Teilnehmer ließ sechs Nazis hinter dem Haupttransparent mitlaufen, so daß dann etwa 30 Personen mit Kinderwagen etc. losgingen. Die Antifaschisten wurden zuvor in einem Polizeikordon bis zum Bahnhof geleitet. Am Tag nach der Aufmarschpleite für das Gros der Faschisten ließ Christian Worch in der Sedanstraße, in der die „Freien Nationalisten“ polizeilich eingekesselt wurden, Flugblätter eines Volkskomitees „Todesstrafe für Kindermörder“ und eines „Ermittlungsausschusses Hildesheim“, in die Briefkästen stecken. Darin tobte der Teilnehmer der NSDAP/Aufbau (Auslands)-Organisation über „Polizeiwillkür gegen friedliche Demonstranten“ und die Forderung des Innenministers Glogowski (SPD), die DVU zu verbieten. *rab*

## PDS-Landesvorstand NRW klagt

# Kommunalwahl NRW: 5% soll bleiben

DÜSSELDORF. Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben am 6. Mai die 5%-Sperrklausel auch bei Kommunalwahlen erneut festgeschrieben, obwohl das Landesverfassungsgericht den Landtag aufgefordert hatte, diese Sperrklausel ausdrücklich zu überprüfen. Die CDU stimmte gegen das Gesetz. Daß die SPD traditionell an der Sperrklausel festhalten würde, war zu erwarten. Daß aber die Grünen das Spiel ohne hörbaren Protest oder Widerstand mitmachen würden, zeigt, daß sie von ihren früheren basisdemokratischen Vorstellungen inzwischen weit entfernt sind. Sogar die CDU plädierte für ein an das bayerische Kommunalwahlverfahren angelehntes Modell, das ohne Sperrklausel den Wahlberechtigten die Möglichkeit eröffnen sollte, durch Kumulieren und Panaschieren mehr Einfluß auf die Zusammensetzung der Kommunalparlamente zu nehmen.

Der Landtag schließt mit dem Gesetz alle die Wählerinnen und Wähler, die nicht für Parteien oder Wählergruppierungen stimmen, die über die 5%-Hürde kommen, von der politischen Einflußnahme aus. Der Landtag hat durch die Einführung des kommunalen Wahlrechts für EU-Bürgerinnen und EU-Bürger im Jahr 1995 und die Absenkung des aktiven Wahlrechts auf 16 Jahre am 6. Mai mehr Menschen die Möglichkeit gegeben, auf die Geschicke der Kommunen Einfluß zu nehmen. Durch die Beibehaltung der 5%-Sperrklausel wird der Einfluß aber gerade dieser Wählergruppen wieder beschränkt. Sie können sich nicht selbst artikulieren, sondern werden gezwungen, sich am bestehenden Parteien-

spektrum in den Stadt- und Gemeinderäten zu orientieren.

Nicht der Wille von Wählerinnen und Wählern soll entscheidend sein, sondern der Einfluß und die Macht der bereits in den Parlamenten vertretenen Parteien sollen erhalten und gestärkt werden. Das hat mit Demokratie wenig, mit Erhaltung eigener Pfründe viel zu tun.

Die SPD will mit der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre der „Politikverdrossenheit“ entgegenwirken. Daß sie mit der Beibehaltung der 5%-Klausel selbst daran mitwirkt, kommt ihr nicht in den Sinn. Wenn bereits in Städten und Gemeinden für viele Gruppierungen und gerade auch für Jugendliche kaum Möglichkeiten bestehen, auf Parlamentsebene für eigene Interessen tätig zu werden und die Einwohnerinnen und Einwohner gezwungen sind, dies den bestehenden Ratsfraktionen zu überlassen, wird „Verdrossenheit“ und Desinteresse gefördert.

Durch die Abschaffung der kommunalen Doppelspitze und die Direktwahl der BürgermeisterInnen sind den Stadt- und Gemeinderäten Kompetenzen gegenüber der Verwaltung genommen worden. Der Vertreter der SPD begründete u.a. genau mit dieser Änderung der Gemeindeordnung die Notwendigkeit der Sperrklausel: „Die seit 1994 veränderte Stellung von Rat und Bürgermeister im Verhältnis zueinander und im Verhältnis gegenüber der Verwaltung führt dazu, daß der verstärkten Stellung des Bürgermeisters ein starker Rat gegenübergestellt werden muß. Dies ist nur gewährleistet, wenn die Mehrheitsverhältnisse im Rat eindeutig sind und somit eine Beschlussfähigkeit des Rates rasch herbei-

geführt werden kann. Dies ist nicht gewährleistet, wenn eine Vielzahl von im Rat vertretenen Gruppen zu einer Entscheidungsfindung gelangen muß. Eine zersplitterte Vertretung könnte eine effiziente Aufgabenwahrnehmung nicht bewirken.“ Mit dieser Argumentation wäre ein Ein-Parteien-Parlament die stärkste Vertretung, weil dann die Mehrheiten eindeutig sind. Auch mit 5%-Sperrklausel entstehen in Räten nicht einfach „eindeutige Mehrheitsverhältnisse“. In vielen Kommunen existieren dauerhafte oder wechselnde Koalitionen der im Rat vertretenen Parteien, Auseinandersetzungen auch innerhalb der Parteifraktionen sind an der Tagesordnung, nur werden sie selten öffentlich und damit für die Einwohnerinnen und Einwohner nachvollziehbar geführt. Eine Vielzahl von Gruppen im Rat würde den im Rheinland so berühmten Klüngel zumindest erschweren, der Fraktionszwang könnte zugunsten persönlich verantworteter Entscheidungen der Ratsmitglieder zurückgedrängt werden.

Die PDS tritt für mehr Einflußmöglichkeiten der Einwohnerinnen und Einwohner auf die Gestaltung ihrer Lebensbedingungen ein. Gemeinde- und Stadträte, in denen mehr Parteien und Gruppierungen vertreten sind als bisher, sind nicht schwächer als die bisherigen, sondern haben eine neue Stärke: Sie können viel mehr und andere Interessen wahrnehmen als bisher. Aus diesem Grund wird der PDS-Landesvorstand gegen die Beibehaltung der 5%-Klausel beim Landesverfassungsgericht klagen.

*Ulrike Detjen,  
Landessprecherin der PDS NRW*

## Transrapid abschreiben – jetzt erst recht!

Bei Erscheinen dieser Zeitung dürfte die Berliner „Volksinitiative gegen den Transrapid“ 20 000 Unterschriften gegen den Transrapid übertroffen haben. 90 000 sind bis Ende September nötig, damit sich das Berliner Abgeordnetenhaus noch einmal mit dem Projekt befassen muß. Die breite Unterstützung der Initiative macht offenbar die Betreiber nervös. Bundesverkehrsminister Wissmann hat den Berliner Senat aufgefordert, gegen die Volksinitiative gerichtlich vorzugehen. So ist's recht, Herr Minister! Das Volk soll's Maul halten, wenn Wissmann 12 Milliarden DM verschwenden will. Die Botschaft Wissmanns wird die Berliner, die sich ohnehin auf die Herren aus Bonn freuen, noch munterer machen. Hier eine Reaktion von Berlins PDS-Vorsitzender Petra Pau:

„Haben wir Erfolg, und ich bin da optimistisch, dann muß sich das Berliner Abgeordnetenhaus mit dem Transrapid auseinandersetzen“, erklärte die PDS-Landesvorsitzende. Nach Zeitungsmeldungen hat das Bundesverkehrsministerium die Volksinitiative als „verfassungswidrig“ bezeichnet und daher den Berliner Senat aufgefordert, das Landesverfassungsgericht anzurufen. „Ich sehe nur zwei Motive für das Bundesverkehrsministerium. Entweder will man Kritikerinnen und Kritikern den Mund verbieten. Das würde obendrein die Frage aufwerfen, ob sich die Bundesregierung erneut Durchgriffsrechte in Berlin sichern will. Immerhin ist in Brandenburg eine analoge Aktion ohne Bonner Intervention gelaufen. Oder aber im Hause Wissmann wird die Werbetrommel für die Volksinitiative und gegen den Transrapid gerührt. Das wäre allen Dank wert“, so Petra Pau. Die PDS wird ihre Unterschriftensammlungen verstärken. Vordrucke gibt es in allen Geschäftsstellen der PDS. (PM, 16.5.98)

## Dokumente zum „Tariftreue“-Urteil

### Berliner Kammergericht

Der Kartellsenat des Kammergerichts hat am 20. Mai 1998 (Kart. 24/97) die Beschwerde des Landes Berlin gegen den Untersagungsbeschluß des Bundeskartellamtes vom 3. November 1997 zurückgewiesen.

Die vom Bundeskartellamt beanstandete Praxis, Anbieter von Straßenbauleistungen nur nach Abgabe einer sog. „Tariftreueerklärung“ in den Vergabewettbewerb einzubeziehen, verstößt gegen das Behinderungsverbot des § 26 Abs. 2 GWB, dem das Land Berlin als zumindest marktstarker Nachfrager un-

# Berliner Kammergericht kippt „Tariftreue“ für Bauaufträge Freie Bahn für Tariftreue?

„Schutzwall für den Berliner Bau gekippt“, so die Schlagzeile des Berliner „Tagesspiegels“ am 22. Mai zu dem zwei Tage gefällten und bundesweit beachteten Urteils des Berliner Kammergerichts. Das Gericht hatte die Ablehnung einer vom Berliner Senat seit 1995 u.a. bei öffentlichen Bauaufträgen verlangten Tariftreue-Erklärung durch das Bundeskartellamt bestätigt. Der Berliner Senat hat angekündigt, im Rechtsstreit mit dem Bundeskartellamt nun zum Bundesgerichtshof zu ziehen.

Der Konflikt um die Tariftreue-Erklärung hat bundesweite Bedeutung. Seit 1995 verlangt der Berliner Senat – vor allem auf Druck der Gewerkschaften, aber z.T. auch der kleineren Berliner Baubetriebe – bei von ihm ausgeschriebenen Aufträgen im Straßenbau, im Hochbau (eine abgewandelte Regelung gilt z.B. auch bei der Vergabe von Putz- und Reinigungsaufträgen) von den sich bewerbenden Firmen eine Erklärung, daß sie die in Berlin geltende tarifliche Lohnabelle einhalten – auch evtl. von ihnen beauftragte Subunternehmen. Bei Verstoß wird der Auftrag nicht erteilt und zudem eine zweijährige Auftragsperre gegen die Firma verhängt.

Durch diese Erklärung – ähnliche Regelungen, wenngleich nicht immer so strikt wie in Berlin, haben seit 1995 auch 13 der 16 anderen Bundesländer eingeführt – sollen die in Berlin geltenden Tarife verteidigt und zugleich Berliner Unternehmen gegen Dumpingfirmen geschützt werden – eine tarifpolitisch und regionalpolitisch vernünftige Regelung. Nur der Bund als mit Abstand größter öffentlicher Auftraggeber (im Land Berlin z.B. kommen zwei Drittel der Straßenbauaufträge vom Bund) verweigert diesen Standard für seine Aufträge rigoros, so daß z.B. beim Autobahnbau und den

Großaufträgen für den Regierungsumzug nach Berlin seit Jahren die Billigstlohnarbeit vor allem durch Subunternehmen blüht und wuchert. Die Krise der Bautarifverträge, auf die die IG Bau mit der Durchsetzung von Mindestlöhnen versucht hat zu reagieren, ist durch diese vom Bund betriebene tariftreuerische Auftragsvergabe planmäßig herbeigeführt worden.

Die Berliner Tariftreue-Erklärung schützt deshalb nur wenige, kleinere Berliner Betriebe gegen die ganz großen Firmen und die von diesen in der Regel beauftragten Subunternehmen, und das auch nur für die wenigen Berliner Landes-Bauaufträge. Trotzdem erklärte das Bundeskartellamt am 3. November 1997 diese Tariftreue-Forderung für „wettbewerbswidrig“. Sie sei, zumal das Land bei Straßenbauaufträgen ein Quasimonopol habe, ein verbotenes „Kartell“. Dagegen hatte der Berliner Senat beim Kammergericht Widerspruch eingelegt.

Die Richter am Kammergericht schlossen sich nun der Ansicht des Kartellamts an. Die Tariftreue-Erklärung sei „protektionistisch“ und ein unerlaubter „Schutzzaun für das hohe Lohnniveau in Berlin“. Sie betreibe „Marktabschottung“ und sei rechtswidrig.

Die Berliner Baugewerkschaft wie die Berliner Baufirmen protestierten beide gegen das Urteil. Sie diskriminiere Firmen, die die geltenden Tarifverträge einhielten. Wer sich nach dem Urteil immer noch an die Tarife halte, sei künftig chancenlos gegen Billiganbieter. Der Berliner Senat bestätigte diese Kritik. Durch den Wegfall der Tariftreue-Forderung, so die Sprecherin des Bausenators, würden die mittelständischen Baufirmen, die schon jetzt ihre eigenen Preise um 20 bis 25 Prozent unterbieten, „endgültig ins Aus gedrängt“. Im Straßenbau in Berlin sind et-

terliegt. Die verlangte vertragliche Bindung des Bewerbers, etwaige – tarifungebundene – Nachunternehmer zur Einhaltung der nicht für allgemeinverbindlich erklärten Berliner Lohnsätze zu verpflichten, verstößt gegen § 15 GWB und ist nichtig. Der undifferenzierte Ausschluß von öffentlichen Aufträgen für die Dauer von 2 Jahren verletzt den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Die Rechtsbeschwerde wurde zugelassen. (Pressemitteilung, 22.5.98)

### IG BAU Berlin-Brandenburg

Der Landesvorsitzende der IG BAU, LV Berlin-Brandenburg, Klaus Pankau, hält den Standpunkt des Berliner Kammergerichts zur Tariftreueerklärung für wirklichkeitsfremd und unsozial.

Die Entscheidung des Kammergerichts geht an der Wirklichkeit vorbei. Sie bevorteilt die Firmen, die bei Ausschreibungen mit Hilfe von Lohn- und Sozialdumping günstigere Angebote abgeben. Die Entscheidung bedeutet eine Gefährdung der Arbeitsplätze eines großen Teils der 1.400 Beschäftigten in den rund 110 Berliner Straßenbaubetrieben. Pankau erklärte, die Tariftreue sei kein Protektionismus, sondern der notwendige Schutz der Arbeitsplätze in der Berliner Bauwirtschaft. Er forderte den Berliner Senat auf, seine bisherige Linie fortzusetzen und bei den öffentlichen Vergaben in Berlin die Einhaltung der Berliner Lohnabelle von den anbietenden Firmen zu fordern. (Pressemitteilung vom 22.5.98)

wa 110 Betriebe mit etwa 1400 Beschäftigte tätig, also im Schnitt 13 Beschäftigte pro Betrieb. Wenn die Tariftreue-Erklärung fällt, können sich die großen Baukonzerne auch die Berliner Landesaufträge unter den Nagel reißen und irgendwelche Billigstlohnfirmen mit der Abwicklung beauftragen.

Bundespolitische Bedeutung hat der Berliner Streit aber nicht nur, weil auch 13 andere Bundesländer bei ihren Landesaufträgen zumindest ähnliche Regelungen verlangen, so daß bei einer bundesweiten Durchsetzung dieses Urteils eine weitere Zerstörung des Bauflächentarifs und ein weiterer Absturz der Bautarife die Folge sein würden. Den Gegnern der Tariftreue-Erklärung geht es auch darum, jegliche gesellschaftspolitische Einflußnahme auf öffentliche Aufträge zu untersagen. Typisch dafür der Kommentar im Berliner *Tagesspiegel*, der das Urteil des Kammergerichts begrüßte: „Für die Bundesrichter steht viel auf dem Spiel: Sollten Sie die Berliner Regelung Zulassung zulassen, wäre ähnlichen Regelungen auch in anderen Bundesländern Tür und Tor geöffnet. Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt: Öffentliche Aufträge ließen sich ebenso gut an Lehrstellen, Frauenförderung oder die Bereitstellung von Kindergartenplätzen knüpfen.“

Solche – für manche offenbar grauenhaften Zustände – sollen grundsätzlich unter Berufung auf den „freien Wettbewerb“ unterbunden werden. Wobei den Betreibern dieser Politik die Folgen durchaus klar sind. Wieder der *Tagesspiegel*: „Es hilft alles nichts. Ähnlich wie auch im Hochbau wird auch den Straßenbaubetrieben der Wettbewerb nun schärfer um die Nase wehen. Pleiten werden da nicht ausbleiben, mit entsprechenden Folgen für den Arbeitsmarkt.“ Deregulierung und Tarifbruch pur sollen herrschen, jede gesellschaftspolitische oder regionalpolitische Einflußnahme auf öffentliche Aufträge verboten werden. So hätten es die marktradikalen Schreier und die großen Baukonzerne gern.

Der Ausgang des Streits vor dem Bundesgerichtshof wird nicht nur für die Baugewirtschaft und die kleinen Baufirmen wichtig. Auch in anderen Bereichen, bei denen öffentliche Gelder fließen, könnte der Berliner Tarifbruch-Streit Nachahmer finden, zum Beispiel beim öffentlichen Nahverkehr, bei Wohlfahrtsverbänden und Kirchen, die für ihre Krankenhäuser, Kindergärten usw. sich von den bestehenden ÖTV-Tarifen ablösen wollen. Die Gewerkschaften tun also gut daran, gemeinsam mit anderen Kräften den Streit um die Einhaltung von Tarifverträgen und anderen gesellschaftlichen Standards bei der öffentlichen Auftragsvergabe aufzunehmen. Sonst droht weitere Deregulierung, weitere erhebliche Lohnsenkung nicht nur im Baubereich und eine weitere Zerstörung von tariflichen und gesellschaftlichen Standards allgemein. *rül*

## **VORKAUFRECHT AUSGEÜBT:**

*Hamburg.* In der Eimsbütteler Sillemstraße, die im Gebiet der „Sozialen Erhaltungsverordnung“ liegt, kauft die Behörde das Haus Nr. 64 mit 20 Wohnungen, das von der Erbgemeinschaft für 1,7 Mio. DM an die Firma VfG veräußert werden sollte. Diese Firma ist bereits einschlägig dafür bekannt, daß sie Miet- in Eigentumswohnungen umwandelt.

Das Haus wird dann vorübergehend von der städtischen Wohnungsgesellschaft SAGA verwaltet, bis ein Käufer gefunden wird, der sich bereit erklärt, 15 Jahre Umwandlungsschutz zu gewährleisten. Ausgelöst worden war die Aktivität der Behörde durch Aktionen der Mieter beim Kerngebietsausschuß des Bezirks Eimsbüttel.

## **BLEIBT DIE KAPPUNGSGRENZE?**

*Hamburg.* Am 8. Mai hat der Bundesrat auf Antrag von Hamburg und Hessen beschlossen, die 1993 eingeführte Kappungsgrenze von 20% innerhalb von drei Jahren für Mietpreiserhöhungen bei Wohnungen, die vor 1981 fertiggestellt wurden, zunächst für zwei Jahre zu verlängern. Wenn der Bundestag diesem Antrag nicht zustimmt, gilt ab September wieder eine Kappungsgrenze von 30%. Seit 1983 stiegen die Mietpreise regelmäßig stärker als die allgemeinen Lebenshaltungskosten. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes erhöhten sich die Mietkosten allein seit 1990 um über 30%, während der Gesamtindex der Lebenshaltungskosten lediglich um etwa 20%, von 1993 bis 1997 sogar nur um 10% gestiegen ist. Am problematischsten ist die Situation bei den Altbauten im mittleren und unteren Mietensegment. Diese stiegen in den alten Bundesländern 1995 um 4,9% und 1996 um 4,3%, fast dreimal so schnell wie die allgemeine Preisentwicklung (1,8 5 bzw. 1,5%).

## **LEITBILD SOZIALES WOHNEN:**

*Frankfurt a.M.* Vertreter verschiedener Sozialverbände und Initiativen versuchen, Konsequenzen aus dem ersten Frankfurter Sozialbericht einzufordern: „... für breite Schichten der Frankfurter Bevölkerung, die in prekärem Wohlstand leben, bleiben hohe Wohnkosten ein zusätzliches Einkommensrisiko... Für Haushalte (insbesondere Mehrpersonenhaushalte) mit niedrigem Einkommen bleibt die ausreichende Wohnungsverversorgung zu angemessenen Bedingungen gefährdet... Je mehr Leistungen der wirtschaftlichen Grundsicherung (Sozialhilfe...) den kommunalen Haushalt belasten, desto schwieriger wird die Finanzierung notwendiger Investitionen in die kommunale Infrastruktur.“ Reformen auf Bundesebene, die die kommunale Sozialpolitik entlasten und ihre

Steuerbasis stärken, seien eher unwahrscheinlich. Da die Zuständigkeiten der Kommune auf dem Wohnungssektor umfangreicher als im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik seien, fordern die Autoren vom Magistrat die Entwicklung eines Leitbildes für soziales Wohnen, in dem Anforderungen für lokale Wohnungsförderungs- und Bestandspolitik, sozial stabile Belegungsstrukturen und Standards angemessener Wohnungsverversorgung festgelegt werden sollen.

## **VERPACKUNGSSTEUER:**

*München.* Als „außerordentlich mißlich“ hat die Grüne-Stadträtin Judith Schmalz den Spruch des Bundesverfassungsgerichts bezeichnet, wonach Verpackungssteuern für Einweggeschirr (z.B. der fast-food-Ketten) rechtswidrig sind. „Erst setzt die Bundesregierung die Vorschriften des Kreislaufwirtschaftsgesetzes zur abfallarmen Produktion nicht um. Wenn die Städte dann versuchen, die schlimmsten Auswirkungen dieser Untätigkeit mit einer Verpackungssteuer einzudämmen, werden sie vom obersten deutschen Gericht zurückgepfiffen.“

Auch der Deutsche Städtetag zeigte sich „überrascht und enttäuscht“: „Den Städten wird das einzige ökonomische Instrument genommen, tatsächlich Abfallvermeidung zu verwirklichen“ und befürchtet einen Trend zur „Wegwerfgesellschaft“. Der Vertreter des Klägers McDonalds, Rupert Scholz, Fraktionsvize der CDU/CSU im Bundestag, zeigte sich mit dem Urteil zufrieden, da es den steuerpolitischen Zentralismus stärke: Es unterstreiche, daß „mit einer Lenkungssteuer auf Landesebene nicht durch die Hintertür des Steuerrechts Vorschriften des Bundes umgangen werden können“.

## **STEUERRÜCKZAHLUNG:**

*Uetersen.* Der Stora-Konzern (ehemals Flick/Deutsche Bank), fünftgrößter Papierproduzent weltweit liegt bei einem Umsatz von 10 Mrd. DM bei einer Umsatzrendite von 350 Mio. DM. Der Standort Uetersen habe noch nie soviel Papier produziert wie im letzten Jahr: 214 000 Tonnen. Die Konzernspitze fordert, die Umsatzrendite von 7% auf 12% zu steigern. Bei einer Jubilarehrung sparte der Uetersener Geschäftsführer die Steuerrückforderungen des Konzerns an die Stadt aus. Bürgermeister Mewes wies vorsichtig darauf hin: Die Stadt muß 5,7 Mio. DM plus Zinsen an den Konzern zurückzahlen – die gesamten Vorauszahlungen der Gewerbesteuer seit 1992. Tewes machte dafür nicht die Stora verantwortlich, sondern gab der „Steuerpolitik der Bundesregierung“ die Schuld, die es ermögliche, daß „internationale Konzerne in den letzten sieben Jahren keine Steuern mehr gezahlt hätten.“ *Zusammenstellung: ulj*



35 Delegierte und 40 Gäste diskutierten am 16./17.5. im Bildungszentrum der AOK in Tabarz engagiert über die Politik der Gewerkschaft hbv Thüringen. Im Mittelpunkt der Konferenz stand die kritische Auseinandersetzung mit der Zukunft der Gewerkschaften und der Möglichkeiten die Interessen der abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen angesichts massiver Umstrukturierungen im Dienstleistungssektor und der Internationalisierung des Kapital besser zu vertreten.

Im Beschluß zur „Dienstleistungsgewerkschaft“ heißt es unter anderem:

„Gewerkschaften entstehen nicht am Reißbrett. Sie wachsen aus dem freien Zusammenschluß von Menschen. Diese können nicht verschoben werden wie Aktienpakete und können nicht Spiegelbild von Konzernen – weder beim Entstehen, noch im Aufbau – sein. Unbestritten ist, daß der gewerkschaftliche Durchsetzungsverlust und die Strukturveränderung in der Ökonomie adäquate Antworten brauchen, die insbesondere gegen die kontraproduktive Gewerkschaftskonkurrenz wirken. Maßnahmen, die bestehenden hbv-Strukturen auflösen und in eine neue Gewerkschaft zu überführen, bedürfen einer Mitgliederbefragung... Innerhalb einer neu zu ordnenden Branchengliederung ist den ehrenamtlichen Vertretungen ein hohes Maß an Autonomie und politischer Entscheidungsbefugnis zu sichern. Angesichts objektiver und subjektiver Entwicklung führt kein Weg an der Neuformierung der Gewerkschaften vorbei. Wollen die Gewerkschaften angesichts des Wandels von Arbeits- und Betriebsstrukturen, neuer Formen der Erwerbsarbeit, der Erosion des Normalarbeitsverhältnisses, Massenarbeitslosigkeit und der Globalisierung von Wirtschaftsbeziehungen auf der einen Seite und Entsolidarisierungstendenzen, allgemeiner Rechtsentwicklung und Durchsetzung der Ideologie der Ungleichheit auf der anderen Seite nicht in die Bedeutungs- und Machtlosigkeit versinken, so müssen neue Organisations- und Handlungsformen gefunden

werden. Das Finden von adäquaten Antworten auf die Herausforderungen und Schwächen müssen offen sein für unterschiedliche Organisationsmodelle. Die Festlegung auf eine neue „Mega“-Gewerkschaft ist kontraproduktiv, wenn in der Betrachtung die negativen Faktoren von Großorganisationen nicht analysiert und der Weg nicht offen gehalten wird für neue Formen der Kooperation... Es muß ausgeschlossen werden, daß der Druck der Verhältnisse zu hektischen und zu kurz fassenden sowie kontraproduktiven Konsequenzen führt...“

#### TARIFVERHANDLUNGEN BAU/OST VOR EINIGUNG.

Das unter dem Schlichter Heiner Geißler (CDU) ausgearbeitete Ergebnis sieht folgendes vor: Erhöhung der Löhne und Gehälter sowie Ausbildungsvergütungen um 1,5 % ab 1. Oktober, somit eine Lohnpause von 6 Monaten, aber keine Abkopplung vom Westtarif. Die von den Arbeitgebern verlangte weitere Ausweitung der Öffnungsklausel (Absenkung der Tariflöhne in gefährdeten Betrieben) auf 11 % konnte verhindert werden. Bis zum 3. Juni besteht Erklärungsfrist. Der IG-BAU-Vorsitzende Wiechögel bezeichnete das Ergebnis als klassischen Kompromiß, dem er zustimmen müsse, „weil wir sonst eine tarifpolitische Wüste im Osten produzieren würden“. Als unrealistisch kritisiert wird das Ergebnis von der Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg sowie von dem Baugewerbeverband Mecklenburg-Vorpommern, die beide schon vor einiger Zeit aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten sind. *har*

#### DRUCK: 2% MEHR LOHN.

Nach neunstündigen Verhandlungen haben sich die IG Medien und der Bundesverband Druck am 13.5. auf eine Lohn-erhöhung von 2 Prozent für die Beschäftigten der Druckindustrie geeinigt. Sie tritt rückwirkend zum 1. April mit einer Laufzeit von 12 Monaten in Kraft. Unter dem Eindruck zahlreicher Warnstreiks in insgesamt 115 Betrieben sah sich der BVD genötigt, sein „letztes Angebot“ von 1,5 % doch noch nachzubessern. Im Landesbezirk Nord hatten sich die Belegschaften von Bude in

Schwarzenbek (MOPO), Bergedorfer Zeitung und Offset in Ahrensburg sowie Broschek in Hamburg an den Aktionen beteiligt. Die Parteien vereinbarten eine Erklärungsfrist bis zum 29. Mai. Der Tarifabschluß liegt zwischen den Ergebnissen bei ÖTV und Bau (1,5%) und Chemischer Industrie (2,4%) sowie Metall, die bereits im vergangenen Jahr 2,5% vereinbarten. Die Einschätzung der Tarifkommission, daß mit dem Abschluß „ein weiterer Rückgang der Realeinkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorerst gebremst werden“ könne, muß angesichts von Mehrwertsteuererhöhung und der allgemeinen Abgaben- und Preisentwicklung jedoch mit einem großen Fragezeichen versehen werden. Für den Facharbeiter-Ecklohn bedeutet die Erhöhung -50 DM in der Stunde oder ca. 75 DM brutto monatlich. *ulj*

#### KLOSTER-VERLAG GEGEN BETRIEBSRAT.

Seit über einem Jahr kämpft die Belegschaft des Augsburger klostereigenen EOS-Verlags von St. Ottilien für das Recht auf einen Betriebsrat. Im März hatte die Gewerkschaft IG Medien vor dem Bayerischen Verwaltungsgericht Erfolg. Dieses urteilte, daß der Verlag ein wirtschaftliches Unternehmen sei und daher einen Betriebsrat zulassen muß. Dagegen haben die Mönche nun Berufung eingelegt. Aber nicht nur das. Zwei für einen Betriebsrat aktive Angestellte wurden entlassen, „aus wirtschaftlichen Gründen“. Außerdem rief die Klosterleitung durch ihren Anwalt eine Betriebsversammlung ein. Da sie keinen Rechtsvertreter der Belegschaft zuließ, mußte sie diese jedoch wieder abblasen. Laut AZ hat der Münchner Anwalt, Prof. Peter Storr, erklärt, es sei schließlich Sache des Klosters, wie es mit seinen Mitarbeitern umgehe.

#### MÖBEL-BRÜDER GEGEN BETRIEBSRAT:

„Uns ist nicht bekannt, daß es auch nur ein Gewerkschaftsmitglied in unserer Mannschaft gibt“, erklärte Peter Segmüller, der sich zusammen mit seinen Brüdern Hans und Paul vorgenommen hat, mit allen Mitteln Initiativen für die Bildung ei-

nes Betriebsrats zu unterdrücken. Daher haben diese Brüder eines der größten Möbelhäuser in Süddeutschland in sieben Einzelbetriebe aufgesplittet. Allein in Friedberg (Lk. Augsburg) arbeiten 1650 Leute, die nicht das Recht bekommen sollen, ihre Interessen gegenüber der Firmenleitung zu vertreten. Die Gewerkschaft HBV mußte vor Gericht ziehen und konnte nur durch Richterspruch die Einberufung von Betriebsversammlungen in zwei Betrieben durchsetzen. Wie die AZ berichtet, führten diese jedoch nicht zur Aufstellung eines Wahlvorstands. Mitglieder der Geschäftsleitung, unter ihnen alle drei Segmüllerbrüder, hatten sich im und vor dem Versammlungslokal im Kissinger Pfarrhaus postiert. „Lieber ein Arbeitsplatz ohne Betriebsrat, als kein Betriebsrat“, war die Reaktion eines Teilnehmers. Die Gewerkschaft betont, daß sie in 25 Jahren der Augsburger Gewerkschaftsgeschichte keinen so krassen Fall erlebt hat. Sie will nun beim Arbeitsgericht die Einsetzung eines Wahlvorstands einklagen. *baf*



Ein „Denkmal an die Arbeitslosen“ enthüllte die Schweinfurter Arbeitsloseninitiative (SALI) am Aktionstag am 8. Mai. Der IG-Metall-Sekretär Matthias Gebhardt hielt eine launige Eröffnungsrede, nach der Enthüllung sprach das „Denkmal“, der SALI-Sprecher Klaus Henke: „Bisher wurde es immer geschafft, den Arbeitslosen in die Schublade zu stecken, wo er sich auch entsprechend seiner gesellschaftlichen Position schuldig zu fühlen hat. So ist es kein Wunder, daß sehr wenige sich trauen, in der Öffentlichkeit für ihre Interessen einzutreten.“

# Heftige Diskussion über die „32“

Eine große Presse bekam der Stuttgarter Bezirksleiter der IG Metall Gerhard Zambelli in der Samstagsausgabe der Stuttgarter Zeitung vom 16.5. für seine Kritik an Klaus Zwickel. „Zambelli lehnt 32-Stunden-Woche ab“ titelte die Zeitung, um im Wirtschaftsteil nachzuschreiben: „Das sehe ich anders als Klaus Zwickel.“

Der Zeitpunkt des Interviews mit dem Stuttgarter Bezirksleiter ist mit Bedacht gewählt worden: Zambelli und der Bezirksleiter aus Nordrhein-Westfalen Harald Schartau lehnen die Forderung nach der 32-Stunden-Woche als wirklichkeitsfremd ab. Sie sehen sich selber als Modernisierer. Schartau will „Mut machen, betriebliche Beteiligungskonzepte weiterzuentwickeln“ (Direkt 10/98, Info-Dienst der IG Metall) und Zambelli macht sich im Interview stark für Langzeit-Arbeitskonten wie zum Beispiel die Jahresarbeitszeit. Beide Bezirksleiter sind in der IG Metall in der Minderheit, genießen aber das Interesse der Medien. In den Gewerkschaften gibt es Überlegungen für den Fall eines Regierungswechsels nach der Bundestagswahl mit Schröder als Kanzler und Riester als Arbeits- und Sozialminister. Gibt es, wie angekündigt, ein Ende der Bescheidenheit in der Tarifforderung 1998/1999?

Zambelli hat seine Vorstellungen zur Arbeitszeitgestaltung in den Betrieben der Metallindustrie vorgetragen, wobei klar ist, daß die jetzige Arbeitszeit tariflich bis zum 31.12.2000 festgeschrieben ist. Anstelle einer kürzeren wöchentlichen Arbeitszeit bevorzugt Zambelli die Einführung einer tariflichen Jahresarbeitszeit von 1400 Stunden. Damit bietet er den Unternehmern einen größeren Spielraum an, und der arbeitsplatzschaffende Effekt wird, wenn überhaupt vorhanden, sehr gering sein.

Der Stuttgarter Bezirksleiter fordert weiter eine neue Ruhestandsregelung. Die Bildung von Langzeitkonten für ein früheres Ausscheiden aus dem Arbeitsleben könne er sich vorstellen. Eine Absenkung der derzeit immer häufiger angeordneten Überstunden wäre dies sicher nicht. Mit seinen sehr konkreten Überlegungen hängt sich Zambelli weit aus dem Fenster. Dafür hat er keine Mehrheit in seinem Bezirk.

Nur drei Tage vorher, am 11. Mai 1998, hatte die Große Tarifkommission für Baden-Württemberg folgenden Beschluß gefaßt, auch um voreilige Verlautbarungen der Bezirksleitung zu unterbinden:

„Die Große Tarifkommission der IG Metall bekräftigt die Notwendigkeit einer beschäftigungs- und arbeitszeitpolitischen Initiative der IG Metall. Um in der Frage der Arbeitszeitpolitik handlungsfähig zu werden, bedarf es einer betei-

gungsorientierten, auf breiter Basis geführten Diskussion.

Die Große Tarifkommission fordert alle Verwaltungsstellen des Bezirks auf, zum Thema Arbeitszeitpolitik eine Arbeitsgruppe zu bilden. Aufgabe der örtlichen Arbeitsgruppen ist es, die betrieblichen Erfahrungen und Schlußfolgerungen zusammenzutragen, um auf dieser Grundlage Forderungselemente zu entwickeln. Über den jeweiligen inhaltlichen Stand der Diskussion vor Ort ist die bezirkliche Arbeitsgruppe zu informieren. Die Bezirksleitung stellt sicher, daß die örtlichen Arbeitsgruppen über den Diskussionsstand im Bezirk unterrichtet werden. Die bezirkliche Arbeitsgruppe faßt die Ergebnisse zusammen und erarbeitet erste konkretisierte Eckpunkte. Diese Eckpunkte bilden die Grundlage für eine arbeitszeitpolitische Debatte im Bezirk, um bis zum Gewerkschaftstag 1999 zu einer Positionierung des Bezirks zu kommen.“

Mit diesem Beschluß hat die Große Tarifkommission sich eindeutig zur Arbeitszeitverkürzung bekannt, die Form aber noch offengehalten. Viele Fragen müssen noch gelöst werden:

- Wie kann die Leistungsverdichtung verhindert werden? Die enorme Leistungsverdichtung der letzten Jahre hat bei vielen Beschäftigten den Eindruck erweckt, als sei Arbeitszeitverkürzung die Ursache für Leistungsverdichtung vor allem im Angestellten- und Zeitlohnbereich, aber auch in der Produktion.

- Wie wird mit der zunehmenden unsten Beschäftigung umgegangen? Rund vier Millionen Männer und Frauen in Deutschland haben nur Jobs auf Zeit. Auch in der Automobilindustrie weiten sich die Einstellungen auf Zeit aus bis auf bis zu zehn Prozent der Arbeiterschaft.

- Wie gehen die Gewerkschaften mit der Projektarbeit um? Vor allem für hochqualifizierte Angestellte ist die 35-Stunden-Woche ein Fremdwort. Sie arbeiten sehr häufig länger als im Tarifvertrag erlaubt ist.

- Wie können die Gewerkschaften wieder einen normalen Verdienst erkämpfen, der zum Auskommen ausreicht? Außer einer kräftigen Einkommenserhöhung in der kommenden Tarifaufeinandersetzung ist bei Arbeitszeitverkürzung voller Lohnausgleich nötig,

Die sogenannten Modernisierer in der IG Metall wie Riester und Zambelli gehen in ihrem Politikverständnis davon aus, daß es zur kapitalistischen Marktwirtschaft keine Alternativen gibt und daß gleichzeitig die alte Form keynesianischer Regulierung nicht mehr möglich ist. Sie sind gleichzeitig bereit, die Modernisierung der Wirtschaft mitzutragen, wenn sie im Gegenzug dafür an deren Ge-

**Auch Befürworter der „32“ erwarten keine Neuaufgabe der „35“.**

staltung mitzuwirken dürfen. Damit wurde und wird auch die Hoffnung verbunden, die modernen Schichten, wie Techniker, Ingenieure, moderne Facharbeiter und Angestellte gewerkschaftlich zu organisieren und zu binden.

Im Prinzip handelt es sich um ein modernes Kooperationsmodell, das auf Konsens und Beteiligung bei der Neugestaltung der Arbeit und der sich daraus bildenden neuen Arbeits- und Sozialbeziehungen aufbaut. Tarifpolitisch hat dieses Konzept versagt. Aufwärts entwickeln sich Gewinne und Reichtum bei wenigen und Unsicherheit, Armut und Arbeitslosigkeit bei vielen. Erstmals wird, wenn auch sehr zaghaft, öffentlich zugegeben, daß die Realeinkommen der arbeitenden Bevölkerung sinken.

Und es ist kein Ende des Arbeitsplatzabbaus in Sicht. Die IG Metall hat für die Zeit von 1990 bis 1997 in der Automobilindustrie eine Produktivitätssteigerung je Arbeitsstunde von 19,4 Prozent errechnet, seit 1991 wurden rund 109000 Arbeitsplätze abgebaut! Die Überkapazitäten nehmen weltweit zu. Schon jetzt können rund 12 Millionen mehr Wagen produziert als abgesetzt werden.

In immer kürzerer Zeit werden immer mehr Waren produziert. Einerseits nimmt die Zahl der Arbeitslosen dramatisch zu, andererseits arbeiten die Arbeitenden immer länger, teilweise durch erhöhte Wochenarbeitszeit, andererseits durch Überstunden und durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit und durch flexible Arbeitszeitmodelle.

Notwendig ist es, die vorhandene Arbeit auf alle Arbeitnehmer zu verteilen. Die Unterordnung der Gewerkschaftspolitik unter die Standortlogik ist dabei eine falsche Antwort auf die wachsende Macht der Unternehmen.

Durch sein Interview hat der Stuttgarter Bezirksleiter die Gräben in der IG Metall noch tiefer aufgerissen. Es ist doch Ausdruck einer undemokratischen Praxis in Gewerkschaftsleitungen, wenn die gewerkschaftliche Meinungsbildung durch Medienspektakel betrieben wird anstelle durch breit geführte Diskussionsprozesse. Die IG Metaller wollen keine „Zuschauerdemokratie“, sondern eine demokratisch aufgebaute Willensbildung; von unten nach oben. r

## Dokument HBV-Frauenkonferenz: **Un- geschützte Beschäftigung**

Das Arbeits- und Aktionsprogramm muß u.a. beinhalten:

- Die Erarbeitung von branchen- und betriebsbezogenen Daten über ungeschützte Beschäftigung, z.B. Scheinselbstständige, Leiharbeiterinnen, befristete Arbeitsverhältnisse...
- Information und Schulung: Ungeschützte Beschäftigung ist nicht mehr das Problem einer „Randgruppe“, sondern entwickelt sich zur „typischen“ Beschäftigungsform, insbesondere der weiblichen Erwerbsarbeit.
- Tarifpolitische Initiativen: Ziel muß die Rückführung bzw. Einbeziehung von LeiharbeiterInnen und ausgegliederter tariffreier Bereiche in die jeweiligen Branchentarifverträge sein. Befri-

stete Arbeitsverhältnisse und Aushilfeneinsatz müssen durch tarifliche Regelungen auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Es müssen Mindestarbeitszeiten geregelt werden, um geringfügige Beschäftigung auszuschließen.

- Reform des Betriebsverfassungsgesetzes: Eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes muß die unterschiedlichen Beschäftigungsformen berücksichtigen und sicherstellen, daß alle Beschäftigten in die Interessenvertretung einbezogen werden.
- Initiativen an den Gesetzgeber: Die in den letzten Jahren realisierten Deregulierungsmaßnahmen müssen zurückgenommen werden... Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, das arbeitsrechtliche Beschäftigungsförderungsgesetz, das Arbeitszeitgesetz usw. müssen so überarbeitet werden, daß sie im Sinne des Sozialstaatsgebots existenzsichernde Arbeitsverhältnisse fördern.

### HBV-Bundesfrauenkonferenz

## „Mittendrin und trotzdem draußen – gegen ungeschützte Beschäftigung“

Unter diesem Motto tagte die 5. HBV-Bundesfrauen-Konferenz in Gera vom 8. bis 10. Mai. Hiermit verstärkt die Gewerkschaft ihr Engagement für tarifliche Eingruppierung und Sozialversicherung der sogenannten geringfügig Beschäftigten. Seit Anfang 1997 ist eine entsprechende Gesetzesänderung das Ziel einer Kampagne von 30 Verbänden und Organisationen. Die HBV-Bundesfrauen-Konferenz will jetzt tarifpolitische und betriebliche Initiativen in dieser Richtung ausweiten. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten stieg in den letzten 5 Jahren um 26,5% auf 5,6 Millionen an, der Frauenanteil an solchen Beschäftigungsverhältnissen liegt bei etwa 70% (Kölner Institut ISG). Die Schätzungen des DIW Berlin belaufen sich für 1996 sogar auf 6,7 Millionen 610- bzw. 520-Mark-Jobs, wobei ein Teil der Beschäftigten allerdings mehrere dieser Jobs gleichzeitig ausübt. Die Tendenz ist steigend. Rund 21% der geringfügig Beschäftigten arbeiten in der Branche „Privathaushalt“, 14% im Einzelhandel und 13% im Gastgewerbe.

Die rund 100 Delegierten verabschiedeten ein langfristiges Arbeits- und Aktionsprogramm mit dem Ziel einer öffentlichen Kampagne gegen ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse, „Erste Überlegungen zur Neugestaltung eines „Normalarbeitsverhältnisses“, die Forderung nach arbeitsfreien Sonn- und Feiertagen sowie Schutz des Wochenendes, die Aufhebung struktureller Lohn- und

Gehaltsdiskriminierung in den Tarifverträgen (eine Höherbewertung der sozialen Qualifikation u.a.), gegen Niedriglohn und Kombilohn, für die Schaffung von Standards bei der zunehmenden Telearbeit, für die Änderung des BetrVG betreffend die Betriebsrattätigkeit von Teilzeitbeschäftigten, für die Bekämpfung der DVU, NPD und aller neofaschistischen und rechtsradikalen Organisationen, für eine Reform des Bundeserziehungsgeldgesetzes sowie gegen die Vorstöße von Bundesfrauenministerin Nolte, die Reform des § 218 erneut vor das Bundesverfassungsgericht zu bringen. Sehr nützlich ist die Arbeitsmappe des Bundesfrauenrates zur geringfügigen Beschäftigung mit Statistiken, Urteilen und Fundstellen, ein sozial-, steuer- und arbeitsrechtlicher Überblick, Tips für Betriebsräte sowie Beispiele für die Berechnung der Höchstarbeitszeit und für das richtige Tarifgehalt. scu

### Arbeitsmarktpolitischer Budenzauber

## Spargelstecherei

Die Arbeitsloseninitiative Mannheim lehnt die Zuweisung von Erwerbslosen zu sog. „Erntearbeiten“ aus mehreren Gründen entschieden ab und fordert den Direktor des Mannheimer Arbeitsamtes auf, seine und die Arbeitszeit der SachbearbeiterInnen der Dienststelle für nützlichere Tätigkeiten zu verwenden.

### Subventionierung von Hungerlöhnen

Die Bundesregierung bezweckt mit der Arbeitgeberhilfe vor allem zwei Dinge: Vermittlung von Arbeitslosen in berufs-fremde, niedriger entlohnte Tätigkeiten und die Herausdrängung ausländischer Saisonkräfte aus landwirtschaftlichen Tätigkeiten. Es wird eine Branche subventioniert, die (angeblich) Hungerlöhne

zahlen muß oder gut an Hungerlöhnen verdient. Mit einem Zubrot von 25 DM täglich soll Spargelstechen auch für deutsche Erwerbslose „zumutbar“ gemacht werden.

### Ausgrenzung aus dem Leistungsbezug durch absurde „Fortbildung“

Der schikanöse Charakter der Mannheimer Arbeitsamtspraxis wird vor allem an folgenden Tatsachen deutlich: Bauernorganisationen wehren sich fast unisono gegen die Zuweisung deutscher Erwerbsloser als Erntehelfer nach dem fies-  
sen Motto: die Ausbeutung polnischer Kräfte ist billiger, weil diese genügsamer sind und vor Arbeitselan nur so sprühen.

Zudem stellt sich nach unseren Informationen die Mannheimer Praxis so dar, daß nach entsprechenden – uns unbekannten – Selektionskriterien Erwerbslosen zweiwöchige „Kurse“ als „Fortbildungsmaßnahme“ deklariert angeboten werden. Eine Woche „Theorie“, eine Woche „Praxis“. Eine mit Sanktionsgewalt versehene Maßnahme, denn wer nicht bereit ist, sich in Form einer solchen 08/15-„Fortbildung“ als SpargelstecherIn mißbrauchen zu lassen, erhält vom Arbeitsamt eine Sperrzeit aufgebremmt. Dies bezeichnen wir als Zwangsrekrutierung, auch wenn allem Anschein nach die Entscheidung, ob man nach Absolvierung der zwei Wochen „Fortbildung“ tatsächlich zur Tat schreitet, den einzelnen überlassen bleibt.

### Ein neues Bündnis für Arbeit?

Informationen zufolge werden die zweiwöchigen „Fortbildungen“ vom Mannheimer Berufsbildungswerk des DGB abgewickelt. Demnach sind dort bereits drei von insgesamt fünf Kursen durchgeführt worden. Wir fragen uns allen Ernstes, ob eine dem DGB angeschlossene Fortbildungs-GmbH nichts besseres zu tun hat, als solche aberwitzigen Zwangsvermittlungen, mit denen für die Betroffenen keinerlei sinnvolle berufliche Perspektive eröffnet, geschweige denn ein einziger regulärer Arbeitsplatz geschaffen wird, aktiv zu unterstützen.

Wir fordern hiermit auch die Gewerkschaftsvertreter im Verwaltungsausschuß des Mannheimer Arbeitsamtes dazu auf, aktiv zu werden und darauf hinzuwirken, daß die angeführten Zwangskurse dort landen, wo sie hingehören: auf den Müllhaufen der Geschichte.

### Zumutbar? – Nein. Eine Zumutung!

Bekanntlich ist eine Arbeit vom siebten Monat der Arbeitslosigkeit an zumutbar, wenn das dafür gezahlte Entgelt nicht unter dem Arbeitslosengeld (AlG) bzw. der Arbeitslosenhilfe (Alhi) liegt. Verglichen wird dabei die Alhi mit dem (pauschalierten) Nettoeinkommen „unter Berücksichtigung der mit der Beschäftigung zusammenhängenden Aufwendungen“. Wichtig bei Saisonarbeiten: die 25 DM, die ein Spargelstecher bei mindestens sechstündiger Arbeitszeit täglich



zusätzlich zu den niedrigen Stundenlöhnen von 10,60 Mark (in der Pfalz spricht man von 7,50 DM) erhalten würde, müssen als Aufwandsentschädigung gewertet werden (steuerfrei, unpfändbar und sozialversicherungsfrei). Das wiederum bedeutet, daß die 25 DM nicht wie ein Lohnzuschuß auf das Netto-Saisonarbeitsentgelt draufgeschlagen werden können.

Auch Pendelzeiten über drei Stunden sind nach dem Gesetz nicht zumutbar. Gerade bei Saisonarbeiten dürfte es schwierig sein, entlegene Gemüesfelder innerhalb dieser Frist mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen.

### **Erst stechen, dann wieder arbeitslos**

Zwar gilt nach erneuter Arbeitslosigkeit, also auch nach Saisonarbeiten, ein gewisser Bestandsschutz bei den Lohnersatzleistungen: als Bemessungsentgelt gilt mindestens das Entgelt, wonach die Arbeitslosenunterstützung zuletzt bemessen worden ist. War das frühere Entgelt höher, so erhält man in der Regel wieder die frühere Leistung. Doch Vorsicht: Liegt die alte Leistungshöhe über dem „Leistungsentgelt“ (= pauschaliertes Nettoentgelt) der letzten Beschäftigung (also der Saisonarbeit), dann wird die frühere Leistung entsprechend gekürzt!

Wir fordern:

- Spargelstechen für Kohl, Blüm, Rexroth, Westerwelle und Rudo Friedrich!
- Schaffung regulärer Arbeitsplätze!
- Gegen Zwangsrekrutierung von Erwerbslosen!

*Arbeitsloseninitiative Mannheim*

### **Ostmetall:**

## **Neuer Tarifverband als Speerspitze der Deregulierer**

Vor wenigen Wochen gründeten die Herren aus den Vorständen der Unternehmensverbände der Metall- und Elektroindustrie aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ihren neuen Tarifverband „Ostmetall“.

Erstaunlich schnell erfüllte dieser neue Verband seinen Zweck. Mal eben übers Wochenende wurde ein neuer Tarifvertrag für drei Bundesländer aus der Taufe gehoben. Der neue Vertrag hat auch einen Namen. Er heißt „Phönix“. Vertragspartner war die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM). Diese sogenannte Gewerkschaft hat so gut wie keine Mitglieder. Die Arbeitgeber sehen aber offenbar darin kein Hindernis. Schließlich sind zwei Drittel der ostdeutschen Metallindustrie ohnehin nicht tarifgebunden. Für diese Unternehmen ist also jetzt eine echte Alternative geschaffen, so sagen sie. Der Flächentarifvertrag, den die IG Metall mit dem VSME abgeschlos-

sen hat, gilt zwar parallel auch; er betrifft aber nur noch die Betriebe, in denen die IG Metall einen entsprechenden Organisationsgrad aufweisen kann.

In drei Bundesländern existieren somit zwei konkurrierende Flächentarifverträge. Und das Vertragswerk „Phönix“ ist mit seinen Änderungen nicht kleinlich. Arbeitszeitkorridor zwischen 31 und 42 Stunden je nach betrieblichem Bedarf und für jeden Arbeitnehmer so, wie der Arbeitgeber es gerade wünscht, Zwangsschlichtung und damit Streikverbot für die Arbeitnehmer sowie Urlaubskürzung sind die Eckpunkte. Es ist nicht bekannt, ob die sogenannten Gewerkschafter vom CGM vorher lesen konnten oder durften, was sie hernach unterschrieben haben. Es ist auch nicht bekannt, durch wen die Funktionäre der CGM bezahlt werden.

Bekannt hingegen sind die Auswirkungen für die Arbeitnehmer. Die Kapitalisten sind ihrem erklärtem Ziel der Schaffung eines Sondertarifgebietes „Ost“ einen Schritt näher. Sie wollen den Stop aller Angleichungen an westdeutsche Tarifgebiete durchsetzen. Statt der schon mal gescheiterten Strategie der Kündigung laufender Verträge mit der IG Metall versuchen sie es nun anders. Neue Verträge mit neuen Partnern heißt die Devise, die Verträge mit der IG Metall werden sich dann von selbst erledigen.

Die IG Metall wird kämpfen müssen. Der IG Metall-Bezirksleiter Hasso Düvel geht davon aus, daß die Angleichung der Wochenarbeitszeit und der vielen anderen Unterschiede zwischen Ost und West entweder zum Ende der Laufzeit der ostdeutschen Manteltarifverträge Ende dieses Jahres erkämpft wird oder der Kampf um die Angleichung fürs erste verloren ist. Wer weiß, wohin sich in diesem Fall das Vertragswerk „Phönix“ dann noch aufschwingen mag? *brr*

### **Erzieherinnen-Tag der ÖTV und GEW**

## **Bildungsauftrag und Sparmaßnahmen, wie passen die zusammen?**

Mindestens 250 Beschäftigte aus dem Erziehungsdienst beteiligten sich rege an dem Erzieherinnen-Tag, der dieses Jahr in Stuttgart stattfand. Kolleginnen aus ganz Baden-Württemberg, und insbesondere aus Freiburg, wo etwa 30 Erzieherinnen den Tag als Streiktag gegen die geplante Änderung der Personalkostenzuschüsse nutzten, führten an diesem Tag die fachliche, gewerkschaftliche, politische und gesellschaftliche Diskussion.

Der Beitrag des Hauptreferenten Hilmar Hoffmann, Dozent an der Pädagogischen Hochschule in Dortmund, könnte die gewerkschaftliche Diskussion ein Stück weiterbringen.

Neben neuesten Untersuchungen, wie

Kinder lernen und wie schlecht in den Kindertagesstätten damit umgegangen wird, wies er nochmals ausdrücklich auf den Bildungsauftrag der Kindertagesstätten hin, und forderte dazu auf, auch in den Gewerkschaften für eine bessere Arbeit in den Kitas zu arbeiten, denn es ist u.a. einfach, schlechte Kinderbetreuung mit Hilfe der Sparmaßnahmen überflüssig zu machen. Er setzte dabei natürlich auch gesellschaftliche Akzente, denn in vielen Familien ist es nun einmal so, daß die Voraussetzungen für Kinder zu lernen, anhand ihrer Interessen mit ihren Möglichkeiten und in ihrem Tempo, nicht gegeben sind. Die Kindertagesstätten müssen hier Ausgleich schaffen, damit auch diese Kinder eine Chance in dieser Gesellschaft haben.

Gegen den Trend, Firmen zur Qualitätsmessung in die Kitas zu rufen, spricht Hoffmann dafür, eigene Qualitätsmerkmale aus den Reihen der Beschäftigten zu erarbeiten und auch eigene Kontrollfunktionen zu ermitteln. Dies wäre eine große Aufgabe für die Gewerkschaften.

In Kleingruppen wurde über verschiedene Aspekte etwas intensiver diskutiert, auch über Ausbildung und Sparmaßnahmen.

Die Podiumsdiskussion zu Ende des Tages, zeigte dann nochmals die Positionen der verschiedenen Parteien auf. Herr Ellwanger vom Sozialministerium bekräftigte das Vorhaben des Landes, die Kindergruppen zu bezuschussen, nicht wie bisher das Personal, sie zusätzlich zu pauschalieren und finanziell zu deckeln. Das sei natürlich nicht als Sparmaßnahme gedacht, sondern als Vereinfachung des Verwaltungsaktes.

Die SPD-Landtagsabgeordnete Wonnay sprach sich für den Erhalt des bisherigen Systems aus, zusätzlich für Qualitätssicherung und deren Absicherung in einem neuen Kinderbetreuungsgesetz. Sie bekam den meisten Zuspruch.

Die Grünen-Abgeordnete Bender bekam so gut wie keinen Applaus, denn sie trat wohl ebenfalls für die Qualitätssicherung und ein neues Kinderbetreuungsgesetz ein, will aber gleichfalls die Bezuschussung der Kindergruppen wegen des vereinfachten Verwaltungsaufwandes.

Bildungsauftrag und Sparpolitik passen nicht zusammen, das war aus den Reaktionen der Beschäftigten klar zu erkennen. Frau Bender war sichtlich enttäuscht über ihren Mißerfolg, da bisher aus dieser Beschäftigungsgruppe durchaus viel Sympathie für die Grünen vorhanden war. Aber auch die SPD, die zwar lautstark unterstützt wurde, muß sich fragen lassen, wie ernst sie es eigentlich meint, denn in den Zeiten der großen Koalition im Land ist ihr Betreuungsgesetz nicht verabschiedet worden, obwohl es vorlag. Im Gegenteil, die Aussetzung der Kindergartenrichtlinien, die die Standards regelte, fiel ebenfalls in diese Zeit.

*unb*

# Gesundheitspolitische Vorstellungen der PDS als Teil einer gesellschaftlichen Reformalternative

Das wichtigste, was der Mensch besitzt, ist sein Leben. Daher gehört die Gesunderhaltung zu seinen Grundrechten. Das Gesundheitssystem der Bundesrepublik Deutschland steckt seit Jahrzehnten in einer tiefen Krise und kann die Aufgabe einer umfassenden Gesunderhaltung der Bevölkerung immer weniger erfüllen. Die neokonservativen Regierungsparteien überziehen dieses Gesundheitssystem einer Veränderung nach der anderen, ohne daß die Gesundheitsversorgung verbessert und ein rationellerer Umgang mit den gesellschaftlichen Ressourcen erreicht wird. Die schrittweise Zerstörung des auf solidarischer Umverteilung basierenden Modells einer umfassenden medizinischen Versorgung und Betreuung führt zur Herausbildung von gravierenden Strukturdefekten. Die PDS tritt für eine schrittweise Neuordnung des Gesundheitssystems der Bundesrepublik ein. Es soll sozial gerecht und solidarisch, nachfrage- statt angebotsorientiert, patientenbezogen statt profitorientiert, qualitätssichernd und mit sparsamem Umgang aller gesellschaftlichen Ressourcen sein. Unter diesen Bedingungen kann die Gesundheitsversorgung zu einem Wachstumssektor der gesellschaftlichen Arbeit werden.

Wie in anderen gesellschaftlichen Teilbereichen auch verfolgt die PDS das Ziel einer Reform auf kurze Sicht und strebt darüber hinaus eine grundlegende Reform des Gesundheitssystems an. Angesichts der existenten Bedrohungen im Gesundheitswesen kommt einer gesundheitsfördernden Gesamtpolitik und sozialer Prävention (Arbeit, Umwelt, Wohnen, Verkehr, Konsum, Freizeitgestaltung und Gesundheitsberatung u.a.) ein hoher Stellenwert zu. Natürlich gehören hierzu auch ökonomische Grundsätze zur Erhaltung von Umwelt und Natur.

Die Frage nach der Gesundheit ist Teil der sozialen Frage und daher Kernstück der demokratisch-sozialistischen Gesellschaftsordnung der PDS. Ihre Gewährleistung für jedermann – Teil eines reformierten Sozialstaates – verlangt politische Regulierungen und einen Solidar- ausgleich zwischen den Einkommensschichten unserer Gesellschaft. Der Wettbewerb der Krankenkassen ist kein geeignetes Steuerinstrument im Gesundheitswesen.

Eintreten für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit im Gesundheitswesen heißt auch, sich für die Probleme der sozial Schwächeren und Bedürftigen einzusetzen und der Verminderung bzw. Kompensation entsprechender Risiken in der Arbeitswelt hohe Priorität ein-

zuräumen. Eine tragfähige Gesundheits-sicherung verbindet Prävention, Therapie und Rehabilitation auf dem Boden sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit miteinander. Medizinische Ungleichbehandlung (wie beispielsweise auf der Grundlage des Asylbewerberleistungsgesetzes) haben in einem sozialstaatlich und humanitär orientierten Gesundheitswesen keinen Platz.

## Kurzfristige Reformziele

Die Funktionsfähigkeit und Attraktivität der solidarischen Krankenversicherung dürfen nicht untergraben, sondern müssen verteidigt und erneuert werden. Die finanzielle Konsolidierung der Krankenkassen und eine Modernisierung der Organisationsstrukturen muß umgehend durchgesetzt werden.

Selbstbeteiligungen und Zuzahlungen der Patienten und Versicherten müssen wieder abgeschafft werden, denn sie sind unsozial, als Steuerungsinstrument unwirksam, für die Qualität der Versorgung kontraproduktiv und nur ein Mittel zur Selbstbedienung für Anbieter im Gesundheitswesen.

Leistungskürzungen, Kostenerstattungsregelungen, Selbstbehalte, Sonderbeiträge für zusätzliche Leistungen (Krankenhausbeiträge) sowie Beitragsrückerstattungen haben im Rahmen der gesetzlichen Versicherungen von Kranken keinen Platz.

Es gilt, die gesetzliche Krankenversicherung im Sinne der Versicherten zu stärken und die paritätische Rolle einzelner Anbieter zurückzudrängen.

Es ist unvermeidbar, daß die finanziellen Aufwendungen für ein leistungsfähiges Gesundheitswesen und damit auch für die gesetzlichen Krankenversicherungen steigen werden. Allerdings muß ein zukunftsorientiertes Gesundheitssystem auf einem rationalen Einsatz der gesellschaftlichen Ressourcen basieren. Im gegenwärtigen System ist die Verteilung der Honorare und des Entgelts für medizinische Leistungen und Betreuung ungerecht geregelt, die Konkurrenz der Leistungsanbieter führt in Teilbereichen zur Verschwendung, und die pharmazeutische Industrie arbeitet keineswegs patientenorientiert.

Beitragsstabilität der gesetzlichen Krankenversicherung kann gewährleistet werden, wenn kurzfristig unter dem Dach eines Gesamtbudgets die Wirtschaftlichkeitsreserven auf der Leistungsanbieterseite im Gesundheitswesen durch Strukturreformen erschlossen werden, die bei den tatsächlichen Konstruktions- und Steuerfehlern des Sys-

tems ansetzen und Kosteneinsparungen sowie Qualitätsverbesserungen gleichzeitig ermöglichen. Selbstverständlich muß eine Verteilung der gesellschaftlichen Mittel in regionalen Kooperations- und Handlungsverbänden erfolgen.

## Die PDS strebt daher an

**1.** Versicherungspflicht für alle Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland, einschließlich aller, die hier eingegliedert werden oder Einkommen erzielen, und die so eine Solidargemeinschaft bilden. Dies bedeutet, daß Beamte, Selbständige, Besserverdienende etc. sich künftig nicht mehr ausschließen können, sondern Mitglieder der gesetzlichen Krankenkassen werden. Die Beitragsbemessungsgrenze muß erhöht werden. Einkommensteile, die nicht aus der Erwerbsarbeit stammen (Kapitaleinkünfte, Veräußerungsgewinne etc.) werden mit einbezogen.

**2.** Die erneuerte GKV arbeitet weiter nach dem Umlageprinzip und sichert die umfassende Versorgung aller Versicherten mit medizinisch Notwendigem und Sinnvollem. Darüber hinausgehend sind private Zusatzversicherungen möglich, jedoch zur Gesunderhaltung nicht notwendig.

Die paritätische Finanzierung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer bleibt grundsätzlich erhalten. Die Beitragsbemessungsgrundlage für Arbeitgeber soll verändert werden, weil sich die bisherige Koppelung an die Lohnsumme als unzureichend erwiesen hat und neue Kriterien wie die Anbindung an die Wertschöpfung sinnvoller erscheinen.

Die Möglichkeit der Familienversicherung bleibt bestehen, wobei die PDS anstrebt, über eine aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik insbesondere den Frauen die Möglichkeit zu eröffnen, wirtschaftlich selbständig und unabhängig zu sein und somit auch eigene Versicherungsansprüche unabhängig vom Ehemann zu begründen.

Für Sozialhilfeempfänger oder solche Mitbürger, deren Einkommen auf das Niveau der Sozialhilfe abgesunken ist, übernimmt die Öffentliche Hand die Beiträge zur Krankenversicherung. Für Geringverdienende oberhalb der Sozialversicherungsgrenze (auch für Selbständige) muß der Beitrag der realen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit angepaßt werden. Der Staat kommt für Beiträge aller jener Menschen auf, die ohne Einkommen in die Solidargemeinschaft aufgenommen werden (Aussiedler, Umsiedler, Bürgerkriegsflüchtlinge u.a.).



**3.** Die PDS tritt für eine grundlegende Reform des existierenden Abrechnungs- und Organisationssystems der Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) als verteuernendes und überholtes Instrument für gesetzliche Krankenkassen ein.

Das System der KVen hat auch für Patienten und Ärzte gravierende Nachteile. Noch nie hat sich die KV für eine gerechte, adäquate Besoldung von Krankenhausärzten und Ärzten außerhalb ihres Bereiches eingesetzt. Dieses ungerechte System benachteiligt nicht nur jüngere, sondern auch ältere, fachlich hochqualifizierte Ärzte im nachgeordneten Bereich unseres Gesundheitssystems. Dies gilt für fast alle Disziplinen, insbesondere jene, die im Akut- und Notfallbereich tätig sind. Junge Ärzte, die nach ihrer Pflichtzeit als „Arzt im Praktikum“ von den Krankenhausträgern nicht mehr weiterbeschäftigt werden und die keine Niederlassungsmöglichkeit erhalten, geraten in eine Notlage, die wiederum von den Trägern von Krankenanstalten aller Provenienz brutal ausgenutzt wird, um durch Beschäftigung unter Tariflöhnen, jenseits der gesetzlichen Vorschriften bis hin zu unbezahlter Arbeit ärztliches Können billig einzukaufen.

Noch nie haben die in diesem System eingebauten 35 Prozent aller approbierten Ärzte dem gesetzlich geforderten Versorgungsanspruch Genüge geleistet. Ein Kontrollsystem – für Leistungen und Befähigungen – beteiligter Ärzte existiert nicht. Jahr für Jahr werden 20 000 bis 30 000 Regreßansprüche wegen Fehlbehandlungsvorwürfen gestellt.

KVen behindern ein in der DDR erprobtes Polikliniksysteem, begünstigen aber Praxisgemeinschaften und die Bildung neuartiger Profitcenter in GmbH-Form. Behindert werden weiter Kontrollen der ärztlichen Nebenverdienste außerhalb des „Honorars“. Herzklappen, Abrechnungsgebaren, stilles „Abdingen“ in Praxen, d.h. Zuzahlungen von Patienten für Regelleistungen, Beispiel: Kassenärztlich vereinigte Zahnärzte (KZBV).

Die Funktionäre der KV verhindern eine freie Entfaltung und Funktion des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGB). Mit dem Anspruch auf Alleinversorgung wurden ungezählte Leistungen im ÖGB abgebaut, wenn sie die monetären Einnahmen der KV einzuschränken drohten.

Das System der KV behindert zudem medizinische Forschung durch ihren Alleinbehandlungsanspruch. Bestes Beispiel ist die Krebsforschung und Krebsbehandlung. Statt das Geld der Krankenkassen in notwendige Tumorforschung zu investieren – Deutschland nimmt im internationalen Vergleich einen wenig erfreulichen Mittelplatz ein –, werden riesige Summen für eine unkontrollierte, diffuse Krebstherapie durch nicht adäquat ausgebildete Ärzte betrieben. Das Ergebnis: Deutschland weist eine besorgniserregende Krebsstatistik auf.

Auch über die Preisentwicklung im Gesundheitswesen bestimmt derzeit die KV faktisch mit. Sie vertritt nur ein Drittel aller Ärzte (ambulanter Bereich) – abgesehen von wenigen „ermächtigten“ Krankenhausärzten – und operierte dabei als kartellähnlicher Verband, der Preisblöcke aushandelt. Unter ihrer Politik leiden Krankenhäuser und Gemeinschaftseinrichtungen – aber auch die übrigen zwei Drittel Ärzte ohne Interessenvertretung.

Das alles zeigt, daß die offiziell verantwortlichen Ärztekammern und mit ihnen die Arbeits- und Sozialministerien nicht geeignet sind, eine annähernd adäquate Kontrollfunktion auszuüben.

Erst mit der Fundamentalreform der KV wird der Übergang von einem Angebots- zu einem nachfrageorientierten Gesundheitswesen möglich. Die gesetzliche Krankenkasse, Vertreterin der Versicherten, kann damit über die Kosten bestimmen und ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage herstellen.

Die PDS fordert daher die Einführung eines neuen Honorarsystems für Praxisärzte im niedergelassenen Bereich, das sich an der Grund- und Fachausbildung des Arztes orientiert. Nebeneinnahmen sind über private oder andere Versicherungen möglich. Die Beurteilung ärztlicher Leistungen erfolgt nach den Diagnosen und adäquaten Therapien und nicht nach einem Punktesystem, das „Massenleistungen“ belohnt.

Die Interessenvertretung der Ärzteschaft in Fragen ihrer Einkommensentwicklung auf der Grundlage des bereits skizzierten Sicherstellungsauftrages der Kasse kann sich am allgemein üblichen

Tarifmodell orientieren. Alle diese Maßnahmen tangieren weder die Therapiefreiheit aller Ärzte noch die Rechte und Pflichten von Ärztekammern als Organ zur Selbstverwaltung.

#### **4.** Strukturen und Funktionsweisen von Selbstverwaltungen im Gesundheitswesen sind grundlegend zu reformieren.

Bei der Steuerung der bürgernahen gesundheitlichen Versorgung, Bedarfsgerechtigkeit, Integration und Effizienz kommt der Selbstverwaltung auf regionaler Ebene besondere Bedeutung zu. Die Schaffung von klar definierten Versorgungsregionen, nach denen sich die Selbstverwaltungen der Leistungsanbieter und die der Versicherungsträger länderspezifisch und gemeindespezifisch orientieren, ist notwendig. Ziel ist die einheitliche Sicherstellung der bedarfsgerechten Gesundheitsplanung durch demokratisch und fachlich legitimierte Gremien der Selbstverwaltung aus den Regionen.

Demokratie und Partizipationsrechte im Gesundheitswesen sind darüber hinaus auszubauen durch:

wirkungsvollere Formen demokratischer Mitbestimmung der Versicherten, Patientenorganisationen, mehr Mitbestimmung in den gesetzlichen Krankenkassen, mehr Mitgestaltung und Beteiligungsrechte für die Beschäftigten in den Gesundheitseinrichtungen, Verbesserung oft noch unzumutbarer Arbeitsbedingungen, Förderung von Selbsthilfegruppen und Selbsthilfeinitiativen, stärkerer Schutz der Rechte von Patientinnen und Patienten, Einrichtung von Beratungsstellen, Einbeziehung von Patientenorganisationen in die Erarbeitung diesbezüglicher Regelungen.

Neuordnung von Aufgaben, Zusammensetzung und Arbeitsweise der Ethik-Kommissionen. Die Medizin muß sich dabei zunehmend an ethischen Grundsätzen orientieren können, die auf gesellschaftlichem Konsens beruhen.

Die Beweislast bei Ärzteprozessen – schon bei der außergerichtlichen Beweiserfassung – ist zugunsten der Patienten umzukehren. Da die Standesorganisationen nicht in der Lage sind, eine Kontrolle durchführen zu können, muß der Gesetzgeber endlich die Grundlagen ändern. Die PDS will daher ein Gesetz zur Änderung der Beweislast im zivilrechtlichen Bereich – Arzthaftung – einbringen, die Umkehr der Beweislast für den Patienten und gegen den Arzt. Dieses Gesetz soll regeln, daß der Arzt sowohl beim eingetretenen als auch beim vermeintlichen Behandlungsfehler den Ursachenzusammenhang zwischen Fehler und Schaden ausschließen bzw. seine Schuldlosigkeit beweisen muß.



**Prävention auch durch Arbeitsschutz! Bild: Höherverstellbare Arbeitsflächen? Warum eigentlich nicht ?**

**5.** Zur Sicherung einer qualitativ hochwertigen und zugleich wirtschaftlichen Patientenversorgung

gehören

- neue integrative Konzepte und vernetzte Strukturen, die innerberuflich wie auch berufsübergreifende Kooperationen fördern, die Schranken zwischen den verschiedenen Bereichen des Gesundheitssystems überwinden und die Trennung von Ambulanz und Krankenhaus aufheben sollen.

- Entwicklung neuer, unterschiedlicher Eigentums- und Organisationsformen in der gesundheitlichen Versorgung. Im ambulanten Bereich müssen – ähnlich dem Krankenhaus – neben privaten auch kommunale, frei-gemeinnützige und weitere Trägerschaften tätig werden.

Ärztliche, psychosoziale und pflegerische Hilfen müssen stärker koordiniert und sinnvoll zusammengeführt werden. Auf den Gebieten der Pflege, psychosozialen Betreuung sowie zur Aktivierung des Patienten Umfeldes ist die Entstehung neuer Strukturen zu fördern.

Die Basis für eine sorgfältige Prävention ist die Stärkung und Modernisierung des öffentlichen Gesundheitswesens, der Ausbau der betrieblichen Gesundheitsförderung, verbesserter Arbeitsschutz und die sukzessive Ausrichtung des gesellschaftlichen, staatlichen und wirtschaftlichen Handelns in Arbeitswelt, Verkehr, Konsum, Freizeit auch an Kriterien der Gesunderhaltung und Gesundheitsförderung. Gesundheitswissenschaftliche Forschung, einschließlich solcher, die sich speziell Gesundheitsproblemen von Frauen zuwenden, sind stärker zu fördern.

#### **Maßnahmen in der Arzneimittelversorgung**

Unverzügliche Eindämmung der unumschränkten Profitorientierung der Pharmaindustrie. Stärkung der gesundheitspolitisch-ökonomischen Aspekte von Nutzen und Risiko bei Arzneimitteln durch wirtschaftlich geführte staatliche Institutionen. Die PDS verfolgt die konsequente Durchsetzung des vorhandenen Arzneimittelgesetzes durch staatliche Institutionen. Im Vordergrund der Arzneimittelversorgung müssen Sicherheit und Hilfen für Patienten stehen.

Folgende Umgestaltungen werden durch die PDS angestrebt:

- Ungeprüfte Medikamente, die weder ihre Wirksamkeit noch ihre Sicherheit nachgewiesen haben, werden entweder sofort vom Markt oder aus der ärztlichen Verordnungskette entfernt. Simultan verlieren solche Arzneien ihre Erstattungspflicht durch Krankenkassen.

- Durchsetzung des Arzneimittelgesetzes in Sicherheitsfragen und deren sofortige Deklarationspflicht.

- Grundsätzliche staatsanwaltschaftliche Überprüfung von Arzneimittelrückrufen. Ersatz ineffektiver Aufsichtsbehörden im Bereiche der Regierungspräsidien und der Länder durch neu zu schaffende fachlich qualifizierte Kontrollorgane.

- Reduktion der Masse pharmakolo-

gisch äquivalenter, also gleichartiger Präparate, die unter dem Deckmantel der „Neuerung“ oder des „therapeutischen Fortschritts“ zugelassen und in den Handel gebracht werden. Stärkung der Verweigerungshaltung der Krankenkassen bei der Erstattung unwirksamer Arzneimittel.

- Einführung von Positivlisten und, falls notwendig, auch Negativlisten. Beschränkung der erstattungsfähigen Arzneimittel auf maximal 5 000 Spezialitäten.

Die PDS fordert eine Neuordnung zum Marktzugang für neue Medikamente.

- Die Arbeits- und Leistungsfähigkeit der Zulassungsbehörden (Europäisches Recht) muß in Deutschland stark verbessert und effizienter werden. Dies gelingt nicht durch mehr juristische Aufsicht, sondern durch Schaffung eines erfahrenen Managements und neuer Organisationsstrukturen in den Behörden. Die PDS unterstützt eine rasche Zulassung von lebensrettenden Medikamenten innerhalb von wenigen Wochen. Die PDS tritt gleichfalls für eine sofortige Marktentfernung von Arzneien ein, wenn auch nur der Verdacht auf eine schwere Schädigungsmöglichkeit besteht.

- Die Zulassung von Medikamenten erfolgt künftig nur noch nach einem umfangreicheren Nachweis der „Sicherheit“ neuer Produkte. Die PDS fordert daher eine Änderung der klinischen Prüfung von Medikamenten, insbesondere die Abschaffung der Nachmarkprüfungen von zugelassenen Arzneien auf Kosten der Krankenkassen und der Gesundheit der Patienten.

- Die Einführung einer Offenlegungspflicht für Preiskalkulationen der Pharma-Anbieter für Forschungskosten und indirekter Werbungs- wie Marketingkosten bei der Preisfestsetzung.

- Festsetzung von Arzneimittelfestpreisen im Zwei-Jahres-Zyklus. Der hohe Einführungspreis muß unabhängig laufender Patentfristen regelmäßig reduziert werden.

- Preisfestsetzungen durch Vertreter der Gesundheitsbehörde, Wirtschaftsministerien und Krankenkassen. Ärzte, Pharmaindustrie, Apothekerverbände, Patienteninteressenvertreter haben ein Recht auf Anhörung, aber kein Zustimmungsrecht.

- Stärkung der Aufsicht beim Inverkehrbringen. Mehr Transparenz und Produkthaftung. Schaffung neuer gesetzlicher Richtlinien für das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM), die den Zugriff für jeden Bürger zu den Daten und Erkenntnissen über Arzneimittel, die in Deutschland und Europa zugelassen sind, ermöglichen. Damit soll den Anwendern und Verbrauchern die Möglichkeit des gleichen Informationsstandes wie der Industrie und Behörden gegeben werden. Einführung und Verfolgung der Produkthaftung für Hersteller.

#### **Italien**

## **Aufarbeitung der Geschichte der Roten Brigaden**

Wenn die Namen Renato Curcio oder Mario Moretti genannt werden, wissen nur noch wenige, daß hiermit Mitglieder der Brigade Rosse in Italien gemeint sind.

Von beiden liegen ins Deutsche übersetzte längere Interviews vor; „Libertäre Assoziation/Verlag der Buchläden“ waren etwas schneller mit der Herausgabe des Interviews von M. Moretti als der ID-Verlag in Berlin mit der Curcio-Darstellung. Unter dem Titel „Eine italienische Geschichte“ wird 1993/94 der 47jährige Mario Moretti von den linken Journalistinnen Rossanda Rossandra und Carla Mosca interviewt; während Renato Curcio, 1941 geboren, „Mit offenem Blick“ dem L'Espresso-Journalisten Mario Scialoja antwortet. In deutscher Sprache erscheinen damit erstmals längere Darstellungen nach der Phase der bewaffneten Interventionen der letzten 20 Jahren in Italien aus der Sicht der Aktiven.

Von einer schon vor längerer Zeit übersetzten Autobiographie des „Brigadisten der ersten Stunde“, Alberto Franceschini, – deutsch im anrühigen Europaverlag/Wien – soll hier abgesehen werden, zumal sich seine Erzählkunst mit dem Begriff „Dissociati“ verbindet. Damit sind in Italien jene Ehemaligen der Guerrilla gemeint, die von sich behaupten, nie manden namentlich verraten zu haben, allerdings den Weg der Guerilla als überaus „staatsfeindlich“ einsehen und „das eigene Verhalten einer genauen Überprüfung durch die zuständigen Behörden zu unterwerfen“. Sie bilden eine zahlenmäßig relevante Gruppe, die sich ihrerseits von den „Pentiti“ abgrenzen möchte. Dennoch ist gerade diese Form des Aufgebens und des inhaltlichen Abschwörens markanter und unsolidarischer als die allseits kritisierte klassische Form der Denunziation.

Moretti: „Es zerstört eine kollektive Identität und flieht vor der politischen Verantwortlichkeit, um individuelle juristische Vorzüge zu erhalten. Und das schlimmste ist, es passiert, obwohl es möglich gewesen wäre, kollektiv einen Schlußstrich zu ziehen ... Das Abschwören zerschlug die Möglichkeit, jene Jahre zu überdenken. Die Dissociati entschieden sich, unsere Geschichte außer-



Moretti





**Renato Curcio, rechte, im Turiner Prozeß 1976**

halb der Geschichte zu verorten. Sie verhindern, daß sie wirklich aufgehoben wird.“

Die Diskussion in Italien müßte offen geführt werden – wenngleich von interessierter Seite viel versucht wird, die Auseinandersetzungen um die Veränderungen der Gesellschaft zu beerdigen und gleichzeitig unter dem Stichwort „Terrorismus“ abzuqualifizieren. Franceschini erfüllt hierbei diese Funktion, indem er als Zeuge der These aufgebaut wird, daß z.B. auch die Entführung Andreottis (damals Ministerpräsident der DC-Regierung, heute schwer ins Abseits geraten) Ziel der BR-Strategie war, oder er selbst den willfährigen Medien Nahrung bietet für die These einer möglichen Infiltration ausländischer Geheimdienste.

Beiden Thesen widersprechen, unabhängig voneinander, Moretti und Curcio in ihren Interviews und verweisen auf die inhaltlichen Komponenten einer bewaffneten Guerillapolitik im Italien der ökonomisch-politischen Umwälzungen.

Diese Begründungen der Guerillapolitik in Italien werden noch einmal vor Augen geführt, in unterschiedlicher Weise. Moretti muß sich in diesem Buch mit anderen Ansichten aus der politischen Linken in Italien auseinandersetzen; die „Il Manifesto“-Herausgeberin Rossandra besuchte Mario im Gefängnis und konfrontiert ihn mit anderen politischen Ansichten seiner Zeit. Es wird eine interessante Diskussion um die Fehler und Schwächen der Linken, um die Art der Aufarbeitung und um die Würde jeder Person in dieser Phase. Hier erfolgt Widerspruch und genauere Nachfrage, zumal Rossandra den gesamten Prozeß von außerhalb – und doch beteiligt – verfolgte. Sie erfragt Begründungen für die Entwicklungen der jungen, radikalen proletarischen Organisation, die sich bald außerhalb der PCI stellen muß, und provoziert damit den Arbeiter und Betriebsaktivisten Moretti. Zu dieser Zeit waren

die Grenzen zwischen dem Kampf in den Betrieben (gegen FIAT, Siemens, Pirelli oder Alfa), Bestrafungsaktionen gegen die Chefs und der Sympathie seitens der PCI-Basis fließend.

Mitte der 70er Jahre, als die PCI, aus dem „historischen Kompromiß“ heraus, staatstragend agierte und derartige Parolen bald stärker favorisierte als die DC, täuschten sich die BR in der Möglichkeit, mit der Moro-Entführung den Staatsapparat in eine Spaltung zu zwingen und riskierten dabei den (falschen) Höhepunkt, zugleich aber auch die Rückentwicklung, ihrer Aktionsmöglichkeiten.

Moretti befindet sich seit 1981 in Haft in den verschiedenen Hochsicherheitsstrakten der italienischen Justiz.

Curcio wird von Scialoja von „Espresso“ (dem „Spiegel“ vergleichbar) im Gegensatz dazu eher abgefragt nach verschiedenen Phasen der 70er Jahre. Seine Antworten erschienen in Italien vor jenen von Moretti. Sie sind weniger streng analysierend, aber ebenso verantwortlich und nachdenklich wie die seines Genossen. Curcio wurde bereits einmal 1974 verhaftet, 5 Monate später wurde von einem BR-Kommando befreit. Seine Frau Mara Cagol wird im Sommer 1975 bei einem Angriff der Carabinieri erschossen, Curcio selbst im Februar 1976 nach erneuter Schießerei wieder verhaftet und verschiedentlich als „Kopf“ der BR verurteilt.

Die verschiedenen Guerilla-Gruppierungen in Italien umfassen ein wesentlich breiteres Spektrum als in Deutschland. Ihre Verwurzelung in den Produktionszentren war deutlicher. Mehr als 7 000 Personen, deren Namen infolge der polizeilichen Untersuchungen bekannt geworden sind, sind in der Datensammlung des „Progetto Memoria“ der Ex-Gefangenen zusammengetragen worden. Sie waren von Anfang der 70er bis Ende der 80er Jahre Verfahren wegen „Mitgliedschaft in einer subversiven Vereinigung“

verdächtig. Das Ergebnis, so Curcio, „ist eine komplette Röntgenaufnahme der sozio-politisch-kulturellen Zusammensetzung der linken subversiven Bewegungen Italiens“.

Eine der wichtigen Fragen: Was wird aus den bis heute politischen Gefangenen?

Moretti: „Die Amnestie wird wirklich deutlich machen, daß wir über die tödliche Gegenüberstellung der 70er Jahre hinaus sind. Sie wird nicht Folge einer gesellschaftlichen Veränderung sein, und sie wird sie auch nicht hervorbringen, sie wird nur das Zeichen dafür sein, daß sich etwas verändert hat. Ich hoffe im Guten.“

Curcio: „Im Namen welcher Gegenwart haben wir das Recht, über unsere Vergangenheit zu richten? Meine konnte sicherlich keine ausreichende Motivation dazu bieten, also hörte ich ausschließlich auf meine innere Stimme. Warum sollte ich mich jemals von den Tagen ‚lossagen‘, die sicher tragisch und gnadenlos waren, aber auch in jedem einzelnen Atemzug authentisch? Warum hätte ich einer Vergangenheit abschwören sollen, die ich mit meiner ganzen Person gelebt hatte?“

Die Phase der Brigade Rosse wurden 1987 durch kurze Erklärung aus dem Gefängnis für beendet erklärt. Die Linke wurde darin aufgefordert, die vergangenen Jahre neu zu analysieren, die bewaffnete Erfahrung, Recht und Unrecht, wieder als Fragment einer politischen Geschichte einzustufen.

Zu diesem Zeitpunkt hatten sich die Roten Brigaden in verschiedene Fraktionen gespalten. Unterschiedliche Schlußfolgerungen aus den Kämpfen der 70er Jahre hatten sich ergeben.

Der Übergang von den Fabrikkämpfen zu einer Intervention in den politischen Machtzentren war eine Phase; die Konfrontation mit dem Staat als Versuch, die herrschenden Fraktionen zu divergierenden Antworten zu bringen, eine weiterer Phase; die Entwicklung einer nach der Niederlage aus der Moro-Entführung herausführenden Strategie stellt eine weitere Zäsur dar.

Curcio und andere haben seit Ende der 80er Jahre das „Projekt Gedächtnis“ (Progetto Memoria) angeschoben. Dabei sind Untersuchungen erstellt worden: „La mappa perduta“, „Sguardi ritrovati“ und „Le parole scritte“, die bis heute nicht übersetzt worden sind. Curcio ist inzwischen tagsüber als „Freigänger“ und arbeitet mit dem Verlag „Sensibili alle folie“ an der Geschichte der radikalen Linken in Italien.

Wenn er rauskommt, was dann? Curcio: „Ich möchte mich tatsächlich auf eine Reise ohne Ziel begeben ...“ Moretti antwortet philosophischer auf die Frage, was ihm lieber wäre: Freiheit und Vergessen oder Knast und Erinnerung? „Gib mir Freiheit und Erinnerung. Wenn du das nicht kannst, dann fliegst du tief, nicht mal auf der Höhe unserer Niederlage.“

mc

# Eine Jugendsünde und ihre Folgen

Von Dieter Strützel und Mario Hesselbarth

## I.

Es gibt wohl bis heute keine Schrift, die in der sozialistischen Bewegung größere Begeisterung hervorgebracht hat als das Kommunistische Manifest. Mit klaren Gedanken übte es seine Faszination auf viele Generationen von Sozialisten / Kommunisten aus, die es nicht länger ertragen wollten, ein „Nichts“ zu sein. Sie lasen daraus das Versprechen, daß sie die Geschichte zu einem guten Ende bringen könnten, wenn sie nur das täten, was in diesem Manifest als ihre Aufgabe umrissen war.

Nun sind jene Sozialisten, die im 20. Jahrhundert an die ihnen im Manifest zugewiesene Aufgabe gingen, gescheitert. Die Geschichte ist anders verlaufen, als es das in diesem kleinen Buch angeführte Gesetz von der Geschichte vorsah, nach dem die menschliche Gesellschaft stufenweise bis zum Ende jener Kette von Unterdrückung, Elend und Krieg aufsteigt.

Hinzu kommt, daß sich die massenhafte Begeisterung für das Manifest und für Marx bei jenen Generationen in Grenzen hielt, die im Realsozialismus aufwuchsen. Ihnen hatte das Manifest, oder besser die Auszüge, die ihnen zur Kenntnis gebracht wurden, hatten ihnen nichts mehr zu sagen. Deshalb verzichteten sie größtenteils auf dessen vollständige Lektüre. Die Fragen, die bei ihnen dennoch aufkamen (Wann kommt es denn nun zur Freiheit der / des einzelnen als Voraussetzung für die Freiheit aller?, Wann stirbt der Staat mit seiner Bürokratie ab?), wurden oftmals nur ausweichend und ungenügend beantwortet.

Um so bemerkenswerter ist es, daß nach dem Scheitern des Realsozialismus die wenigen aus dieser Generation und den nachfolgenden Jahrgängen, die trotz dieses Scheiterns an den sozialistischen Ideen festhalten, das Manifest erneut oder erstmals vollständig lesen.

Im Hinblick auf die Analyse der bürgerlichen Gesellschaft erweist es sich dabei zum Teil als sehr aktuell. Schlagworte wie Globalisierung, Sprung in eine neue Gesellschaft usw. verlieren plötzlich jenen Mythos, den sie verbreiten sollten.

Denn:

„Die Bourgeoisie kann nicht existie-

ren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftliche Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. (...) Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisiepoche ... aus.“

Hieraus zu schlußfolgern, man brauche mit dem Manifest nur neu anzufangen, hieße, auf dem gescheiterten Weg weiterzumachen. Es ist vielmehr notwendig, den bisher zurückgelegten Weg kritisch zurückzuverfolgen, jene Stellen zu finden, an denen die sozialistische Bewegung vom „rechten Pfad“ abwich, und diejenigen Dinge zu verwerfen, die heute nicht mehr stimmen oder von vornherein falsch waren.

## II.

Der größte Irrtum dieses genialen Jugendwerks von Marx und Engels war die Annahme, die Spaltung der Gesellschaft würde sich in die beiden Großklassen Proletariat und Bourgeoisie fortsetzen, die beide in der kapitalistischen Gesellschaft unlösbar aneinander gebunden seien.

Beides ist geschichtlich anders gelaufen.

Nicht, daß der sozialökonomische Widerspruch von Kapital und Arbeit verschwunden wäre. Im Gegenteil, immer neue Bereiche der Gesellschaft werden ihm unterworfen. Aber zur Hälfte wird Reichtum heute ohne die wertschöpfende Arbeit „produziert“, akkumuliert. Die tote, vergegenständlichte Arbeit hat ein Ausmaß angenommen, das alle Vorstellungen übersteigt. Nahezu täglich schrumpft der Arbeitsmarkt gegenüber den Warenmärkten. Aber auch diese verlieren jährlich an Gewicht gegenüber den Finanz- und Kapitalmächten. Allein die Bundesbank, geschaffen ausschließlich zur Herausgabe der Währung, fuhr 1997 18 Mrd. DM Gewinn ein und übertraf dabei die Gewinne der meisten produzierenden Branchen. Kapitalismus ohne Arbeit – eine für Marx und Engels nicht vorstellbare Perspektive.

Die Vorgänge, die eigentlich Kapital produzieren, und diejenigen, die über dieses Kapital verfügen, rücken immer mehr aus den empirisch erkennbaren und nachvollziehbaren Bereichen der Gesellschaft heraus. Die offizielle Einkommensstatistik der Bundesrepublik vereinigt in ihrem Olymp alle von einem Jahreseinkommen von 500.000 DM aufwärts. Die 1 Million Einkommens-Millionäre sind da kaum noch sichtbar, von den 43 Vermögens-Milliardären ganz zu schweigen. Aber sie sind lebendige, anfaßbare Menschen, die namhaft gemacht werden könnten. Sie stellen jedoch nur eine Spitze in einem gewaltigen System von Institutionen dar. In den „Steuerparadiesen“ Europas haben sich Gesellschaften herausgebildet, in denen auf zwei Einwohner ei-

ne solche Kapital aufhäufende Institution kommt.

Diese anonymisierte, entpersonalisierte und institutionalisierte „Klasse“ hat ein ganz neues System diensttuender Eliten, ja einer selbständigen Klasse hervorgebracht. Diese okkupiert nahezu das gesamte politische Feld der Gesellschaft. Sie hat sich mit gewaltigen Bürokratien ausgestattet, in denen wiederum ganze „Klassen“ ihre bescheidene bis komfortable Existenz finden.

Ähnlich vielfältig und differenziert ist die soziale Lage der vom Verkauf ihrer Arbeitskraft Lebenden. Ganz zu schweigen von jenem ständig wachsenden, in tausendfache Randexistenzen abgedrängten Teil der Ausgegrenzten und der in verdeckter Armut Existierenden. Sie sind die einzigen, denen die Aussicht, auf der vielstufigen Leiter sozialer Unterschiede auf- und niederzusteigen, weitgehend genommen wurde.

Die Klassen, auf die sich Marx und Engels bezogen, waren noch in sich geschlossene, scharf voneinander abgegrenzte soziale Gemeinschaften. Sie verfügten dafür aber in ihren eigenen Reihen über vielfältige soziale Geflechte, eine gemeinsame „Sprache“ von Lebensverläufen, Anschauungen und Vorstellungen, Verständigungsformen und -formeln.

Die Grenzen zwischen den heutigen sozialen Schichtungen sind durchlässig geworden. Es haben sich übergreifende Verkehrssprachen herausgebildet, die immer von der Orientierung an den höher Gestellten geprägt sind und so eine Selbst-Verständigung unter Gleichen bestenfalls im Privaten oder in eng begrenzten Vereinen und Verbänden ermöglichen.

So hat sich jene Frage extrem zugespitzt, die Marx in Reflexion der gesellschaftlichen Verhältnisse nach der verlorenen Revolution von 1848/49 im Elend der Philosophie beschäftigt hatte: Wie kommen Menschen, die nach ihrer sozialökonomischen Lage eine Klasse bilden (Klasse an sich), zu gemeinsamem, gesellschaftswirksamen Handeln, zum Handeln als Klasse (Klasse für sich). Seine damalige Antwort, über das Bewußtwerden ihrer objektiven Lage und über eine eigene Organisation, hat sich als Antwort ähnlich der des Uhus in der Fabel erwiesen, der den von den Füchsen verfolgten Hasen geraten hatte, sich in Füchse zu verwandeln.

So hat der Gegensatz von Kapital und Arbeit keine Entsprechung mehr in dem Gegensatz einander ebenso scharf entgegengesetzter Klassen. Vielfältige andere scharfe Gegensätze, die nicht auf ihn reduzierbar sind, haben sich dazugesellt und verflechten sich immer stärker miteinander: der Gegensatz von expandierendem Ressourcenverbrauch und dem begrenzten Vorhandensein von Ressourcen, von ökonomisch-technischer Dynamik und natürlichen Kreisläufen, von



Arm und Reich in jedem Land, aber erst recht rund um den Erdball, von medialer Verflechtung und Auflösung sozialer Bindungen und Gemeinschaften, von patriarchaler Herrschaft und Sorge um Leben und Natur. All das hat auf seiten des Kapitalgegensatzes zu der paradoxen Situation von Klassengegensätzen ohne handlungsfähige Klassen geführt.

### III.

Dort, wo mehr oder weniger große Teile der kapitalabhängigen Klassen in diesem Jahrhundert in gesellschaftliche Aktionen traten, geschah dies weitgehend spontan, überwiegend kurzzeitig und für konkrete soziale Ziele. Sie waren dabei nicht auf den Umsturz aller gesellschaftlichen Verhältnisse aus. Das reicht von der Kommune von Paris und ihrer Verteidigung über „Frieden und Land bzw. Brot“ der großen Revolutionen von 1917 bis 1921 bis zur Einforderung von Rede- und Versammlungsfreiheit, freien Wahlen und Reisefreiheit der mittel- und osteuropäischen Revolutionen zu Beginn des letzten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts. Wo nicht die nackte Gewalt diese klassenkämpferischen Aktionen erstickte, verloren sie alsbald die wesentlichen Früchte ihrer Aktion an fremde oder entfremdete Eliten und Apparate oder gar an die antagonistische Klasse.

Die Frage, die am Vorabend der europäischen Revolutionen von 1848 überflüssig war zu stellen, hat 150 Jahre später bohrende Bedeutung bekommen – wie finden sich gesellschaftlich wirksame Klassen zu selbstbestimmter Aktion, um die eigenen Interessen so geltend zu machen, daß die gesellschaftlichen Widersprüche neue Bewegungsformen finden. (Der spätere Marx merkte an, daß wahrscheinlich alle großen gesellschaftlichen Widersprüche so „gelöst“ werden.) Damit wird eines der größten Phänomene in der Wirkungsgeschichte des Kommunistischen Manifests berührt.

Die meisten „Korrekturen“, die seine Verfasser im Laufe ihres an Kämpfen reichen Lebens an dieser letzten ihrer Jugendschriften, die Engels einmal selbstironisch als „Jugendsünde“ kennzeichnete, selbst vornahmen, wurden in der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen.

Schon in den *Grundrissen zur Kritik der politischen Ökonomie* entwickelte Marx jenen großen theoretischen Neuansatz, den er unter dem Eindruck der geschichtlichen Verläufe der europäischen Revolutionen von 1848/49 und ihrer Folgen in einem genialen Entwurf niederschrieb. Er meinte, die Revolutionen brächen wieder aus, und fundierte das Konzept einer klassenkämpferischen Selbstbefreiung des Proletariats in der Erkenntnis, all das müßten donquichottesche Kämpfe mit den Windmühlen bleiben, wenn es nicht gelänge, jene Klüfte und Spalten in der Wirklichkeit zu finden, die es erlaubten, die gesellschaftlichen Verhältnisse aufzusprengen. Vom

Bild des Totengräbers, der eine an ihren eigenen Gebrechen gestorbene Gesellschaft entsorgt, kehrte er zu dem Bild der englischen Frühsozialisten von den unter Tage wirkenden Bergleuten zurück. Diese rückten dem übermächtigen starren Gestein dadurch zu Leibe, daß sie sein natürliches Wachstum, seine eigene Struktur zum Ansatz ihrer langwierigen Einwirkung nehmen würden. Die vorurteilsfreie, möglichst genaue und getreue Analyse des vor ihnen liegenden Gesellschaftsgesteins wird für den nachrevolutionären Marx zur alles entscheidenden Voraussetzung für die gemeinsame, selbstbestimmte Tat.

An die Stelle von der geschichtlichen Gesetzmäßigkeit eines kontinuierlichen Klassenkampfes von unten tritt eine Vorstellung vom gesellschaftlichen Wandel, der von den inneren Potenzen der herrschenden Gesellschaftsverhältnisse bestimmt wird: vom Ausschöpfen der in ihr liegenden Produktivität, von der Permanenz gesellschaftlicher Expansion, die immer wieder an ihre eigenen Grenzen stößt, von der erlahmenden Kraft des jeweils zentralen gesellschaftlichen Verhältnisses, sich alle anderen gesellschaftlichen Verhältnisse zu unterwerfen, sie zu seinen eigenen Organen zu machen.

An die Stelle der mobilisierungsfähigen Gewißheit, es gelte nur mehr, die letzte Schlacht zu schlagen, tritt im 18. *Brunaire des Louis Napoleon*, der gründlichen Analyse der fortgeschrittensten Revolutionserfahrungen, die Überzeugung, das Proletariat werde die Langwierigkeit der vor ihm stehenden Kämpfe nicht scheuen.

Zugleich sah Marx bereits wenige Wochen nach dem Erscheinen des Manifests auch die Schwierigkeiten, welche die vom Kapital Abhängigen zu bewältigen hatten. Denn an die Stelle der Ketten, welche die Proletarier in einer kommenden Revolution nur verlieren könnten, treten wenige Wochen später in der Marxschen Artikelserie „Lohnarbeit und Kapital“ in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ die Überlegungen, daß sich die Ketten auch als goldene Ketten erweisen könnten, an denen sich die Arbeiter freiwillig anschnieden, um sich von der Bourgeoisie herschleifen zu lassen, solange sie ihre eigene Existenz durch Lohnarbeit sichern müssen.

Die Kommunistin Inge von Wangenheim hat einmal pointiert geschrieben, Marxens Werk habe nur einen Fehler, ohne den es allerdings auch nie geschrieben worden wäre – die Unterschätzung der Zeit. Das meint – dialektisch zumindest – nicht einfach die Dauer der Zeit, sondern jene Veränderungen, die im Verlaufe der Zeit erfolgen. Wie ernst Marx solche Veränderungen selbst genommen hat, zeigt seine Bemerkung im Vorwort zur zweiten Auflage des ersten Bandes des *Kapitals*. Marx registriert dort jene zaghafte Veränderungen, die das Kapital aus der ersten großen Nachrevolutionen gelernt habe, und schreibt ah-

nungsvoll: Dann wird alles ganz anders.

### IV.

Als die Pariser Kommune errichtet worden war, bestürmten die daran beteiligten Mitglieder der Pariser Sektion der 1. Internationale ihren Meister in London, er möge ihnen doch raten, wie sie nun an die Befreiung der Arbeit gehen sollten. Immer wieder mußte Engels den wartenden Generalrat trösten. Und dem großen Vordenker fiel nur ein, den von den Kämpfenden selbst gewählten Weg als die praktische Antwort auf die von ihm nur theoretisch gestellte Frage anzuerkennen: zunächst die Freiheiten der Revolution von 1789 auch für den vierten Stand durchzusetzen und auf dieser Grundlage die Befreiung der Arbeit schrittweise auf einem langen Weg des Lernens und der Selbstkorrektur ins Werk zu setzen.

Bedeutsam erscheint nicht nur dieses „kommunale“, auf der universellen Durchsetzung der Freiheitsrechte und einer auch ökonomischen Assoziation beruhende Marxsche Konzept von der Diktatur des Proletariats. Es ist meilenweit von dem zentralstaatlichen Machtkonzept Lenins entfernt und durch Gräben von jener Praxis getrennt, die darauf folgte. Wichtig ist vor allem auch der Marxsche Verzicht auf jegliche gedankliche Besserwisserei und Schulmeisterei selbst der besten theoretischen Konzepte gegenüber den eigenen Interessen geltend machenden Unterdrückten und die Anerkennung der praktischen Lösungswege, die diese dabei einschlugen.

### V.

Nimmt man die Irrtümer und die Selbstkorrekturen durch seine Autoren weg, dann bleibt vielleicht vom Kommunistischen Manifest, daß sich im Rahmen der alten bürgerlichen Gesellschaft nur durch die eigene Emanzipation jene „Klasse“ von Proletariern entwickeln wird, die sich aus allen Klassen der Bevölkerung rekrutiert, um an die Stelle der bürgerlichen Gesellschaft schrittweise, durch die Erkämpfung der Demokratie eine Assoziation freier Individuen zu setzen.

Das aber wäre ungeheuer viel, und insofern können wir durchaus noch vieles mit dieser „Jugendsünde“ anfangen. Denn der Preis dafür, daß die sozialistische Bewegung diese Ent-Kanonisierung des Manifests nicht vollzogen hat, war unermeßlich. Dies nachzuvollziehen ist für alle wichtig, die festhalten wollen an jenem emanzipatorisch-humanistischen Todesurteil über eine Gesellschaft der Kapitalherrschaft mit ihrer mörderischen Konkurrenz und ihren irrationalen und widernatürlichen Anarchien. Nicht Wiederkäuen oder Nachbeten ist gefragt, sondern Reproduktion im Marxschen Sinne: Der Wille, Seiendes zu bewahren, zwingt zu seiner ständigen Veränderung.

Dokumentiert aus: *Disput 3/98*

**29.-31. Mai:** *Peace Congress Osnabrück* 98, Vom Westfälischen Frieden zu einem friedensstiftenden Europa. Europäischer Friedens- und Kriegsdienstverweigerer-Kongreß. Infos unter Tel. 05 41 / 26 06 50, Fax: 26 06 80.

**8.-12. Juni 1998:** 16. o. Bundeskongreß des DGB in Düsseldorf

**13./14. Juni:** Bundestreffen der AG Betriebe und Gewerkschaften der PDS in NRW

**13./14. Juni:** Bundeskongreß der VVN-BdA in Braunschweig, Motto: „Zukunft Antifaschismus“. Infos bei der Bundesgeschäftsstelle der VVN-BdA, Rolandstr. 16, 30161 Hannover.

**26.bis 28. Juni:** Bundesparteitag der FDP, Leipzig beschließt Wahlprogramm

**28.August:** CSU-Parteitag in München

**29.8. FDP-Parteitag** in Bonn soll Wahlauftrag beschließen

**13. September:** Landtagswahl in Bayern

**17./19.9. a.o. Gewerkschaftstag** der IG Metall in Mannheim

**27. September:** Bundestagswahl, Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern und Kommunalwahlen in Brandenburg

**10./11. Oktober:** Herbsttagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln

**23. bis 25. Oktober:** JU-Deutschlandtag in Weiden

**24.-29. Oktober:** HBV-Gewerkschaftstag in Bremen und IG-Medien-Gewerkschaftstag in Würzburg

ADRESSAUFKLEBER

## Sommerschule der ARGE

Themen für den Geschichtskurs

# 150 Jahre Manifest der Kommunistischen Partei



Vorgehensweise: Lesen des Manifestes und Diskussion vorbereiteter Beiträge, u.a.:

- Sozialgeschichtliche Hintergründe und das Umfeld der Schrift „Manifest der Kommunistischen Partei“, Ausgabe 1848 unter Einbeziehung der Geschichte des Bundes der Kommunisten.
- Von Babeuf bis Blanqui. Französischer Sozialismus und Kommunismus vor Marx, Auszüge aus dem gleichnamigen Buch von Waltraud Seidel-Höppner und Joachim Höppner.

Bitte rechtzeitig anmelden, damit wir Texte verschicken können.

**30. Juli bis 2. August 1998,**

**Jugendherberge „R. Breitscheid“ in 99894 Friedrichroda, Waldstr. 25**  
**Beginn Donnerstag, um 14 Uhr, Ende Sonntag: 12 Uhr**

Resolution des Plenums der Initiative „kein mensch ist illegal“ auf dem Bielefelder Bundestreffen vom 8.5.1998:

## Kein Mensch ist illegal

Die bundesweite Initiative „kein mensch ist illegal“ ruft für die ersten Juniwochen zu dezentralen Aktionen gegen die geplante Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes auf. Bereits nach der jetzigen Gesetzeslage wird einem Großteil der hier lebenden Flüchtlinge ein menschenwürdiges Leben verweigert: Sie erhalten maximal 80 % der „normalen“ Sozialhilfe, dem gesetzlich definierten Existenzminimum. Der jetzt über den Bundesrat eingebrachte Entwurf zur erneuten Verschärfung dieses Gesetzes bedeutet nicht nur eine Fortschreibung dieser Entwicklung, sondern setzt das Sozialstaatsprinzip überhaupt außer Kraft. Erstmals sollen Menschen, die in der BRD leben, überhaupt keine Leistungen mehr erhalten. Erklärtes Ziel ist es, Flüchtlin-

ge mit Duldung durch Leistungsverweigerung und Lagerunterbringung zur Ausreise zu zwingen.

Durch eine solche Politik der sozialen Verfolgung werden immer mehr Flüchtlinge in die Illegalität getrieben.

Das geplante Gesetz stellt den vorläufigen Höhepunkt der in der BRD betriebenen rassistischen Sonderbehandlung von Flüchtlingen wie auch MigrantInnen dar. Die Verweigerung gleicher Rechte für Alle bedient und verstärkt rassistische Denkmuster.

Also ruft die Initiative „kein mensch ist illegal“ aus Anlaß der für Juni geplanten abschließenden Beratungen zu dezentralen Protestaktionen auf.

- Kein Aushungern von Flüchtlingen!
- Widerstand gegen jede Form von Rassismus und Sozialabbau!
- Streichung des Asylbewerberleistungsgesetzes und aller anderen rassistischen Sondergesetze!
- Gleiche Rechte für Alle!
- Kein Mensch ist illegal!

(aus: CL-Netz)

## Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK  
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

**Herausgeber:** Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruska, Herbert Stascheit.

**Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:**

**Aktuelles aus Politik und Wirtschaft:** Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41.

**Auslandsberichterstattung:** Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

**Regionales West und Ost:** Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

**Aus Betrieben und Gewerkschaften:** Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

**Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten:** Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20, Fax: 040 / 43 18 88 21.

**Vierteljährliche Beilage:** Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck:** GNN Süd GmbH Stuttgart

## Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB

☐ 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ Halb- ☐ Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

☐ Halb- ☐ Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

☐ Halb- ☐ Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

☐ Halb- ☐ Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. ....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....

**Ein senden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart**